

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Igor Kljamkin

Der sowjetische Weg zu Markt und Demokratie

Wladislaw Below

Wirtschaftslage und Wirtschaftsreformen
in der ehemaligen UdSSR

Nikolaj Nowikow

Nationalitätenkonflikte im Kaukasus und in Mittelasien

Wladimir K. Wolkow

Ethnokratie – ein verhängnisvolles Erbe
in der postkommunistischen Welt

Roland Götz/Uwe Halbach

Daten zur Geographie, Bevölkerung, Politik
und Wirtschaft der Republiken der ehemaligen UdSSR

B 52–53/91

20. Dezember 1991

Igor Kljamkin, Dr. phil., geb. 1941; leitender Mitarbeiter des Instituts für internationale wirtschaftliche und politische Studien der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Demokratischeskaja Rossija“ (Demokratisches Rußland).

Veröffentlichungen zur Geschichte politischer Theorien, zur Entwicklung der sowjetischen Geschichte und zu Problemen des Übergangs vom Totalitarismus zur Demokratie in der Sowjetunion.

Wladislaw Below, Dr. oec.; geb. 1960; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau; Leiter des Sektors für Deutschland.

Veröffentlichungen u. a.: Manager gegen Bürokraten – die Perspektiven der Perestrojka in der Sowjetunion, Hamburg 1989; Die deutsche Vereinigung und die Perspektiven der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, Moskau 1990.

Nikolaj Nowikow, Dr. phil., geb. 1933; 1981–1986 Lehr- und Forschungstätigkeit am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin; zur Zeit freiberuflicher Wissenschaftler und Journalist in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Die Soziologie in Rußland, Wiesbaden 1988; Entwicklungen im offiziellen außenpolitischen Denken in der Sowjetunion. Der Wandel einer Ideologie im Überblick, München 1989; Wieviele Völker wurden in der Sowjetunion deportiert?, in: Kontinent. Ost-West-Forum, (1991) 4.

Wladimir K. Wolkow, Dr. sc., geb. 1930; Professor für Geschichte Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas, Direktor des Instituts für Slawistik und Balkanistik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die UdSSR und die volksdemokratischen Länder (1944–1949), Moskau 1985; Aufsätze und Artikel zu den revolutionären Ereignissen in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas.

Roland Götz, Dr. oec. publ., geb. 1943; Wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BI Ost), Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wirtschaft der baltischen Staaten, in: Boris Meissner (Hrsg.), Nationen: Estland, Lettland, Litauen, Köln 1991²; Die Schattenwirtschaft in der Sowjetunion, in: Der Überblick, (1991) 3.

Uwe Halbach, Dr. phil., geb. 1949; Wissenschaftlicher Referent am BI Ost.

Veröffentlichungen über mittelalterliche russische Geschichte, Nationalitätenbeziehungen in der Sowjetunion und den Islam.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Der sowjetische Weg zu Markt und Demokratie

Die Vorgänge auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion seit dem Putsch vom August 1991 zeigen erneut, daß die Schwierigkeiten bei der Reformierung des kommunistischen Totalitarismus nicht nur und vielleicht auch nicht so sehr mit dem Widerstand der Staats- und Parteikennklatur zusammenhängen, sondern daß ihre Ursachen viel tiefer gehen. Bekanntlich hat Jelzin erst Ende Oktober, d.h. fast zweieinhalb Monate nach der Niederlage der Putschisten, unter starkem Druck der Öffentlichkeit seine Absicht erklärt, radikale Veränderungen in der Wirtschaft einzuleiten. Aber auch das war eher eine politische Absichtserklärung als ein konkretes Reformprogramm. Bedenkt man, daß auch in den Ländern Osteuropas, wo die Kommunisten in einigen Fällen schon seit über zwei Jahren nicht mehr an der Macht sind, die Reformen ebenfalls nicht einfach und reibungslos vorangehen, dann läßt sich mit gutem Grund behaupten, daß es eine innere Systemlogik bei der Reformierung kommunistischer Systeme, beim Übergang vom totalitären Wirtschaftstyp zur Marktwirtschaft, gibt.

Erkennen und mehr oder weniger systematisch beschreiben läßt sich diese Logik freilich erst im nachhinein, wenn das Leben sie endgültig offenbart hat. Jedoch läßt sich schon jetzt, im Anfangs-

stadium dieses Prozesses, vieles analysieren und prognostizieren, und zwar nicht nur deshalb, weil es schon gewisse Erfahrungen mit der Reformierung kommunistischer totalitärer Regime gibt, wobei einige sehr wesentliche und hinreichende generelle Tendenzen zutage getreten sind, sondern auch deshalb, weil es weltweite Erfahrungen mit dem Übergang nicht totalitärer Gesellschaften anderen Typs zur modernen Marktwirtschaft gibt.

Diese Erfahrungen sind zum einen abgeschlossen, zum anderen gut erforscht und gründlich verarbeitet worden. Natürlich sagen sie an sich wenig darüber aus, welche Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion und in den anderen Ländern mit gleichem Schicksal möglich und welche unmöglich sind. Aber sie bieten doch einen Bezugspunkt für die Analyse dessen, was in diesen Ländern vor sich geht; sie bieten eine Richtschnur und einen Vergleichsmaßstab, denn nur im Vergleich ist es ja möglich, nicht nur die Gemeinsamkeiten, sondern auch die Eigenart und Einzigartigkeit der verschiedenen Erscheinungen aufzuzeigen. Auf der Basis dieser weltweiten Erfahrungen möchte ich versuchen, einige Besonderheiten bei der Reformierung des sowjet-kommunistischen Totalitarismus (auch im Vergleich mit Osteuropa) zu beschreiben.

I. Wesentliche Besonderheiten des Übergangs vom totalitär-kommunistischen Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft

1. Die Wirtschaft

Vergleicht man den Übergang vom kommunistischen Totalitarismus zur (kapitalistischen) Marktwirtschaft mit dem historischen Übergang, der seinerzeit im Westen stattfand, dann lassen sich mindestens zwei wesentliche Unterschiede ausmachen. Zum ersten existierte in der westlichen Wirtschaft seit dem späten Mittelalter das Privateigentum (wenn auch in Formen, die einer allseitigen Entwicklung wirtschaftlicher Initiative hinderlich waren). Dagegen ist im totalitären Wirtschafts-

system das Privateigentum entweder vernichtet worden oder es existiert als Anhängsel zur verstaatlichten ideologisierten Wirtschaft und spielt keinerlei selbständige Rolle. Zum zweiten (und das dürfte das Entscheidende sein) setzte der Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft im Westen mit der Entwicklung des Konsumentenmarktes ein, d.h. mit der Entwicklung von Landwirtschaft, Handwerk und der Leichtindustrie in einer Situation, als es noch keine Schwerindustrie gab – diese sollte sich erst mit der Kapitalakkumulation und der Herausbildung anderer Voraussetzungen entwickeln. Wie der Verlauf der Ereignisse in den Ländern Osteuropas, in China und Vietnam zeigt, beginnt die Reformierung des totalitären

Übersetzung aus dem Russischen: Bernd Bentlin, Köln

kommunistischen Systems ebenfalls auf dem Konsumsektor, mit dessen Befreiung vom staatlichen Diktat. Aber die letztlich entscheidende Schwierigkeit liegt darin, daß neben dem entstehenden Konsumentenmarkt eine gigantische Schwerindustrie besteht, deren Privatisierung und Einbeziehung in Marktverhältnisse Probleme völlig neuer Art aufwirft:

Erstens hat die Bevölkerung keine Mittel, um diese Unternehmen zu kaufen. Zweitens sind diese Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Substanz und Betriebsführung veraltet, so daß ihr Kauf unvorteilhaft ist. Drittens läßt sich das Problem, einen interessierten Eigentümer zu finden, weder durch die Ausgabe von Aktien noch durch andere Formen der Aufteilung des Unternehmenswerts lösen. Viertens wirkt sich die für eine totalitäre Planwirtschaft charakteristische Monopolstellung der Produktion in diesen Branchen zwangsläufig deformierend auf den Markt aus. Fünftens fehlt die notwendige Anzahl von Spezialisten, die in der Lage wären, unter den Bedingungen der Marktwirtschaft zu arbeiten.

Dieses letztgenannte Problem macht sich besonders dann in aller Schärfe bemerkbar, wenn die politischen Bedingungen des Übergangs zum Markt nicht auf evolutionär-reformistischem, sondern auf revolutionärem Weg entstehen. Antitotalitäre Revolutionen schaffen nicht so sehr den Raum für die Betätigung schon existierender Wirtschaftssubjekte (marktwirtschaftliche Erfahrungen fehlen im Totalitarismus), sondern sie sorgen vielmehr für die politischen Voraussetzungen zu deren Entstehung und Formierung. Antitotalitäre Revolutionen bestätigen besonders anschaulich die alte Wahrheit, daß Revolutionen nicht einfach und nicht nur eine Änderung der Eigentumsformen (im juristischen und ökonomischen Sinn), sondern auch eine Änderung der Art der Wirtschaftslenkung bedeuten.

Aber alle diese Probleme und Schwierigkeiten des Übergangs von der totalitären zur Marktwirtschaft können als minder bedeutsam angesehen werden, wenn man sie mit den sozialen Problemen vergleicht. Von deren Lösung oder Nichtlösung hängt es ab, ob die Staaten, die den Totalitarismus abgeschüttelt haben, eine Entwicklungsvariante vermeiden können, die in die Katastrophe führt.

2. Die sozialen Verhältnisse

Nicht nur in den ehemaligen kommunistischen Ländern wird der Charakter des Übergangs zum Markt von den damit zusammenhängenden sozia-

len Problemen bestimmt, sondern es handelt sich vielmehr um einen historischen Erfahrungswert. Beim Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zur Markt- und Industriegesellschaft entstand das hauptsächlich soziale Problem infolge der Übervölkerung auf dem Land und der Abwanderung großer Massen einer an den gesellschaftlichen Rand geratenden Bevölkerung in die Städte. Beim damaligen Stand der Industrie waren die Städte nicht in der Lage, diese Massen aufzunehmen und in den Arbeitsprozeß einzugliedern. So entstand das gewaltige Problem der Verelendung, des Lumpenproletariats und der Nichtseßhaften, dem man mit härtesten Abschreckungsmaßnahmen zu begegnen versuchte, was sich aber als unlösbar erwies und zu einer der Hauptursachen für revolutionäre Erschütterungen im Westen des 18. und 19. Jahrhunderts wurde. Natürlich darf man diese Prozesse nicht getrennt von den Widersprüchen sehen, die zwischen den privilegierten Gesellschaftsschichten, insbesondere zwischen dem Adel und der aufkommenden Geldaristokratie, bestanden, aber diese Widersprüche hätten ohne den Zündstoff an der gesellschaftlichen Basis niemals zu Revolutionen geführt.

Beim Übergang vom Totalitarismus zur Marktwirtschaft tritt dieses Problem wieder in den Vordergrund, aber diesmal nicht so sehr als Problem des Verhältnisses Stadt-Land (es geht hier hauptsächlich um urbanisierte Länder), sondern vielmehr als soziales Problem der Stadt. Die Ursache der Marginalisierung kann dabei in einer zu großen Zahl von Arbeitskräften nicht auf dem Land, sondern in der Industrie liegen (was auch schon der Fall ist), und diese zu große Zahl geht ihrerseits auf die strukturelle Umgestaltung der Industrie, nämlich die Veränderung ihrer veralteten Branchenstruktur beim Übergang von der industriellen zur modernen wissenschaftlich-technischen Informationszivilisation zurück. Bekanntlich sind vor allem in der Schwerindustrie viele Millionen Menschen beschäftigt, deren Qualifikation sich bei der strukturellen Umgestaltung als veraltet erweist (das gilt auch für hochqualifizierte Beschäftigte).

Auf der anderen Seite hat eine Verzögerung beim Reformieren der Schwerindustrie zur Folge, daß im Zuge der Reform des Konsumsektors und der Herausbildung von Subjekten der Marktwirtschaft in diesem Bereich Widersprüche entstehen zwischen diesen von der Reform profitierenden Subjekten und den Arbeitern der Industrieunternehmen, deren Lebensstandard sinkt. Die Folgen davon haben sich besonders deutlich in Polen gezeigt, wo sie sich auf das politische Schicksal von Mazowiecki auswirkten: Der Mann, dem die Na-

tion zunächst die Reformen anvertraut hatte, erlitt nach wenigen Monaten bei den Präsidentschaftswahlen eine verheerende Niederlage. Das ist keine Episode und auch kein Zufall, sondern ein tiefgehendes Problem, vor dem alle Länder, die sich vom Totalitarismus befreien, in Zukunft stehen werden (und zum Teil schon stehen). Es läuft auf die Frage hinaus, die den Anhängern Mazowieckis von seinen Gegnern während des Wahlkampfes am häufigsten gestellt wurde: Wenn es, wie behauptet, beim Übergang von der totalitär organisierten Wirtschaft zur Marktwirtschaft nicht ohne unpopuläre Maßnahmen und ohne ein zeitweiliges Absinken des Lebensstandards gehe, und wenn die Menschen aufgefordert werden, um ihres zukünftigen Wohlstands willen zu leiden, warum sollten dann nicht alle leiden, warum entstehen dann Schichten, die schon jetzt wirtschaftlich nach oben kommen?

Der Widerspruch zwischen den Forderungen nach Effektivität und dem für die postkommunistischen Gesellschaften charakteristischen geschärften Gefühl für soziale Gerechtigkeit wird sich auf das Tempo und die Richtung der Reformen auswirken, er wird die Legitimität oder Illegitimität der Macht bestimmen und den Charakter der politischen Regime der Übergangsperiode entscheidend beeinflussen.

3. Die Politik

Nicht demokratische, sondern autoritäre Regime sind in der Regel das politische Äquivalent des in der Neuzeit begonnenen Übergangs zur modernen Marktwirtschaft gewesen, der stets von Marginalisierung begleitet war, also von sozialer Spannung, die sich nicht selten zu einer Konfrontation der Interessen auswuchs. Diese Regime traten hauptsächlich in zwei Typen auf: im traditionell-monarchischen (königlicher Absolutismus) und im bonapartistischen Typ, der aus Revolutionen erwuchs, die ihrerseits ausbrachen, weil die traditionell-monarchischen Regime unfähig waren, die aufeinanderprallenden Interessen zu versöhnen. Hierbei sollte man sich darüber im klaren sein, daß die autoritären Übergangsregime von Napoleon bis Pinochet keineswegs den Markt gewaltsam einführten (ich erwähne dies besonders, weil diese Vorstellung bis heute in der sowjetischen wie auch in der westlichen sowjetologischen Literatur vorhanden ist), sondern daß sie Raum für die Tätigkeit der wirtschaftlich aktiven Bevölkerungsschichten schufen und diese (durch Gesetze und nicht selten mit Gewalt) vor dem an den Rand gedrängten Teil der Gesellschaft schützten.

In den Ländern, die den kommunistischen Totalitarismus abgeschüttelt haben, ist die Situation noch nicht geklärt, deshalb gibt es auch noch keine ausreichenden Grundlagen, um den Verlauf der politischen Entwicklung einigermaßen bestimmt vorauszusagen. Bislang lassen sich zwei Entwicklungstendenzen beobachten: Die erste Variante fand in Ungarn unter Kádár, in China unter Deng Xiaoping und bis zu einem gewissen Grad in Jugoslawien unter Tito statt. In diesen Fällen versuchte das kommunistisch-totalitäre Regime durch seine Wandlung zu einem kommunistisch-autoritären Regime Garant des Übergangs zu Marktverhältnissen (in dosierter, die Macht der KP nicht gefährdender Form) zu werden. In gewisser Weise kommt auch Gorbatschows Perestroika vor dem Augustputsch dieser Variante sehr nahe, wenn auch mit erheblichen Unterschieden (Gorbatschow versuchte, Unvereinbares miteinander zu verbinden: die Macht der KP und die parlamentarische Demokratie). Dieser Unterschied erwies sich als so gravierend, daß es Gorbatschow nicht gelang, eine auch nur begrenzte kommunistische Variante der Wirtschaftsreformen zu verwirklichen, deren Voraussetzungen er im Rahmen seines Kurses von Nowo-Ogarjowo von April bis August 1991 schaffen wollte. Die Demokratisierung des Regimes führte zur Destabilisierung und zum Zerfall des sowjetischen Imperiums, so daß die Bildung eines kommunistischen autoritären Reformregimes im Kreml blockiert wurde. Die Putschisten wollten dies ohne Gorbatschow machen, aber ihre Angst vor Gewaltanwendung, das Bestreben, ihr Vorgehen als verfassungskonform hinzustellen und ihre Furcht, das bloße Wort „Kommunismus“ zu gebrauchen, zeigen erneut, daß Demokratisierung mit Kommunismus unvereinbar ist, daß sie unweigerlich dessen Tod bedeutet. Und wenn die Vertreter des Kommunismus das nicht verstehen, und wenn sie versuchen, sich dem entgegenzustemmen, dann heißt das, daß sie ebenso wie die Putschisten den Selbstmord einem natürlichen Tod vorziehen.

Die zweite Variante erkennen wir in der Entwicklung nach den Ereignissen von 1989 in Osteuropa. Hier übernahmen die nach freien Wahlen gebildeten demokratischen Strukturen die Aufgabe, den Übergang zur Marktwirtschaft zu vollziehen. Diesen Weg müssen auch die ehemaligen Sowjetrepubliken nach der Niederschlagung des Augustputsches und dem Zusammenbruch des Kommunismus in der UdSSR beschreiten. Die praktisch alles entscheidende Frage ist heute, ob diese neuen Machtstrukturen in der Lage sein werden, für einen gesellschaftlichen Konsens bezüglich der

Hauptziele und Grundprinzipien der Reformen zu sorgen, ob sie eine Polarisierung und Konfrontation der Interessen abwenden können oder, anders gesagt, ob es ihnen gelingt, ihre Länder vor dem Abgleiten in die eine oder andere Form des Autoritarismus zu bewahren. Von außerordentlich großer Bedeutung ist dabei im Hinblick auf die Schwäche der mittleren Unternehmerklasse und des eigentlichen politischen Zentrums die Frage, ob zivilisierte, nichtextremistische, an marktwirtschaftlichen Reformen orientierte linke Kräfte vorhanden sind, die in der Lage sind, sich zum politischen Sprecher derjenigen Gesellschaftsschichten zu machen, denen soziale Gerechtigkeit mehr bedeutet als Freiheit. In der gegenwärtigen Situation wird es für die traditionellen linken Parteien (Sozialisten und erst recht Kommunisten) nicht einfach sein, diese Rolle zu spielen. Es ist nicht auszuschließen, daß wir in den postkommunistischen Ländern auf einen neuen Typus der linken Bewegung treffen werden, der durch die Aufspaltung des zunächst einheitlichen antikommunistischen Stroms in eine Neue Rechte und Neue Linke entsteht (wobei hier die westliche Definition gilt, aber nicht unbedingt westliche Entsprechungen). Wenn es dem linken Flügel gelingt, sich selbst zu definieren und zu organisieren, wenn er nicht die Konfrontation mit der entstehenden neuen Mittelklasse und den zentristischen Kräften sucht, wenn er angesichts deren Schwäche einen Teil ihrer historischen Funktionen übernimmt und wenn er es schafft, in den postkommunistischen Ländern die stabilisierende Rolle zu spielen, die im Westen seinerzeit die Sozialdemokratie innehatte, dann wird eine evolutionäre Entwicklung im Rahmen des Parlamentarismus möglich sein.

Allerdings können, wie die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen in Polen zeigen, die ehemaligen kommunistischen Parteien unter neuen Namen wiederaufleben, ihr politischer Erfolg ist möglich. Wenn aber sie die beherrschende Position am linken Flügel einnehmen, dann bedarf es, soll sich der Reformprozeß zivilisiert entwickeln, entweder einer mehr oder weniger stabilen Koalition der Mitte oder eines Konsenses mit den Linken in der Hauptfrage: daß der Übergang zum Markt notwendig ist und daß es fatal wäre, den Reformprozeß zu blockieren und zu stoppen.

Was nun die ehemalige UdSSR betrifft, so zeigt der Verlauf der Ereignisse nach dem gescheiterten Augustputsch, daß sich in den Sowjetrepubliken, die sich zu unabhängigen Staaten erklärt haben, einschließlich der Russischen Föderation, die Entwicklung autoritärer Tendenzen abzeichnet. Vom russischen Parlament ist ein Kurs gebilligt worden,

der die Stärkung der Exekutive während der Dauer der Wirtschaftsreform und die Aussetzung der Wahlen der Leiter der kommunalen Verwaltungen vorsieht (die letzteren sollen ernannt werden). Das ist bislang nur eine Tendenz, und zwar eine nicht sehr tief gehende – allein deshalb, weil Jelzin nicht über die Machtstrukturen verfügt, die zur Stütze eines autoritären Regimes werden könnten.

Darüber hinaus haben die gegenwärtigen Widersprüche zwischen der exekutiven und der repräsentativen Macht, die vor allem auf lokaler Ebene stark sind (besonders in Moskau und Leningrad [St. Petersburg]), auch ihr Gutes: Man kann in ihnen eine wichtige Triebkraft für eine demokratische und nicht autoritäre Entwicklung sehen. Es ist nämlich über die repräsentativen Institutionen möglich, eine politische Opposition nicht außerhalb, sondern *innerhalb* der ehemaligen antikommunistischen demokratischen Bewegung zu bilden. Diese Opposition würde auf der einen Seite den allgemeinen Reformkurs der Exekutive unterstützen, auf der anderen Seite aber gegen die Exekutive opponieren und sie korrigieren, wenn sie sich zu weit vom Volk, von den Interessen der breiten Bevölkerungsschichten entfernt.

Die Funktionsteilung ist umso wichtiger, wenn es darum geht, unpopuläre wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen. In einer solchen Situation ist es von entscheidender Bedeutung, daß die demokratische Bewegung in der Lage ist, eine zweite Staffel von Politikern zu stellen, die die jetzigen Führer, falls erforderlich, ablösen könnte. Anderenfalls würde das durch Politiker geschehen, die die demokratische Bewegung insgesamt ablehnen: durch Politiker nationalistischer oder national-populistischer Richtung. Falls dies geschieht, wird Autoritarismus unvermeidlich sein, und zwar ein Autoritarismus, der sich auf nationale Ideen mit allen ihren unberechenbaren Folgen stützt.

Natürlich kann die Frage, ob die postkommunistischen Länder in der Lage sein werden, eine katastrophale Entwicklung und ein Abgleiten in den Autoritarismus zu vermeiden, erst in der Zukunft einigermaßen sicher und glaubwürdig beantwortet werden. Schon jetzt aber lassen sich die Reformen, die in diesen Ländern im Gang sind, in einen globalen Zusammenhang stellen, und die Vor- und Nachteile des Übergangs vom totalitären Zustand zum Markt können definiert werden. Dabei ergeben sich Grundtendenzen, die sowohl für die Möglichkeit der katastrophalen Variante als auch für die Möglichkeit ihrer Vermeidung sprechen.

II. Ist die nichtkatastrophale Variante des Übergangs möglich?

Wenn man beginnt, den Übergang zur Marktwirtschaft von der traditionellen Gesellschaft (der bekanntlich mit sozialen Erschütterungen einhergeht) mit dem Übergang vom kommunistischen Totalitarismus zu vergleichen, dann sieht man sich zunächst vor pessimistischen Schlußfolgerungen. Es hat nämlich noch nie jemand vor der Aufgabe gestanden, den Übergang zum Markt von einem total verstaatlichten Wirtschaftssystem durchzuführen – einem System, dessen Leitkriterien nicht ökonomische, sondern politisch-ideologische Produktionsbeziehungen sind. Waren beim Übergang von der traditionellen zur modernen kapitalistischen Gesellschaft die Subjekte der Marktwirtschaft schon vorhanden und mußten sie nur von den Fesseln staatlicher Restriktionen befreit werden, so gibt es in der kommunistischen Gesellschaft solche Subjekte nicht, sie müssen sich erst formieren. Hier muß alles bei Null (wie in der UdSSR) oder fast bei Null (wie in Osteuropa) begonnen werden.

Aber wenn das so ist, wenn der Ausgangspunkt der Bewegung zu einer modernen Wirtschaft in diesen Ländern viel schlechter ist als in allen gleichgearteten Fällen in der Vergangenheit und der Gegenwart, und wenn es weiter in allen diesen anderen Fällen nicht ohne Erschütterungen und Diktaturen abging, wo ist dann die Basis, auf der wir ein günstiges Ergebnis für uns selbst voraussagen können? Folgt daraus nicht eher – im Gegenteil, daß die UdSSR und die Länder mit einem ähnlichen historischen Schicksal unvermeidlich auf Katastrophen zusteuern, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat?

Diese unangenehme Frage wird oft zu verdrängen versucht. Eine Begleiterscheinung des Verdrängens ist, daß man, statt eine konkrete Antwort zu suchen, in eine Sackgasse gerät, die nach guter alter Gewohnheit „lichte Zukunft“ genannt wird. Geht es beispielsweise darum, die Möglichkeit einer Realisierung der Pinochet-Variante in der ehemaligen Sowjetunion (sowohl auf der Ebene des Zentrums als auch auf der der Republiken) zu widerlegen, wird darauf verwiesen, daß es in Chile Privateigentum und Marktverhältnisse gegeben habe, bei uns jedoch nicht. Hieraus müßte, so sollte man meinen, ein naheliegender Schluß gezogen werden: Wenn der historische Ausgangspunkt, an dem wir stehen, tiefer liegt als der in Chile, dann ist auch unser Weg nach oben um einiges mühsamer. Aber nein, von unserer gegenwärtigen Not wird wieder einmal auf das zukünftige Glück

geschlossen. In Chile habe es Privateigentum gegeben, deshalb sei es dort nicht ohne Diktatur abgegangen. Bei uns gebe es keins, deshalb müßten wir zum Privateigentum über die Demokratie kommen. Wunder, o Wunder!

Nein, wenn wir nach Gründen für Optimismus suchen wollen, dann auf einer ganz anderen Ebene. Sie kann man nur in den *historischen Resultaten der Tätigkeit des totalitären Regimes* suchen. Hier gibt es nur eine von zwei Möglichkeiten: entweder haben sich während der totalitären Periode irgendwelche Voraussetzungen zur Überwindung des Totalitarismus angesammelt, oder es gibt keinerlei derartige Voraussetzungen bzw. die, die es gegeben hat, sind vernichtet. Natürlich läge im zweiten Fall der Vorteil unserer Länder gegenüber dem Chile Pinochets nur darin, daß wir es zu einem Pinochet noch nicht gebracht hätten, daß die Zivilisation bei uns nichts hätte, worauf sie sich stützen könnte, weshalb von einem zivilisierten Ausweg aus der Situation überhaupt keine Rede sein könnte.

Indessen beweisen der einmalig friedliche Charakter der osteuropäischen Reformen und Revolutionen von 1989 und die Niederschlagung des Putsches in der UdSSR die historische Erschöpfung der totalitären Regime beziehungsweise den Mangel ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft und daß keine auch nur irgendwie ernstzunehmenden Kräfte vorhanden sind, die sie ohne Unterstützung von außen schützen könnten. Hinzu kommt das beeindruckende Zeitbild, daß die unter totalitärem Druck stehenden Länder in der Lage gewesen sind, sich mit zivilisierten Mitteln von diesem Druck zu befreien. Das ist umso bemerkenswerter, als die ehemaligen Regime sich gerade mit Gewalt an der Macht hielten und der Bevölkerung scheinbar einzutrichtern versuchten, daß nur mit Gewalt etwas erreicht werden könne.

Offenbar fanden sich unter der totalitären äußeren Hülle und im Gegensatz zu ihr nicht nur Zerstörung, sondern auch eine Ansammlung zivilisierter Formen, die darauf zurückzuführen waren, daß die kommunistischen Regime in häßlichen und oft barbarischen Formen die gleiche Aufgabe lösten, die früher oder später von der ganzen Welt zu lösen war, nämlich die der Industrialisierung und Urbanisierung. Sie stellte sich nicht nur im zaristischen Rußland, sondern war in der gesamten Gruppe der Länder, um die es hier geht, vor dem Zweiten Weltkrieg noch nicht vollständig gelöst.

Natürlich kann man die Länder in dieser Beziehung nicht gleichsetzen; es wäre z. B. unsinnig, ein Gleichheitszeichen zwischen Bulgarien und der Tschechoslowakei vor dem Krieg zu setzen (auch zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Landesteil gab es so etwas wie einen zivilisatorischen Bruch).

Das kommunistische Industrialisierungsmodell war verunstaltet infolge seiner einseitigen Orientierung auf die Entwicklung der Schwerindustrie, auf die Erfüllung der militärtechnischen Bedürfnisse der Sowjetunion, auf die Abkopplung von der internationalen Arbeitsteilung und auf provinziellen Universalismus, wobei jedes Land bestrebt war, sich praktisch alle Arten von Industrieprodukten zu sichern. Darin wurde die wichtigste Voraussetzung für nationale Unabhängigkeit gesehen. Aber trotz des höchst unzivilisierten Charakters dieses Industrialisierungstyps und des noch weniger zivilisierten Charakters der kommunistischen Regime, die ihn realisierten, fanden im Rahmen dieses Prozesses auf der Grundlage der mit ihm einhergehenden Urbanisierung eine Überwindung des Bruchs zwischen der städtischen und der traditionellen Kultur und eine Ansammlung von Elementen moderner Bildung und Qualifikation statt. Zwar kam es dabei zu einer Abtötung der ökonomischen Kultur, der Marktkultur, aber wenn wir die historischen Ergebnisse des kommunistischen Totalitarismus analysieren und den Charakter und die Besonderheiten des Übergangs zum Markt und zur Demokratie erkennen wollen, dann müssen wir das Gesamtbild im Auge behalten, und wir dürfen nicht nur die objektiven Faktoren bestimmen, die die Gefahr einer katastrophalen Entwicklung verstärken, sondern wir müssen auch die (nicht minder objektiven) Faktoren sehen, die uns helfen können, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Der urbanisierte Gesellschaftstyp, den die Kommunisten ihren Nachfolgern hinterlassen, ist einer dieser Faktoren.

Im Verlauf der Industrialisierung und Urbanisierung ist nämlich in den meisten Ländern die „überschüssige“ Bevölkerung vom Land in die Stadt abgewandert. Dabei bildeten die aus ihrem soziokulturellen Umfeld herausgerissenen Umsiedler eine Zeitlang eine gewisse soziale Stütze der kommunistischen Regime. Der Abschluß des Urbanisierungsprozesses aber bedeutete, daß jenes Problem, das vom 16. bis zum 19. Jahrhundert in Westeuropa und heute in der „Dritten Welt“ eine der Hauptursachen und -triebkkräfte für blutige soziale Explosionen und Erschütterungen war und ist, historisch aufgehört hat zu existieren. Gemeint

ist das Problem der mit dem Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zu Marktverhältnissen unvermeidlich einhergehenden Überbevölkerung auf dem Land und die dabei entstehende Marginalisierung großer Massen, die aus der Geborgenheit ihrer traditionellen Kulturen herausfallen, was sie zu Trägern gewaltsamer, Lösungen der akuten Probleme und zu Anhängern „plebejischer“ Methoden der Abrechnung mit der Vergangenheit macht.

Im Zuge der extensiven industriellen Entwicklung, wie sie in der UdSSR und in Osteuropa stattfand, wurde diese Zone des sozialen Konflikts, die beim Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen zwischen Stadt und Land entsteht, beseitigt. Dadurch bildeten sich in den Ländern mit totalitären Regimen trotz der Tatsache, daß deren Universalmittel zur Selbsterhaltung und zur Lösung aller Probleme die Gewalt war, objektive Voraussetzungen für gewaltfreie antiautoritäre Revolutionen (von oben nach unten).

Natürlich sind das vorerst nur die Voraussetzungen. Sie haben ausgereicht, um die Kommunisten friedlich von der Macht zu verdrängen, aber ob sie auch ausreichen werden, um die Reformen in der Wirtschaft zivilisiert durchzuführen, läßt sich noch nicht sagen. Denn der Übergang zum Markt steht in den ehemals totalitären Ländern erst am Anfang, daher wissen wir nicht, wie stark die neuen Marginalisierungsursachen in den Städten (vor allem die strukturelle Umgestaltung der Industrie, aber auch die ethnische Marginalisierung infolge nationaler Konflikte) sein werden. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß sie nicht solche fatal explosiven Folgen haben wird wie die frühere, die bei der Modernisierung der traditionellen Gesellschaft entstand. Anlaß zu Optimismus gibt hauptsächlich gerade der Umstand, daß im Zuge der möglichen Marginalisierung in den postkommunistischen Ländern nicht mehr Millionen von Menschen, wie man meinen könnte, aus ihrem kulturellen Bezugsrahmen herausfallen werden. Diese Menschen wissen nur eines: Sie haben nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, und das bedeutet, daß die frühere geistige Quelle für soziale und politische Katastrophen in dieser Gruppe von Ländern (mit Ausnahme vielleicht Chinas und der ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens) kaum zum Tragen kommen wird.

In den Jahren des kommunistischen Totalitarismus wurde in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern das Problem der Formierung bzw. Deformierung des städtischen Kleinbürgers gelöst (ich unterlege diesem Wort nicht den für die sowjeti-

sche Mentalität charakteristischen negativen Sinn). Bei ihm handelt es sich nicht mehr um einen Angehörigen einer Randgruppe, er hat eine bestimmte soziale Nische besetzt, und er hat etwas zu verlieren. Sicher unterscheidet er sich durchaus vom westlichen Kleinbürger – dieser hat ein entwickeltes System privater Interessen, er ist ein mehr oder weniger aktiver Wähler und Mitglied einer Gesellschaft von Staatsbürgern. Wo dieser sozial-psychologische Typus existierte oder aufkeimte, wurde er von den totalitären Regimen vernichtet. Aber dennoch fand die Formierung einer besonderen historischen Spielart des städtischen Kleinbürgers statt, und diese ist zweifellos weitaus besser geeignet für einen nichtkatastrophalen Übergang zum Markt als der Angehörige einer ländlichen Randgruppe.

Trotz der Bemühungen des Regimes, das städtische Kleinbürgertum ideologisch zu verleugnen, trotz Losungen von der „aktiven Lebensposition“, vom „Dienst an der Gesellschaft“ und vom „Vorrang der gesellschaftlichen vor den privaten Interessen“ begannen sich seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre breite Schichten von Kleinbürgern herauszubilden, bei denen die Interessen des Privatlebens überwogen. In der UdSSR fand die Herausbildung dieses konsumorientierten Menschentyps ihre Vollendung in der Breschnew-Zeit, als sich eine Art totalitär-kommunistischer Variante der Konsumgesellschaft durchsetzte (unter der Parole „Alles für den Menschen, alles im Namen des Menschen“). Entscheidend ist aber, daß es sich hierbei um eine Konsumausrichtung handelte, die durch keinerlei Produktionsorientierung vermittelt war und bei der Resultate individueller Arbeit von allgemeiner Bedeutung und allgemeinem Nutzen keinerlei Rolle spielten. Mit anderen Worten: Der kommunistische Kleinbürger ist Konsument, aber nicht Produzent. Für ihn spielt es keine Rolle, was er produziert und ob das, was er produziert, von irgendjemandem gebraucht wird. Konsum hängt in seinem Bewußtsein nicht mit der Qualität seiner beruflichen Arbeit zusammen, sondern mit den Funktionen des Staates als Verteiler und Umverteiler.

Durch dieses reale historische Resultat des kommunistischen Totalitarismus, durch die Urbanisierung und Formierung eines besonderen Typus des städtischen kleinbürgerlichen Massenmenschen, ist das Zentrum der möglichen (und sich schon abzeichnenden) Widersprüche beim Übergang zum Markt aus dem Bereich der Stadt-Land-Beziehungen in den städtischen Raum verschoben worden. An die Stelle des Problems, aus der Kul-

tur herauszufallen, ist das des möglichen Herausfallens aus dem Beruf im Zuge struktureller Umgestaltungen getreten. Es bedarf wohl keines besonderen Beweises, daß das – gewiß schmerzhaft – Herausfallen aus dem Beruf in keinem Vergleich zu den katastrophalen Folgen des Herausfallens aus der Kultur steht. Die Verlustbefürchtungen des städtischen Kleinbürgers sind also vergleichsweise gering. Das wiederum bedeutet, daß der in den kommunistischen Ländern entstandene Menschentyp Anlaß zur Hoffnung auf einen friedlichen, evolutionären Charakter der Veränderungen gibt.

Gründe für solche Hoffnungen lassen sich auch aus den internationalen Bedingungen des Übergangs der ehemals kommunistischen Länder zum Markt schöpfen. Erstens gibt es die Erfahrungen der entwickelten kapitalistischen Länder auf dem Gebiet des sozialen Schutzes der Bevölkerung vor dem Markt durch den Einsatz der Instrumente der Staatsmacht. Zweitens gibt es die Erfahrungen dieser Länder, vor allem mit kollektiven Formen des Kapitaleinsatzes (Aktien), die bei der Privatisierung in den ehemals kommunistischen Ländern, in denen ein Mangel an Privatkapital herrscht, genutzt werden können. Wenn also gesagt wird, daß der Übergang zum Markt in diesen Ländern eine Rückkehr zu den Frühformen des westlichen Kapitalismus bedeutet, dann heißt das, daß der globale, internationale Charakter der Entwicklungen nicht verstanden wird. Schließlich findet die nationale Wiedergeburt der Länder mit totalitären Regimen unter den Bedingungen einer sich in großen Zügen herausbildenden einheitlichen Weltwirtschaft statt, weshalb sie heute im Unterschied zu früheren Epochen nicht isoliert von der Welt und schon gar nicht in Konfrontation zu ihr vorstatten gehen kann. Es geht nicht mehr nach dem alten Schema: zunächst Binnenmarkt und erst dann Einbeziehung in den Weltmarkt; heute ist die Einbeziehung in die Weltwirtschaftsverbindungen nicht Folge, sondern Vorbedingung für die Schaffung von Binnenmärkten.

Insofern ist der Übergang zum Markt am Ende des 20. Jahrhunderts durchaus kein inneres Problem der Länder, sondern ein Problem der Weltwirtschaft und der Weltpolitik. Aus ebendiesem Grunde ist die Weltgemeinschaft so stark wie nie zuvor daran interessiert, daß ausnahmslos alle Länder auf ihrem Weg zur Marktzivilisation erfolgreich sind und nicht scheitern, und deshalb ist sie auch in einem Maße wie nie zuvor bereit, diesen Ländern dabei real zu helfen.

An das jeweils betroffene Land geht deshalb die Frage, inwieweit es bereit ist, seine nationalen Probleme als solche der Einbeziehung in die globalen Verbindungen zu verstehen, inwieweit es bereit ist, den Isolationismus aufzugeben und Reformen entsprechend der von diesen Verbindungen diktierten Logik einzuleiten und durchzuführen.

Die Reformen, deren Kern in der Entstaatlichung und Privatisierung des Eigentums besteht, stoßen in allen postkommunistischen Ländern auf etwa die gleichen schon erwähnten Schwierigkeiten.

III. Eigentum und Eigentümer in der UdSSR

Die Frage nach der Natur und dem Subjekt von Eigentum wurde schon in den ersten Jahren der Gorbatschowschen Perestroika zum Gegenstand gespannter Aufmerksamkeit der sowjetischen Sozialwissenschaft und Publizistik. Aber ich habe den Eindruck, daß die Diskussion dieser Frage, nachdem sie mehrere Etappen durchlaufen hat, zu nichts geführt hat.

Ich möchte daran erinnern, daß viele Forscher, die versuchten, die offenliegende Tatsache der ökonomischen Uninteressiertheit an den Ergebnissen der Arbeit theoretisch zu verarbeiten, zunächst dem Gedanken zuneigten, das Eigentum in der UdSSR und den Ländern mit ähnlicher gesellschaftlich-politischer Ordnung sei seiner Natur nach „herrenlos“, ihm fehle das Subjekt. Sehr bald jedoch erschloß sich dem sozialen Denken, daß es ein Wirtschaftssystem ohne Eigentümer nicht geben könne. Danach wurde die alte Idee von M. Džilas sehr populär, nach der unter den Bedingungen des kommunistischen Totalitarismus die Partei- und Staatsbürokratie („Nomenklatura“) als „neue Klasse“ auftritt, die dementsprechend auch der Haupteigentümer sei.

Die Nomenklatura hatte die Nutzungs- und Verfügungsgewalt über eine ganz spezifische Form des Eigentums, über die Armee und die Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, die über die Hälfte der Industrieunternehmen des Landes ausmachten. Das Potential des militärisch-industriellen Komplexes zu erhalten und zu mehren – darin äußerte sich bei der Nomenklatura das Gefühl, Herr zu sein (wenngleich auch immer weniger, je weiter der Zerfall des Systems voranschritt). Denn die Rüstungsindustrie war der einzige Bereich, in dem es die herrschende Klasse mit echten Konkurrenzverhältnissen zu tun hatte (nämlich mit der Militärindustrie des Westens). Sie

Aber in der Sowjetunion werden diese Probleme durch eine Reihe von Umständen noch erheblich verschärft. Der wichtigste davon ist die Tatsache, daß die UdSSR Zentrum und Bezugspunkt des gesamten osteuropäischen kommunistischen Systems war. Deshalb sind auch die Veränderungen, die hier durchgeführt werden müssen, wesentlich schwieriger und einschneidender als in den peripheren Gliedern des Systems. Dieses Problem mündet letztlich in die Frage nach den realen Eigentumsverhältnissen in dem Land, das sich bis jetzt offiziell UdSSR nennt.

rechnete damit, daß die Armee und die Militärs-technik besser als alles andere in der Lage sein würden, ihre Machtposition, ihre Gegenwart und Zukunft sowie die Zukunft ihrer Kinder und Enkel zu sichern. Deshalb war sie bereit, um der Erhaltung und Mehrung dieses militärischen Eigentums willen alles übrige leichten Herzens verderben zu lassen und zu zerstören, ohne irgendwelche Konsequenzen fürchten zu müssen.

Unter dem Begriff „Nomenklatura“ wurde und wird zumeist der Parteiapparat als das zentrale administrative Glied des Systems verstanden. In dessen spielte er bezüglich des militärisch-industriellen Komplexes eine dienende, mobilisierend-ideologische Rolle. Die von den Parteistrukturen in das Massenbewußtsein eingepflegte Idee des Sozialismus war eigentlich eine Idee der „Verteidigung“ – eine Idee, deren realer Inhalt der militärische Widerstand gegen die „Feinde des Sozialismus“ war; und nur in dieser Eigenschaft konnte sie Millionen von Menschen als mobilisierende Idee aufgezwungen werden, nur in dieser Eigenschaft konnte sie, indem sie die Ideologie des Krieges auf die Situation der Friedenszeit übertrug, die Bevölkerung mit Opfern, Entbehrungen und den Unge- wißheiten des Alltags versöhnen.

Welche Rolle der militärisch-industrielle Komplex in der Sowjetunion spielte, läßt sich anhand der Erinnerungen von Gorbatschow selbst sehen. Noch vor dem Augustputsch berichtete er in einer Rede, wie er und zwei weitere Politbüromitglieder zur Regierungszeit Andropows in kleiner Runde auf die Militärausgaben zu sprechen kamen und darauf, wie man sie in den Griff bekommen könnte. Andropow, der Gorbatschow wohlgesonnen war und ebenso wie dieser nach Erneuerung strebte, antwortete: „Lassen Sie die Finger davon.“ Der militärisch-industrielle Komplex ist also Eigentum,

an das zu rühren selbst den höchsten Rängen der Parteionomenklatura verboten war, und wenn diese doch versuchten, diese Systemlogik zu ignorieren, dann erging es ihnen ungefähr so wie Chruschtschow, der versucht hatte, die Interessen der Armee und des militärisch-industriellen Komplexes insgesamt zu beschneiden.

Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß die Nomenklatura sich erst dann auf die Perestroika einließ, als klar war, daß sie zwar das Eigentum am militärisch-industriellen Komplex halten konnte, daß aber erste Schwierigkeiten bezüglich der Mehrung dieses Eigentums auftraten. Genauer gesagt: Sie konnte es nicht so schnell und so erfolgreich mehrern wie es der westliche und vor allem der amerikanische militärisch-industrielle Komplex tat, der seine sowjetischen Konkurrenten vor eine Herausforderung gestellt hatte, der sie nicht gewachsen waren. Dies führte schließlich dazu, daß in der UdSSR eine Änderung der Eigentumsverhältnisse begann und die Legalisierung verschiedener Eigentumsformen, darunter auch Privateigentum, erfolgte. Einer der hauptsächlichen – nicht immer klar erkannten – Gründe für diese Veränderungen war die Erschöpfung der bisherigen finanziellen Quellen. Vor allem war es nicht möglich, die Landwirtschaft stärker auszubauen: Von dort war nichts mehr zu holen, die Landwirtschaft war nicht einmal mehr in der Lage, die Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Plünderung der Bauern durch die Kolchosen zum Wohle der Verteidigungsindustrie stieß an ihre Grenzen; die frühere „monolithische Einheit“ begann zu bröckeln. Der militärisch-industrielle Komplex brauchte neue Quellen, an die er nur herankam, wenn es neben ihm profitträchtige, rentable Sektoren der Wirtschaft gab. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft kam es so zur gesetzlichen Zulassung der Hofwirtschaft, d. h. zur Zulassung potentieller Konkurrenten der Kolchosen und Sowchosen. Jedoch ist es in der Zeit vor dem Augustputsch in den meisten Regionen nicht gelungen, ein reales Recht auf Privateigentum zu gewährleisten, d. h. das Recht auf Erwerb und Verkauf von Land; gewährt wurde nur lebenslange Nutzung und Erbpacht; Lösungsversuche nach dem Augustputsch stoßen auf Widerstand.

Die Sowjetunion muß der allgemeinen Logik der Bewegung zur modernen Marktwirtschaft folgen, die bei der Landwirtschaft und den für den Konsumentenmarkt arbeitenden Branchen beginnt. Der einzige Unterschied ist der, daß der Impuls zu dieser Bewegung in der UdSSR nicht nur von den Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölke-

rung mit Lebensmitteln und Industriegütern ausging, sondern auch von den Schwierigkeiten, die die Grundlage des militärisch-totalitären Systems und ihren Kern, den militärisch-industriellen Komplex, betreffen. Ein langer (sechs Jahre) und fruchtloser Weg wurde zurückgelegt, bis die sowjetische Nomenklatura begriff, daß die vom Standpunkt des militärisch-industriellen Komplexes peripheren Wirtschaftszweige mit prinzipiell anderen, der militärischen Kommandowirtschaft entgegengesetzten Methoden umgestaltet werden müssen. Eben wegen dieses tiefgreifenden Gegensatzes waren die Versuche, zu verbessern, ohne etwas zu ändern, so langwierig und beharrlich, und eben deshalb führte dieser Prozeß auch zu nichts, sondern mündete in den unsinnigen Putsch einer kommunistischen Nomenklatura.

Der militaristische Charakter des sowjetischen Wirtschaftssystems erleichtert und erschwert zugleich die Entstaatlichung und Privatisierung des Eigentums, die nach der Niederschlagung des Putsches nun endlich auf der Tagesordnung stehen. Erleichtert wird dieser Prozeß insofern, als das wissenschaftliche Potential und das technische Niveau des militärisch-industriellen Komplexes recht hoch sind, erschwert insofern, als das starre Kommandosystem der Lenkung der Verteidigungsbranchen sehr schwerfällig und kaum reformierbar ist. Besonders spürbar wirkte sich diese Schwerfälligkeit bis zur Entfernung der Nomenklatura von der Macht aus. Eine Gruppe von neun privilegierten Rüstungsbranchen, in denen Millionen von Menschen beschäftigt sind, bildete die Hauptstütze der Zentralmacht in den Republiken. Es war dies eine Art Metropole, zu der sich alle anderen Branchen und die in ihnen Beschäftigten wie Kolonien verhielten. Deshalb versuchte der Kreml auch mit allen Mitteln, die Kontrolle über die Rüstungsindustrie zu behalten und ihre Stabilität und Lenkbarkeit vom Zentrum aus zu gewährleisten (1991 erhielt der militärisch-industrielle Komplex bekanntlich noch mehr finanzielle Vergünstigungen als früher). Auf der anderen Seite waren auch die Republiken nicht allzu bemüht, die Verantwortung für den militärisch-industriellen Komplex und seine Reformierung zu übernehmen, wodurch die Position des Zentrums ziemlich stark wurde und die Grundlage für die sehr spezifischen Kompromisse von Nowo-Ogarjowo geschaffen wurde: Es wurde vorgesehen, einige „souveräne Staaten“ (einen Teil der Unionsrepubliken) im Rahmen des neuen Unionsvertrags in einen „souveränen Gesamtstaat“ einzugliedern, worunter das kommunistische Zentrum zu verstehen war.

Aber die schon vor dem Putsch begonnenen Änderungen der Eigentumsverhältnisse in den gegenüber dem militärisch-industriellen Komplex peripheren Branchen – an denen dieser selbst ein objektives Interesse hatte – wirkten sich auf ihn ungünstig und nicht selten zerstörend aus. Das Auftreten von gemeinsamen und privaten Unternehmen führte zum Abfluß qualifizierter Arbeitskräfte. Die früher privilegierten Unternehmen der Rüstungsindustrie (privilegiert im Verwaltungssystem der Wirtschaft und des total verstaatlichten Eigentums) büßten beim Übergang der anderen Branchen auf ökonomische Methoden des Wirtschaftens (so zaghaft und begrenzt dieser Übergang auch war) ihre bevorzugte Stellung ein, und das trotz der besonderen Fürsorge durch die Behörden und trotz großzügiger Finanzierung. So entstand ein Widerspruch innerhalb des militärisch-industriellen Komplexes, nämlich zwischen der Bürokratie der Militärbehörden, die alles beim

Alten lassen wollte, und den Direktoren der Rüstungsunternehmen, hinter denen Millionen von Menschen stehen, und die begannen, sich für den Übergang dieser Unternehmen zu Marktverhältnissen einzusetzen. Dieser Widerspruch kam während des Augustputsches in personifizierter Form zum Tragen, als die Führer von zwei Organisationen des militärisch-industriellen Komplexes – Wolskij und Tisjakow (der Mitglied des Putschkomitees GKTschP wurde) – sich auf verschiedenen Seiten der Barrikaden wiederfanden.

Heute besteht dieser Widerspruch nicht mehr in der früheren Form, die neun zentralen Ministerien des Rüstungssektors sind aufgelöst. Aber der wesentliche Kern dessen, was heute ökonomisch auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR vor sich geht, wird in erheblichem Maße davon bestimmt, was im militärisch-industriellen Komplex geschieht.

IV. Nach dem Augustputsch: Neue Probleme und Widersprüche

Die Entwicklung der Ereignisse nach dem 19.–21. August 1991 zeigt, daß gerade in den Besonderheiten des sowjetischen totalitären Wirtschaftssystems und nicht in den politischen Institutionen, die diesem Wirtschaftssystem dienen, die Ursachen für alle jetzigen und zukünftigen Probleme und Schwierigkeiten bei der Reform von Staat und Wirtschaft angelegt sind.

Hier ist auch der Hauptgrund für das Verhältnis der Demokraten, die nach dem Putsch an die Macht kamen, zu Gorbatschow zu suchen. Es ist sehr bezeichnend: Gorbatschow, dessen Macht überaus geschwächt ist, er, dessen indirekte politische und moralische Verantwortung für den Putsch von niemandem bezweifelt wird, erfährt von den Demokraten nicht nur Unterstützung, sondern sie bemühen sich, ihn zu stärken und in sein Team aufgenommen zu werden. Der ehemalige Ministerpräsident der Regierung Jelzin, Iwan Silajew, dessen ehemaliger Stellvertreter Grigorij Jawlinskij, die ehemaligen Gorbatschow-Kritiker Eduard Schewardnadse, Gawriil Popow (Bürgermeister von Moskau) und Anatolij Sobtschak (Bürgermeister von Petersburg) – sie alle und viele andere Vertreter der demokratischen Bewegung sind im Herbst 1991 in die engste Umgebung des sowjetischen Präsidenten aufgerückt und wurden zu seinen Beratern und Mitstreitern. Und das, wo doch nach allgemeiner Auffassung das Unionszentrum am Ende ist, wo es nicht mehr real existiert und wo

Gorbatschow eine rein symbolische Figur ist, die über keinerlei reale Machtbefugnisse und keinerlei Legitimität verfügt und keine (oder fast keine) Popularität genießt.

Dieser Zug zum ehemaligen Generalsekretär des ZK der KPdSU ist kein Zufall. Die Ursachen dafür liegen nicht allein in Gorbatschows Wandlung vom gemäßigten kommunistischen Reformier zum Totengräber des Systems, sondern in den Schwierigkeiten der einzelnen Republiken mit der Neuorientierung. Für die ehemaligen Sowjetrepubliken ist es sehr schwer, sich untereinander zu einigen, denn die Widersprüche zwischen ihnen sind erheblich. Dabei besteht neben den Interessengegensätzen, die zuweilen bis zur Unvereinbarkeit gehen, auch eine objektive Gemeinsamkeit der Interessen und eine sehr feste wirtschaftliche und technologische Verflechtung der Republiken miteinander. Und genau diese bizarre Verbindung von Gemeinsamkeit und Unvereinbarkeit ist auch der Grund dafür, daß die Funktionen der durch gegenseitige Vereinbarung geschaffenen zentralen Strukturen nicht erschöpft sind, und sie ist auch die Quelle, aus der Gorbatschow seine Kraft schöpft. Zudem bleibt er ja auch noch formell Oberbefehlshaber einer Millionenarmee, er verfügt über den atomaren „Knopf“, und er verkörpert in den Augen der ganzen Welt noch den Sowjetstaat mit allen seinen Verpflichtungen gegenüber der Weltgemeinschaft. Sicher zwingen die Interessen des

politischen Kampfes innerhalb der Republiken deren Führer zur ständigen Versicherung ihrer Treue zur Souveränität und zur Unterzeichnung von Abkommen mit Gorbatschow, aber sie stehen auch vor der Frage, ob sich das Amt des Präsidenten der UdSSR nicht überlebt hat. Aber selbst nach der Beseitigung dieses Amtes würden doch irgendwelche zentralen Strukturen erhalten bleiben, und für Gorbatschow würde sich in ihnen wohl ein Platz finden lassen.

Und wenn sich keiner findet, dann heißt das nur, daß die Person Gorbatschow in den Augen der Führer und Völker der ehemaligen Unionsrepubliken mit dem alten imperialen Zentrum identifiziert wird und daß diese Vorstellung sich als unüberwindlich erwiesen hat; es heißt weiter, daß Gorbatschow selbst es dann nicht vermocht hat, sich den neuen Realitäten anzupassen, und deshalb werden dann die neuen Koordinationsstrukturen, die die Republiken jetzt schaffen, Strukturen ohne Vertreter der alten Moskauer Macht sein. Dies wiederum bedeutet, daß auch Gorbatschows persönliche politische Biographie am Ende angelangt sein wird, was aber keineswegs für die Funktionen der zentralen zwischenstaatlichen Organe zur Pflege gemeinsamer Aufgaben gilt, die im übrigen gar nicht unbedingt ihren Sitz im Kreml, ja, nicht einmal unbedingt in Moskau haben müssen. Bei den genannten Funktionen handelt es sich – im Unterschied etwa zur Europäischen Gemeinschaft – nicht nur um Funktionen der Koordination, Integration und gegenseitigen Kontrolle (vor allem der Atomwaffen), sondern auch um Funktionen des Abbaus der bisherigen Integration, die eine Integration des imperialen Typs war, sowie um Funktionen der Umwandlung eines Typs politisch-ökonomischer Gemeinsamkeit in einen anderen.

Mit der Vereinbarung der Präsidenten Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands vom 8. Dezember 1991, eine slawische Union, eine „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ zu bilden, scheint das Bemühen Gorbatschows, den Abschluß eines Unionsvertrags zu erreichen, endgültig gescheitert. Die drei Präsidenten haben mit ihrem Alleingang von Brest deutlich gemacht, daß das definitive Ende der ehemaligen Sowjetunion gekommen ist, daß wie erklärt wurde, die Sowjetunion „als ein Subjekt der internationalen und geopolitischen Realität nicht mehr existiert“. Doch bleiben vorerst viele wichtige Fragen offen:

– Wer hat künftig die politische Kontrolle über die Armee?

- Wie wird die Verfügung über die Atomwaffen geregelt, die nicht nur in den drei slawischen Republiken stationiert sind, sondern auch in Kasachstan, dessen Präsident Nasarbajew über die Initiative der slawischen Republiken nicht informiert war?
- Wie wird das künftige Verhältnis zu den anderen, vor allem durch den Islam geprägten Republiken geregelt?
- Wie werden die ökonomischen Beziehungen zwischen den Republiken nach dem Zerfall der Union gestaltet?

Was die Gemeinsamkeit der Interessen der Republiken betrifft, so besteht sie vor allem gerade darin, daß ihre wirtschaftliche Grundlage vom militärisch-industriellen Komplex gebildet wird, dessen Unternehmen auf das engste miteinander verbunden sind. Die Privatisierung dieser Unternehmen bei geringstmöglichen Verlusten ist nur möglich, wenn sie nicht in den einzelnen Republiken, sondern gemeinsam und gleichzeitig durchgeführt wird. Daran sind die Wirtschaftseliten aller Regionen interessiert, denn nur auf diese Weise können sie den für den militärisch-industriellen Komplex kennzeichnenden Monopolcharakter erhalten. Hinter den bekannten Worten vom notwendigen Erhalt eines „einheitlichen Wirtschaftsraums“ steckt unter den heutigen konkreten Bedingungen die Idee des Erhalts der alten Monopolstrukturen beim Übergang zum Markt, die Idee der Umwandlung der politisch-wirtschaftlichen Macht (die sogenannte „Nomenklatura-Privatisierung“). Das steht im übrigen auch nicht im Widerspruch zur Idee der Konversion des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes, denn der technische Stand der Rüstungsunternehmen läßt hoffen, daß deren Spitzenstellung auch beim Übergang zu ziviler Produktion nicht ins Wanken gerät.

Die Gruppe der neun zentralen Ministerien der Rüstungsindustrie ist zwar liquidiert, deren Unternehmen sind den Republiken übergeben worden. Aber das bedeutet keineswegs, daß sich damit die Gemeinsamkeit der Interessen des militärisch-industriellen Komplexes erledigt hat. Es bedeutet nur eins: daß die Demontage der Leitung des militärisch-industriellen Komplexes als administrativ-politische Struktur abgeschlossen ist. Diese wandelt sich zu einer Wirtschaftsstruktur, die durch gemeinsame Verbindungen und Interessen zusammengehalten wird. Ich wiederhole noch einmal: Der „einheitliche Wirtschaftsraum“, von dem die Mehrzahl der Republiken nicht zu lassen wagt, kann unter den gegenwärtigen Bedingungen

hauptsächlich nur ein Raum wirtschaftlicher Betätigung des militärisch-industriellen Komplexes sein. Aber wenn es einen solchen Raum gibt, dann gibt es auch zentrale Organe, die zumindest für die Einhaltung der Gesetze in diesem Raum sorgen. Solche Strukturen werden von den Republiken selbst geschaffen werden. Und wenn sie geschaffen sind, dann wird dort der Einfluß der Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes dominieren, selbst dann, wenn sie sich auf zivile Produkte umstellen.

In den Besonderheiten des sowjetischen Wirtschaftssystems, in seiner festen Anbindung an den militärisch-industriellen Komplex, ist auch eine Erklärung für die außerordentliche Vorsicht zu suchen, die Jelzin und die Führer einiger der ehemaligen Republiken gegenüber den Forderungen nach der Aufstellung nationaler Armeen an den Tag legen. Denn nationale Armeen bedeuten auch das Entstehen nationaler militärisch-industrieller Komplexe, die an Waffenproduktion und nicht an Konversion interessiert sind. Sie bedeuten einen Bruch der Verbindungen im früher einheitlichen militärisch-industriellen Komplex und gigantische Ausgaben, die sich vor der Bevölkerung nur sehr schwer rechtfertigen lassen, wenn man nicht zu solchen Mitteln greifen will wie Schaffung eines Feindbildes und Anstachelung der nationalen Hysterie, oder anders gesagt, wenn man keine Restauration des isolationistischen Kurses auf der Ebene der Republiken statt der des Imperiums will, mit allen sich daraus ergebenden unberechenbaren Konsequenzen. Symptomatisch ist, daß z. B. in der Ukraine die Idee der Zerstückelung des militärisch-industriellen Komplexes auf Unions-ebene (und nicht nur die Übergabe der Rüstungsunternehmen an die Republiken bei Erhaltung des „einheitlichen Wirtschaftsraumes“) von den nationalistischen Kräften vertreten wird.

Die Gemeinsamkeit der Interessen der Wirtschaftseliten ist umso bedeutsamer, als die Nomenklatura-Privatisierung der Erlangung politischer Stabilität nicht im Wege steht, sie sogar in gewisser Weise fördert. Denn sie ermöglicht es den Wirtschaftseliten, den Forderungen ziemlich breiter Arbeiterschichten entgegenzukommen, indem sie diesen einen Teil der Aktien, durch die sie in den Genuß der Vorteile des Monopols kommen, verkaufen oder übertragen. Die Tendenz zu dieser Art Modernisierung ist so bedeutend, daß aus ihr eine neue politische Strömung gespeist wird, die Unionsbewegung für demokratische Reformen, unter deren Führern wir eine Schlüsselfigur des sich modernisierenden militärisch-industriellen

Komplexes wie den früheren Vorsitzenden des ehemaligen wissenschaftlich-industriellen Verbandes Arkadij Wolskij finden. Daß der Bewegung auch Schewardnadse und Alexander Jakowlew, Popow und Sobtschak angehören, die sich alle heute um Gorbatschow gruppieren, läßt vermuten, daß Gorbatschows Position wohl doch nicht so schwach ist, wie es in den ersten Tagen und Wochen nach dem Putsch scheinen mochte. Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, daß die Hauptlast der Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen in der ersten Etappe der Reformen nicht bei ihm liegt, sondern bei den Führern der Republiken.

Gleichzeitig ist die Gemeinsamkeit der Interessen der ehemaligen Sowjetrepubliken äußerst instabil, denn die Nomenklatura-Privatisierung der Schwerindustrie und des militärisch-industriellen Komplexes gestattet es aus Gründen, die in ihr selbst liegen, nicht, einen einigermaßen entwickelten Konsumentenmarkt zu schaffen, um die Menschen zu kleiden und zu ernähren. Das gibt dem national-populistischen Radikalismus in den Republiken Nahrung, u. a. auch in Rußland, wo eine deutliche Zunahme des Einflusses der russischen nationalen Idee zu beobachten ist. Im Hinblick auf die reale wirtschaftliche Rolle der Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes kann dies aber nur eines bedeuten: Der in den einander gegenüberstehenden Figuren Wolskij und Tisjakow verkörperte Widerspruch zwischen Modernisierern und Isolationisten innerhalb des alten imperialen militärisch-industriellen Komplexes kann abgelöst werden durch den Widerspruch zwischen national-integrativen und national-isolationistischen Tendenzen innerhalb des militärisch-industriellen Komplexes.

Die Brisanz der Situation besteht jedoch darin, daß keine dieser Tendenzen von sich aus zu einem Ausweg aus der schweren Krise und drängenden Zeitnot führt, sondern beide zur Verschärfung der Krise beitragen. Darüber sind sich offenbar die neuen russischen Machthaber im klaren. Jedenfalls sprach sich Jelzin Ende Oktober in einer Erklärung über seine Entschlossenheit, radikale Wirtschaftsreformen auf dem Territorium Rußlands zu beginnen, nicht von ungefähr gegen die Zerschlagung der Unionsarmee und Schaffung einer russischen Armee, also gegen isolationistische Tendenzen im russischen militärisch-industriellen Komplex aus. Auch diese Kompromißposition eröffnet allein noch keine Perspektiven, denn keines der Probleme kann und wird dadurch gelöst werden.

Die Dramatik wird noch dadurch verschärft, daß es bis heute in der ehemaligen Sowjetunion keine Kräfte gibt, die selbständig mit diesen Problemen fertigwerden. Deshalb ist von wirklich entscheidender Bedeutung nicht einfach die Hilfe des Westens, sondern der Charakter dieser Hilfe. Sie kann nur dann zur Reformierung der sowjetischen Wirtschaft und zum Ausweg aus der Krise beitragen, wenn sie erstens auf die Konversion der Rüstungsindustrie und zweitens auf die Unterstützung des im Ansatz entstehenden kleinen und mittleren Gewerbes ausgerichtet ist. Nur in diesem Falle kann man damit rechnen, daß auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR ein wirklich freier Wirtschaftsraum entsteht und daß die Demontage des Imperiums in eine zivilisierte Bahn gelenkt wird und nicht in den Alptraum von Nationalitätenkriegen einmündet.

Die Weltgemeinschaft muß sich klar machen: Die Besonderheit der Sowjetwirtschaft und des sowjetischen Typs des kommunistischen Totalitarismus liegt in ihren historischen Wurzeln. Das heißt, daß die meisten Sowjetrepubliken aus eigener Kraft nicht in der Lage sein werden, den ersten Schritt zur Marktwirtschaft zu tun, nämlich den Konsumentenmarkt zu schaffen und ausreichend zu versorgen. Die atomare Supermacht, die jahrzehntelang versucht hatte, sich der übrigen Welt entgegenzustellen und sie ihrem Einfluß zu unterwerfen, erwies sich letztlich als so abhängig von dieser Welt und ihren Normen der Zivilisation, wie niemand sonst. Diese Abhängigkeit besteht in der Befriedigung der elementarsten primären Bedürfnisse von Abermillionen Menschen. Das ist der Kern der Sache, und wenn man sich dessen nicht bewußt ist, dann läßt sich nicht ein einziges Problem lösen.

Wirtschaftslage und Wirtschaftsreformen in der ehemaligen UdSSR

Zur Zeit sind die Völker der ehemaligen UdSSR (ohne die drei baltischen Republiken) in die schwierigste und dramatischste Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. Es entscheiden sich die wichtigsten Fragen ihrer nächsten Zukunft, die das politische, wirtschaftliche und soziale Umfeld ihrer weiteren Existenz bestimmen werden. Der Erfolg der Schritte auf diesem Weg wird davon abhängen, inwieweit und wie schnell es gelingen wird, die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen für die neuen Beziehungen unter den neuen staatlichen Einheiten und unter den in ihren Grenzen funktionierenden Wirtschaftssubjekten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR de facto und de jure zu gestalten und zu organisieren.

Seit einigen Monaten herrscht in der Ex-Sowjetunion eine qualitativ neue Situation. Der Mißerfolg des Putschversuches vom 19. bis zum 21. August 1991 bedeutete den faktischen Zusammenbruch des totalitären politischen Systems, der Diktatur der Kommunistischen Partei und ihrer administrativen Kommandostrukturen. In drei Augusttagen passierte das, was im Laufe von mehr als sechs Jahren der Perestrojka kaum zu erreichen war – die mächtigen politischen Strukturen waren auf einmal vernichtet. Fast alle ehemaligen Unionsrepubliken erklärten ihre staatliche Unabhängigkeit und Souveränität, und es entstand eine nicht mehr zurückzunehmende Möglichkeit, nun zum Markt überzugehen.

I. Schwierige wirtschaftliche Situation

In die neue Epoche traten die Republiken des ehemaligen sowjetischen Imperiums schwer belastet mit vielen wirtschaftlichen Problemen. Einerseits wurde die Volkswirtschaft der Ex-UdSSR durch die nichteffiziente Politik der kommando-administrativen Zentralverwaltungsorgane und die offizielle Rüstungspolitik im Laufe von vielen Jahrzehnten in eine tiefe strukturelle ökonomische Krise gebracht. Andererseits haben das nichtkonsequente Suchen nach Reformkonzepten seit Mitte der achtziger Jahre, das Fehlen des wirtschaftlichen Sachverständes und des notwendigen politischen Willens für den Übergang zur Marktwirtschaft bei vielen Entscheidungsträgern in den oberen Machtorganen sowie die nationalistisch bedingten zentrifugalen Tendenzen in der ökonomischen Politik der ehemaligen Unionsrepubliken das Land an den Rand des Wirtschaftskollapses getrieben.

In den Monaten nach dem Putschversuch vertiefte sich die Wirtschaftskrise weiter. Zu ihren dominierenden Charakteristika gehören (wie für das ganze Jahr 1991) das ständige Absinken der Produktion, die Steigerung der Inflationsrate, die sich verschlechternde Situation in der Außenwirtschaft. Nach den vorhandenen Einschätzungen wird das Bruttosozialprodukt 1991 nur 87 Prozent des Ni-

veaus von 1990 betragen, die Industrieproduktion 91 Prozent, die Agrarproduktion 90 Prozent, die Investitionen 80 Prozent¹⁾. Sehr kompliziert ist die finanzielle Situation, was mit der schwierigen Lage der Staatsfinanzen verbunden ist. Die Haushaltseinnahmen aller Ebenen schrumpfen, hauptsächlich als Folge des Produktionsrückganges und der Senkung der Außenhandelserlöse. Gleichzeitig steigen die Ausgaben, darunter für soziale Programme. Das gemeinsame Defizit des Unionshaushaltes und der Haushalte der einzelnen Republiken wird sich Ende 1991 auf 300 Mrd. Rubel belaufen²⁾. Die Haushaltsfinanzierung erfolgt wie früher hauptsächlich durch die staatlichen Notenbankkredite. Die Verschuldung des ehemaligen Unionsstaates wird Ende 1991 ca. 1000 Mrd. Rubel betragen – im Vergleich zu 566 Mrd. Rubel am Anfang des Jahres³⁾.

Die Finanzierung der Staatsausgaben durch die Staatsbank führte zu einer erheblichen Erhöhung der Geldmenge in der 2. Hälfte 1991. Statt der geplanten 8 Mrd. Rubel wird die Geldemission

1) Vgl. *Ekonomika i Žizń*, Nr. 43/November 1991, S. 7.

2) Vgl. *Moskovskij Komsomolec* vom 21. November 1991, S. 1.

3) Vgl. *Ekonomika i Žizń*, Nr. 43/November 1991, S. 7; *Trud* vom 27. November 1991, S. 2.

1991 ca. 110–140 Mrd. Rubel betragen. Die Bargeldbestände der Bevölkerung erhöhten sich drastisch. Die Versuche, durch grundlegende Reformen der Groß- und Einzelhandelspreise in der ersten Hälfte des Jahres die Lage auf dem Markt zu stabilisieren, scheiterten, was u. a. dazu führte, daß sich die Lohn-Preis-Spirale in Bewegung gesetzt hat.

Ständige Preiserhöhungen sind alltäglich geworden. In der ehemaligen Sowjetunion gibt es keine sichere Methodik zur Bestimmung aussagefähiger Größen für die Festsetzung der Indexe der Verbraucherpreise und der Inflation. Deshalb sind die offiziellen statistischen Instanzen nicht imstande, die reale Inflationsrate zu berechnen. Alle Experten stimmen darin überein, daß sie weiterhin wachsen wird.

Das Wachstumstempo der nominalen Geldeinnahmen der Bevölkerung ist höher als das der Ausgaben für Waren- und Dienstleistungseinkäufe. Das entsprechende Verhältnis zwischen ihnen ist von Januar bis September 1991 im Vergleich zu derselben Periode 1990 um das 3,7fache gestiegen. Da die Bevölkerung im Laufe des Jahres einige attraktive Möglichkeiten bekam, sind die Spareinlagen, der Kauf von Wertpapieren usw. ebenfalls stark (um das 3,7fache) gestiegen (beide Größen sind in laufenden Preisen berechnet)⁴).

Das war in beträchtlichem Maße mit unkontrollierten Einkommenssteigerungen verbunden, die die Regionen und viele Unternehmen selbst unabhängig von der staatlichen Politik und oft im Widerspruch zu dieser durchgeführt haben. Aber die realen Einkommen sanken (allein in der ersten Hälfte 1991 um 15 Prozent). Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel besonders stark gewachsen sind. Andere Ausgaben sind hingegen zurückgegangen. Der gesamte Einzelhandelsumsatz (in konstanten Preisen) schrumpfte. Ein Teil des Kaufkraftüberhangs kam dem nichtstaatlichen Sektor zugute. Dabei sind die Preise in privaten Geschäften höher als die im Staatshandel, und die Zahl solcher nichtstaatlichen Läden wächst mit jedem Tag.

Immer komplizierter wird die Lage in der Industrie, die durch den ständigen Produktionsrückgang gekennzeichnet ist. Besonders negativ entwickelten sich in den ersten drei Quartalen 1991 die Kohleförderung (–11 Prozent), die Erdölförderung (–9 Prozent), die zivilen Zweige des Maschinenbaus, die Papierindustrie, die Nahrungsmittel-

industrie (–8 bis –10 Prozent)⁵). Zu den Ursachen gehören Versorgungsengpässe und Produktionsstillstand wegen des Ausbleibens von Lieferungen, die ihrerseits hauptsächlich durch den Zerfall des ehemaligen einheitlichen Unionsmarktes und die tiefe Krise im Finanz- und Geldsystem bedingt sind. Negativen Einfluß üben hier auch Nationalitätenkonflikte und Streiks aus. Allein im September 1991 streikten 70 Unternehmen (hauptsächlich in Rußland).

Die Landwirtschaft der Ex-UdSSR hat 1991 mit 160 Mio. t (–25 Prozent) die schlimmste Getreideernte seit vielen Jahren. Die unbefriedigende Entwicklung ist auch in anderen Agrarbereichen zu verzeichnen – bei Kartoffeln, Zuckerrüben und Gemüse. Die Produktion tierischer Erzeugnisse ging in drei Quartalen 1991 bei Vieh und Geflügel um 12 Prozent, bei Milch und Milchprodukten um 13 Prozent, bei Eiern um 8 Prozent zurück. Wie auch früher bestehen in diesem Sektor Probleme, die bei Lagerung, Transport und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte entstehen. Deshalb werden weitere hohe Verluste erwartet.

Besonders schwer ist die Situation im Investitionskomplex, vor allem bei den Objekten, die als Unionseigentum gelten. Ihr Bau wird praktisch eingestellt; von den 329 Unionsobjekten, die fertiggestellt werden sollten, wurden 1991 nur drei tatsächlich in Betrieb genommen. Die überlangen Bauzeiten und Verzögerungen bei der Fertigstellung neuer Produktionsanlagen bei anderen Objekten sind noch größer geworden. Der Verlustwert der unvollendeten Investitionen wird 1991 um weitere 55–65 Mrd. Rubel wachsen.

Die akute Wirtschaftskrise führt zur Erhöhung der sozialen Spannungen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst ständig. Ihre Zahl beläuft sich in der Ex-UdSSR auf mindestens zwei Millionen. Allein im September 1991 kamen zu den Arbeitsämtern 269,2tausend Menschen, von denen 147,4tausend neue Arbeitsstellen bekamen. Aber die offizielle Registrierung der Arbeitslosen und die Einrichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stehen noch am Anfang ihrer Entwicklung.

Neben den negativen Erscheinungen in der Volkswirtschaft der ehemaligen SU sind auch einige positive Momente auf ihrem Territorium zu erwähnen. Die bestehen darin, daß sich schon vor dem Putsch und besonders nach diesem mannigfaltige konstruktive marktwirtschaftliche Elemente entwickelten. Diese Elemente leisteten ihren Beitrag zur qualitativen Veränderung des sowjetischen

⁴) Vgl. *Ekonomika i Žizn*, Nr. 43/November 1991, S. 7.

⁵) Vgl. ebd.

Wirtschaftssystem mit teilweise überraschender Geschwindigkeit. 1991 wurden ohne staatliche Unterstützung mehr als 400 Waren-, Dienstleistungs- und Wertpapierbörsen geschaffen. In der ersten Jahreshälfte ist die Zahl der selbständigen Bauernhöfe um das Sechsfache gestiegen. Allein in der Russischen Föderation funktionieren mehr als 2000 nichtstaatliche Geschäftsbanken. Es gibt Tau-

sende von selbständigen Körpergesellschaften, die in allen Wirtschaftsbereichen erfolgreich arbeiten. Auch die staatlichen Wirtschaftssubjekte verändern ihr Handeln im existierenden System. Immer mehr orientieren sie sich in ihren Entscheidungen auf die marktwirtschaftlichen Motivationsmechanismen, wengleich noch nicht von einem Durchbruch die Rede sein kann.

II. Neue Aufgaben in der Volkswirtschaft nach dem Scheitern des Putschversuches

Die Auflösung der Kommunistischen Partei, besonders ihres Zentralkomitees mit seinen vielen Wirtschaftsabteilungen, die qualitative Veränderung der Situation im Ministerrat und anderen Zentralverwaltungen der Ex-UdSSR bedeutete ein Ende des Gegenüberstehens von Zentrum und Republiken, die schon seit zwei Jahren zu selbständigen Reformen strebten und nach dem Scheitern des Putsches zum ersten Mal die Möglichkeit bekommen haben, eine unabhängige Wirtschaftspolitik durchzuführen. Im September/Oktober 1991 ergab sich für die meisten Republiken das Einverständnis in die objektive Notwendigkeit, Gremien zu schaffen, die imstande sein werden, ihre gemeinsamen Aktivitäten in einem neuen Wirtschaftsraum zu koordinieren und effektiv zu gestalten.

Anfang September 1991 verabschiedete der Volksdeputiertenkongreß ein neues Gesetz, das die Machtorgane der UdSSR für eine Übergangsperiode strukturell neuorientiert hat. Im Rahmen dieser Periode sollte das höchste Organ der staatlichen Unionsmacht der Staatsrat sein, der aus den Staatsoberhäuptern der souveränen Republiken mit dem Präsidenten der SU an der Spitze besteht. Das legislative Organ der ehemaligen UdSSR – der Oberste Sowjet – wurde dabei reorganisiert. Die laufende Steuerung in der Volkswirtschaft hat das Komitee für die operative Verwaltung übernommen.

Nach den intensiven und nicht einfachen Verhandlungen kamen die meisten Republiken zu einer Vereinbarung, in kürzester Zeit ein institutionelles System des wirtschaftlichen Zusammenwirkens einzurichten. Es soll aus drei Hauptelementen bestehen:

- einem Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft;
- einem interrepublikanischen Abkommen über die praktische Durchsetzung der im Vertrag vorgesehenen Mechanismen (Bankenunion, Zahlungsunion usw.);

- einem Aktionsprogramm im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft.

1. Der Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft

Am 18. Oktober 1991 wurde der Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft von 8 Republiken unterzeichnet (Armenien, Weißrußland, Kasachstan, Kirgisien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenien, Usbekistan). Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldowa nahmen eine Sonderstellung ein. Die letzten zwei Republiken traten dem Vertrag am 6. November 1991 bei. Der Vertrag bestimmt die gemeinsamen Ziele, Grundprinzipien und Mechanismen der Zusammenarbeit im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft, ihre Aufgaben, Vollmächte und die Struktur der Verwaltungsorgane. Konkreteres wird in zusätzlichen Vereinbarungen erfaßt und muß um die Jahreswende unterschrieben und auch in Parlamenten ratifiziert werden.

Der Vertrag und die mit ihm verbundenen Abkommen und Vereinbarungen schaffen die institutionelle Basis für die Zusammenarbeit zwischen den souveränen Staaten (den ehemaligen Republiken) im wirtschaftlichen Bereich. Alle Teilnehmer einigen sich darin, daß auf dem Wege der radikalen Wirtschaftsreformen die tiefe Krise überwunden, ein marktwirtschaftliches Fundament aufgebaut und die Voraussetzungen für die Integration in die Weltwirtschaft geschaffen werden können.

Die Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft führen eine gemeinsame Regelung der Prozesse in ihren Volkswirtschaften durch. Vorgesehen ist ein einheitlicher Währungsraum mit dem Rubel als Hauptwährung. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß die einzelnen Mitglieder parallel dazu ihre nationalen Währungen haben werden. Es muß eine unabhängige Bankenunion (als Reservensystem aufgebaut) geschaffen werden, die die Zentralbanken aller Teilnehmer-Staaten vereint und die gemeinsam abgestimmte Geld- und Kreditpolitik durchführt. So wird die Haushaltspolitik koor-

diniert und in erster Linie auf die Beschränkung der Defizite und Unifizierung der Steuersysteme gerichtet. Die Teilnehmerstaaten treten gleichzeitig einer Zollunion bei, in deren Rahmen sie alle Hindernisse auf den inneren Wegen für Waren, Dienstleistungen und Kapitalien beseitigen und einen einheitlichen Zolltarif einführen. Die ökonomische Gesetzgebung der Staaten muß gegenseitig angepaßt werden, wobei die rechtlichen Normen des Vertrages und die aus ihm abgeleiteten Abkommen Priorität erhalten.

Im Vertrag ist vorgesehen, daß die Staaten, die keine Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft wollen, als assoziierte Mitglieder von den anderen akzeptiert werden können, wenn sie der Zollunion beitreten und die Grundprinzipien der Unternehmensfreiheit anerkennen. Die Geld-, Kredit- und Haushaltspolitik der assoziierten Mitglieder wird mit der Politik der Gemeinschaft über zusätzliche Abkommen koordiniert.

Zu den wichtigsten Instituten der Wirtschaftsgemeinschaft gehören Staatsoberhaupterrat, Interstaatliches Wirtschaftskomitee, Bankenunion und Arbitrage (Einigungsamt). Das interstaatliche Wirtschaftskomitee ist ein exekutives Organ, es koordiniert die Durchführung der Wirtschaftspolitik der Teilnehmerstaaten. Am Komitee werden ihm unterstellte Organe geschaffen, die für die Verwaltung in den entsprechenden volkswirtschaftlichen Bereichen zuständig sind. Die Teilnehmerstaaten werden die Wirtschaftsreformen in abgestimmten Bereichen durchführen. Größere Selbständigkeit werden sie in der Privatisierungs-, in Agrar- und Wohnungsbaureformen sowie in der Sozialpolitik haben.

Momentan besteht darüber noch kein eindeutiger Konsensus. Das gemeinsame Voranschreiten ist jedoch nicht mehr nur eine Frage der Zeit, sondern eine der Kontinuitäten. Es ist deshalb wichtig, daß die Expertengruppe unter Leitung von G. Jawlinski, die auch den Entwurf des Vertrages über die Wirtschaftsgemeinschaft verfertigte, Ende November zusätzliche 24 Vereinbarungen vorbereitet hat, in denen konkrete Mechanismen der Regelung rechtlicher Fragen in verschiedenen Bereichen beschrieben sind.

2. Veränderungen der Infrastruktur

Abgesehen von allen negativen Erscheinungen und Widersprüchlichkeiten der Maßnahmen der

ehemaligen Unionsregierung hat man in letzter Zeit auch günstige Voraussetzungen für die jetzigen Reformen geschaffen. Das betrifft in erster Linie die Gründung einiger legislativer und institutioneller Infrastrukturorgane für das künftige marktwirtschaftliche Fundament. In diesem Zusammenhang wurden einige wichtige grundlegende Gesetze verabschiedet – wie z.B. das über Eigentumsverfassung und über die Unternehmen, über Privatisierung, über Körperschaftsgesellschaften und über die Veräußerung von Wertpapieren.

Verwaltungsorgane wurden gegründet, die in einer Marktwirtschaft notwendig sind – das Antimonopolkomitee (Kartellamt), Komitees zur Privatisierung, für die Bodenreform usw. Und obwohl diese erste Erfahrung sehr wichtig war, konnte sie unter den ehemaligen Zentralstrukturen nicht in vollem Maße für die Weiterbringung der radikalen Reformen ausgenutzt werden. Nach wie vor fehlt der Wirtschaftsgemeinschaft eine ganze Reihe von weiteren wichtigen gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen, wie z.B. Gesetze über Konkurse, über Hypotheken, über Wertpapiere. Außerdem haben einige neugegründete Verwaltungsorgane ihre Tätigkeit noch nicht begonnen, und es fehlt auch an praktischer Erfahrung. Es besteht dringender Bedarf an dem Aufbau konkreter Mechanismen zur Realisierung der schon angenommenen Teile der marktwirtschaftlichen Reformprogramme. Unter anderem hat dies bereits zu einer willkürlichen und teilweise anarchischen Entwicklung der Liberalisierungsprozesse im staatlichen Sektor geführt, wobei sich die ehemaligen Staatsorgane oft als passive Beobachter verhielten. In der Folge waren viele Wirtschaftsbereiche und ökonomische Prozesse außer Kontrolle gesetzt.

Alles das charakterisiert die Startpositionen, mit denen die ehemaligen Republiken die Durchsetzung der von ihnen gestellten Ziele und die Durchführung der radikalen Wirtschaftsreformen zu beginnen haben. Die aktuelle Lage im Herbst 1991 stellte die Notwendigkeit auf die Tagesordnung, Initiative zu zeigen und zu ergreifen, die verschleierten Prozesse zu legalisieren und die weiteren entsprechenden gesetzlichen und institutionellen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für diese zu schaffen.

III. Führende Rolle der Russischen Föderation bei der Durchführung der Wirtschaftsreformen

Initiative hat Ende Oktober 1991 die größte Republik der Ex-UdSSR gezeigt, die Russische Föderation, die mit ihrem Präsidenten B.N. Jelzin an der Spitze eine entscheidende Rolle im Widerstand während des Putsches im August 1991 gespielt hat. Dieselbe entscheidende Rolle soll jetzt Rußland im Übergang zur Marktwirtschaft im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft spielen. Von den Erfolgen des russischen Staates in der Durchsetzung der Reformen hängt in vielerlei Hinsicht das Schicksal der entsprechenden Reformen in den anderen Republiken ab.

Die Ausgangsposition für marktwirtschaftliche Reformen in Rußland ist vielleicht eine der schwierigsten. Die Russische Föderation ist das größte Opfer des stalinistischen kommando-administrativen Systems. Im Laufe von mehr als 70 Jahren hat dieses System die russische Wirtschaft ruiniert, das intellektuelle Potential zerstört, die Umwelt vernichtet und die Bürger beraubt. 55 Prozent aller russischen Familien des bisher noch in der Welt an Rohstoffen und Bodenschätzen reichsten Landes leben unterhalb der Armutsgrenze. Rußland hat im Rahmen der sozialistischen planwirtschaftlichen Arbeitsteilung den anderen Republiken immer viel mehr gegeben als selbst bekommen. Auf Kosten der Russischen Föderation entwickelten sich die Wirtschaften der ehemaligen sozialistischen Staaten (das betrifft in erster Linie Erdgas- und Erdölexporte).

Aber das geistige und materielle Potential ist geblieben, und Rußland sieht seine Aufgabe darin, nicht nur einen Ausweg aus der tiefen Wirtschaftskrise zu finden, sondern auch ein Fundament für hochentwickelte und effiziente Marktwirtschaft zu schaffen, das seinerseits als ein gesundes Gravitationsfeld im ehemaligen sowjetischen Wirtschaftsraum die Integrationsprozesse auf allen Ebenen fördern wird. Zu diesem Zweck wurde ein Paket von Maßnahmen ausgearbeitet, das es erlauben soll, einen reformatorischen Durchbruch zu erreichen und schon in einigen Monaten die Lage zu stabilisieren und den Umbau der Wirtschaft zu beginnen. Es gibt keine Alternative zu diesen für viele schmerzhaften Maßnahmen. Auf welchen Wegen können die radikalen Reformen durchgesetzt werden?

1. Preisfreigabe

In erster Linie geht es um ökonomische Stabilisierung. Deshalb spielen die restriktive Geld-, Kre-

dit- und Finanzpolitik und die Steuerreform eine besonders wichtige Rolle. Motor soll die Preisfreigabe sein. Man geht davon aus, daß der Staat nicht imstande ist, einen „richtigen und gerechtfertigten Preis“ für die Waren und Dienstleistungen festzusetzen. Diese Aufgabe kann nur der marktwirtschaftliche Mechanismus lösen. Die unregelmäßige Liberalisierung der Preise vollzog sich im ehemaligen kommando-administrativen System seit langem. Bei den fixierten Preisen im staatlichen Sektor verschwanden die Waren aus den staatlichen Läden, um sofort im privaten Sektor und in der Schattenwirtschaft zu erscheinen, wo sie zu weit höheren Preisen realisiert wurden. Mit der Liberalisierung des Wirtschaftslebens in den Republiken seit zwei Jahren entstand dieselbe Situation in Rußland, in dem viele Preise im Unterschied zu anderen Regionen fixiert blieben. Die anderen Republiken profitierten bei dem Kauf in der Russischen Föderation von Rohstoffen und Halbprodukten, die sie dann zu Weltmarktpreisen weiterverkauft haben. 1991 beliefen sich die direkten Verluste Rußlands wegen solcher Preisscheren auf 33 Mrd. Rubel. Gleichzeitig war es gezwungen, die Fertigprodukte in den anderen Republiken zu ständig wachsenden Preisen einzukaufen.

Die Lage in der russischen Wirtschaft wurde seit dem Herbst 1991 zusätzlich dadurch erschwert, daß die baltischen Staaten und einige andere Republiken, die beabsichtigten ihre eigene Währung einzuführen, sich von den Rubelvorräten zu befreien versuchten, indem sie Waren in jeder Menge kauften und die Differenz zwischen Geld- und Warenmasse vergrößerten. Um diesen Prozeß der ungerechtfertigten Umverteilung zu stoppen und gleichzeitig die Preise zu einem wichtigen Regelungsinstrument in der Wirtschaft zu machen, werden im Winter 1991/92 die meisten Preise freigegeben. Nur für kleine Warengruppen ist nach der bestimmten Erhöhung die weitere Fixierung vorgesehen. Man erwartet, daß die Preise nach der Freigabe um das Drei- bis Vierfache steigen werden, sich danach in ungefähr sechs bis neun Monaten stabilisieren und dann in einer bestimmten Zeit sinken werden. Man hofft auch, daß die Preisexplosion einen selbstdämpfenden Effekt haben wird.

2. Restriktive Haushaltspolitik

Parallel zur Liberalisierung der Preise wird die restriktive Haushaltspolitik eingeführt. In erster

Linie werden die staatlichen Ausgaben für die nichtrentablen Produktionen, für Rüstungsindustrie und Verwaltungsapparat reduziert. Seit dem 1. November 1991 hat Rußland die Finanzierung von 70 Unionsministerien und ähnlichen Strukturen eingestellt. Es wird jetzt keine finanzielle Hilfe und Kredite anderen Staaten zur Verfügung stellen. Auch die sozialen Ausgaben werden neustrukturiert werden. Der Staat wird keine Indexierung für Löhne und Gehälter einführen. Nur für die haushaltsfinanzierten Organisationen ist eine einmalige Lohnerhöhung vorgesehen, die ansonsten selbst erwirtschaftet werden muß. Insgesamt muß das Haushaltsdefizit des russischen Staates praktisch minimiert oder sogar beseitigt werden. Die Haushaltspolitik wird darauf zu achten haben, daß die Ausgaben nur durch reale Einnahmen zu decken sind. Jeder andere Weg würde die Reformen ruinieren.

Problematisch ist auch die Reform des Steuersystems. Das gegenwärtige System ist ineffizient, kompliziert und den marktwirtschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen. Der Anteil der Steuern an den staatlichen Einnahmen ist sehr niedrig. Deshalb wird das russische Steuersystem so umgebaut, daß es zum Beispiel aktivere Förderungsfunktionen für die Entwicklung jener Unternehmen tragen kann, die die für die Bevölkerung notwendigen Waren und Dienstleistungen produzieren.

Parallel dazu muß das russische Bankensystem umgebaut werden. Das Ziel besteht darin, restriktive Geld- und Kreditmechanismen einzuführen, um in erster Linie Barrieren auf dem Wege der Hyperinflation aufzubauen. Rußland versucht gegenwärtig ein eigenes effektives Reservebankensystem zu schaffen, wobei große Schwierigkeiten bestehen, die mit dem Widerstand der anderen Republiken verbunden sind. Prinzipiell besteht ein Konsensus darüber, daß die Republiken eine gemeinsame Zentralbank haben sollen, die eine einheitliche oder eng koordinierte Geld- und Kreditpolitik auf ihren Territorien durchführt. In einer Vereinbarung wurde erreicht, daß die Hälfte aller Stimmen in der Bank unter den Teilnehmern gleich verteilt werden und die andere Hälfte nach dem wirtschaftlichen Produktionspotential. Aber die gemeinsame Zentralbank ist noch nicht gegründet. Eine einheitliche Währungszone mit dem Rubel an der Spitze soll es erlauben, in einer bestimmten Zeit die Geldmenge in dieser grundlegend zu reduzieren. Selbstverständlich braucht man dafür ein enges Zusammenwirken mit den anderen ehemaligen Unionsrepubliken, die die Einführung einer

eigenen Währung bereits beschlossen haben. Denkbar ist, daß der Rubel die Rolle der Leitwährung übernimmt und die anderen an der Union teilnehmenden Währungen gegenseitig konvertierbar sein würden. Leider sieht die Realität anders aus. Abgesehen von den Verpflichtungen, die aus dem Wirtschaftsvertrag resultieren, beabsichtigen einige Republiken ohne Vereinbarungen mit Rußland und den anderen, auf ihrer eigenen Währung zu beharren. In diesem Fall könnte die Russische Föderation gezwungen sein, ihr Geld- und Kreditssystem anders zu organisieren, indem sie ihrer Zentralbank die Funktionen der souveränen Notenbank übergibt und auf ihrem Territorium eine selbständige russische Währung einführt. Für die Wirtschaftsgemeinschaft wäre das unerwünscht, weil die politisch bedingte ökonomische Verselbständigung der Teilnehmerstaaten die Durchführung der abgestimmten marktwirtschaftlichen Reformen erschweren würde.

3. Privatisierung des Staatseigentums

Neben der neuen Geld-, Finanz- und Kreditpolitik gehört zu den wichtigsten Säulen des russischen Programms der Wirtschaftsreformen die Privatisierung des Staatseigentums. Hier geht es darum, schon in der nächsten Zeit einen mächtigen Anstoß für die Entwicklung des hocheffizienten privaten Sektors in der russischen Wirtschaft zu geben. Die Verspätung in der Durchführung der gründlich ausgearbeiteten und durchdachten Privatisierungspolitik ist sehr groß. Das größte Hindernis bestand früher in der Ideologisierung, nach der das private Eigentum unzulässig war. Die Partei war propagandistisch bemüht die Bürger zu überzeugen, daß die privaten Unternehmen zur Senkung des Lebensniveaus der breiten Masse führen würden. Tatsächlich vollzog sich in Rußland noch in den Jahren der kommunistischen Herrschaft eine verschleierte Schattenprivatisierung, die u. a. von Nomenklatura und Apparatschiks, die sich durch die Perestrojka bedroht sahen, durchgeführt wurde.

Als das ehemalige Unionszentrum grünes Licht für die Privatisierung in bestimmten Wirtschaftsbereichen gab, wurde diese in erster Linie gemäß den Interessen der an der Macht Stehenden verwirklicht und nicht als konsequente Entstaatlichung verstanden. Jetzt gilt es einen zivilisierten rechtsstaatlichen Prozeß der auf den entsprechenden Gesetzen stehenden Privatisierung möglichst schnell in Bewegung zu setzen. In erster Linie betrifft das die Einbeziehung der breiten Bevölkerungsschichten in die sogenannten kleinen Privatisierungen. Kleine und mittlere Unternehmen im

Handel und Transport, im Industrie- und Dienstleistungsbereich müssen in private Hände übergeben werden. Die rechtliche Prozedur der Übergabe des staatlichen Eigentums wird mittlerweile vereinfacht. Im Winter 1991/92 können nach Expertenschätzungen bis zu 50 Prozent aller russischen KMU (ca. zehntausend kleine und mittelständische Unternehmen) und unvollendete Bauobjekte privatisiert werden. Allein das soll dem russischen Staat ungefähr 100 Mrd. Rubel einbringen.

Parallel dazu werden die Objekte des Staatseigentums unter den verschiedenen Niveaus der staatlichen Macht verteilt – zwischen Bund, Republik, Gebiet usw. Im nächsten Schritt soll der staatliche Aufbau Rußlands neustrukturiert werden. Es ist geplant, ein Bundessystem nach dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen. Aus verschiedenen Gründen kann aber ein großer Teil der russischen Wirtschaft in der nächsten Zeit nicht privatisiert werden. Das betrifft die Betriebe der Schwerindustrie und viele aus dem Rüstungskomplex. Für eine bestimmte Periode bleiben sie dem staatlichen Sektor unterstellt, aber in ihrer Tätigkeit werden grundlegende Veränderungen vorgenommen. So sind neue Motivationsmechanismen für die staatlichen Unternehmen zu schaffen, die Haushaltsfinanzierung weitgehend zu reduzieren, sie auf die Gewinnmaximierung zu orientieren und steuerliche Erleichterungen für Investitionen einzuführen. Dazu werden die meisten der Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt, an denen neben dem Staat die Belegschaften teilnehmen können. Später werden auch andere Interessenten die Aktien von diesen zu Marktpreisen kaufen können.

4. Der Agrarsektor

Besondere Aufmerksamkeit wird der Privatisierung im Agrarsektor geschenkt. Gerade hier bleibt der Widerstand von ehemaligen Strukturen sehr stark. In letzter Zeit gelang es in Rußland, dreißigtausend private Farmerwirtschaften einzurichten, was zwar viel ist, aber für die Dimensionen der russischen Landwirtschaft nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Zur Veränderung der krisenhaften Situation beschloß die Russische Regierung eine vielseitige Unterstützung der privaten Haushalte in der Landwirtschaft – von direkten finanziellen Zuschüssen bis zur Organisation der Produktion der für die kleinen Farmen geeigneten Agrarmaschinen und Ausrüstungen und der Schaffung des entsprechenden Servicenetzes für ihre Bedienung. (Gerade auf diesem Gebiet könnte die

deutsch-russische Zusammenarbeit sehr erfolgreich werden.) Als weitere Starthilfe ist geplant, landwirtschaftliche Maschinen und Transportmittel im Wert von 100 Mio. Dollar zu importieren. Um die Privatisierung möglichst komplex durchzuführen, werden wichtige Novellen zum Bodengesetz eingeführt.

5. Entmonopolisierung

Neben Preisfreigabe und Privatisierung werden Maßnahmen eingeleitet, die auf die Entmonopolisierung der russischen Wirtschaft gerichtet sind. Solange der Rubel unkonvertierbar bleibt und ausländische Firmen nicht frei zum russischen Markt kommen können, existieren hunderte von Unternehmen, die entweder hundertprozentige Anbietermonopolisten oder bestenfalls Oligopolisten sind. Diese sind aus dem Wettbewerb ausgeschlossen und imstande, von der Qualität und Quantität ihrer Produktion einmal abgesehen, die überhöhten Monopolpreise festzusetzen. Das Antimonopolkomitee wird deshalb in nächster Zukunft eine wichtige Rolle für die staatliche Wettbewerbspolitik spielen.

Das Reformpaket Rußlands stimmt mit den Hauptrichtungen des Komitees für die operative Steuerung in der Volkswirtschaft überein. Am 1. November 1991 wurde ein Beschluß verabschiedet, der die Grundprinzipien bei der Durchführung der erstrangigen Reformmaßnahmen in allen Bereichen beinhaltet. Dieser Wirtschaftskodex soll in allen Republiken der Gemeinschaft gelten. Für die Durchführung der radikalen Wirtschaftsreformen sind entsprechende Verwaltungs- und Machtstrukturen notwendig, damit die gestellten Ziele rechtzeitig und effektiv erreicht werden können. Ausgehend von dieser Aufgabe reformierte der russische Präsident Jelzin die entsprechenden exekutiven Organe. In erster Linie wurde die Zahl der Ministerien drastisch reduziert – von 46 auf 23. Gleichzeitig sank die Zahl der Mitarbeiter im russischen Ministerrat.

6. Schwierigkeiten der Exekutive

Man kann die Situation in den obersten russischen Machtorganen mit der Einführung des Notstandes vergleichen. Für ein Jahr bekommt der russische Präsident das Recht, selbständig die Strukturen der exekutiven Organe zu verändern und eine eigenständige Personalpolitik in diesen durchzuführen. Zusammen mit der von ihm geleiteten Regierung darf er staatliche Bundesämter, -komitees, -departements und andere Einrichtun-

gen schaffen, die aus ihrer Sicht für die operative Steuerung in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation notwendig sind. Praktisch sofort nach dem Beginn der Tätigkeit der Regierung hat Jelzin Mitte November eine Reihe von wichtigen Erlassen unterschrieben. Zu ihnen gehören die Ukase über die Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit in der Russischen Föderation, über die Kommerzialisierung des Handelssektors, über die soziale Partnerschaft und die Einigung bei den Arbeitskonflikten, über die Reorganisation der russischen Zentralbank, die Dekrete über die finanziellen Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsreformen, über den Mindestlohn und über die Regelung der Erdöllieferung außerhalb der Russischen Föderation.

Gegen die meisten der Beschlüsse kam es Ende November zu Widerstand durch das Präsidium des Obersten Sowjets der Russischen Föderation und dann auch durch das Parlament. Unter anderem wurden die als zu liberal angesehenen Normen, die den Unternehmen zu große Freiheit gewährten, besonders in der Außenwirtschaft, annulliert. Das Parlament sprach sich auch dagegen aus, die russische Zentralbank direkt der Regierung zu unterstellen und aus ihr die Staatsbank von Rußland zu machen. Das Antimonopolkomitee wird jetzt nicht der Regierung, sondern dem Parlament unterstehen. Durch diesen Beschluß verlor das Ministerkabinett einen wichtigen Hebel der Einwirkung auf die Wettbewerbspolitik. Umstritten blieb das Dekret über einen Mindestlohn, der zu hoch angesetzt war und deshalb ein zusätzliches Inflationspotential ins Leben gerufen hatte. Fraglich ist, inwieweit das Gegenüberstehen von der „Regierung der Reformen“ und dem Parlament einen bremsenden Einfluß auf das Tempo der Reformprozesse hat. Die Verspätung in der Durchführung geplanter Schritte, etwa im Finanzsystem, könnte schon bald zu unvorhersehbaren Folgen führen.

Auch ohne den Widerstand der Abgeordneten stehen die Reformen vor vielen Problemen und Schwierigkeiten. Zu den strukturellen Besonderheiten der existierenden Volkswirtschaft gehört das Übergewicht der Schwer- und Rüstungsindustrie. Nur ein sehr geringer Teil der Volkswirtschaft produziert unmittelbar für die Bevölkerung. Aber die Preise für die Waren und Dienstleistungen können nur dann stabilisiert oder sogar gesenkt werden, wenn die Zahl der Produzenten, die miteinander in den Wettbewerb treten, drastisch erhöht wird, unter dem Motto der Demonopolisierung und Konkurrenz. Offen bleibt, ob in den nächsten Monaten, in denen der Rubel stark abge-

wertet wird, viele neue Produzenten auf den Markt kommen werden. Die Gefahr der weiteren Monopolisierung der Wirtschaft und des Produktionsrückganges ist da.

Die konkreten Mechanismen der Durchsetzung der in Dekreten und Ukassen vorgesehenen dringenden Maßnahmen sind nicht immer vollkommen ausgearbeitet, was auch verständlich ist. Es mangelt an den funktionsfähigen rechtsstaatlichen Verwaltungsstrukturen wie an geeigneten Fachleuten. Das betrifft sowohl die höchsten exekutiven Machtorgane als auch entsprechende örtliche Verwaltungsstrukturen. Jelzin wies in der letzten Zeit nicht zufällig darauf hin, daß es ohne starke und harte exekutive Macht kaum möglich sein wird, die radikalen Reformen durchzusetzen. Um diese Macht an Ort und Stelle und gleichzeitig die vertikalen Verbindungen in der gesamten Verwaltungsstruktur zu stärken, verfügte der russische Präsident die Einsetzung seiner unmittelbaren Vertreter in allen russischen Gebieten. Diese Vertreter sollen den Widerstand der örtlichen Funktionäre abwehren, unter denen viele ehemalige Parteiparatschiks sind, denen es gelungen war, aus sich Quasi-Demokraten zu machen. Jetzt ist ihre Tätigkeit einer Sabotage ähnlich.

Die wirtschaftliche und politische Lage in allen Teilen der Ex-UdSSR ist äußerst schwierig, das Suchen nach neuen Wegen ist kompliziert. Alle ehemaligen Republiken tragen zur Zeit Altlasten des stalinistischen administrativen Kommandosystems. Diese sind nicht von heute auf morgen überwindbar, schon gar nicht in der Wirtschaft. Wenn einige, wie auch Rußland, nicht allein auf die Eigeninitiative oder die Hilfe der westlichen Länder bauen, sondern einen vernünftigen Weg in der Zusammenarbeit miteinander suchen, dann gibt das Anlaß zur Hoffnung. Wünschenswert ist, daß die wirtschaftliche Vernunft die Oberhand im Kampf gegen die politischen Ambitionen gewinnt und die Parlamente der Republiken nicht nur ihren Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft ratifizieren werden, sondern auch ihre Präsidenten von der Notwendigkeit des politischen Konsensus unter neuen souveränen Staaten überzeugen. Vielleicht wird dann auch der Vertrag über die Union der souveränen Staaten von ihren Staatsoberhäuptern unterschrieben, was bei Abfassung dieses Aufsatzes (Ende November 1991) leider noch nicht geschehen ist. Ein solcher politischer Vertrag wird sehr gute und stabile Voraussetzungen für das erfolgreiche Funktionieren der Wirtschaftsgemeinschaft schaffen. Rußland wird seinerseits alles Erdenkliche tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Nationalitätenkonflikte im Kaukasus und in Mittelasien

I. Besonderheiten der Regionen und Art der Konflikte

Die kaukasische Region (die transkaukasischen sowie die nationalen Autonomen Republiken und Gebiete im Nordkaukasus, die zur Russischen Föderation gehören) macht 1,3 Prozent des Territoriums der ehemaligen Sowjetunion aus; die Bevölkerung Kaukasiens beträgt 7,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die mittelasiatische Region (Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien) deckt 5,7 Prozent der Fläche der UdSSR und nur 11,4 Prozent aller Einwohner des früheren sowjetischen Imperiums¹). Dennoch sind in eben diesen beiden Regionen die meisten nationalen Konfliktherde konzentriert. Nach Angaben einer Gruppe Moskauer Politologen und Soziogeographen, die im März 1991 79 Nationalitätenkonflikte und in dieser Hinsicht hochexplosive Punkte in der UdSSR zählten, befinden sich 46 davon im Kaukasus und in Mittelasien²).

Die Besonderheit dieser Region besteht vor allem im hohen Bevölkerungsanteil von Muslimen: Im Kaukasus sind es rund 50 Prozent und in Mittelasien mehr als 85 Prozent. Außer den Titularnationen, d. h. jenen Völkern, nach denen die Unionsrepubliken und Autonomen benannt sind – Usbeken, Tadschiken, Turkmenen, Kirgisen, Karakalpak – leben in Mittelasien auch andere muslimische Völker – Dunganen, Belutschen, Uiguren, Perser, Turkvölker, Kurden, Tataren, Krimtataren, Baschkiren und Aserbajdschaner. Dasselbe gilt auch für Transkaukasien. In Georgien leben neben christlichen Georgiern Muslime: Abchasier, Adscharen und Osseten, ein zum Teil muslimi-

ches Volk. In Aserbajdschan sind nicht nur die Aserbajdschaner Muslime, sondern auch die Talischen, Kurden, Tataren und einige nordkaukasische Völker – Awaren, Lesgier, Tsachurier. Der Nordkaukasus ist als Gebiet wohl einzigartig auf der ganzen Welt, was die Anzahl der dort auf einer relativ kleinen Fläche lebenden Muslimvölker anbelangt – es sind mindestens 30. Bei einer Gesamtbevölkerung von 53,7 Mio. Menschen in beiden Regionen, Kaukasus und Mittelasien, gehören 37,7 Mio. muslimischen – vor allem Turk-, aber auch kaukasischen und persischen – Völkern an. Wenn man die ethnische und religiöse Situation in Mittelasien beschreibt, so sollten dabei die muslimischen Völker Kasachstans, das normalerweise zwar nicht Mittelasien zugerechnet wird, mit ihm im Süden aber geographisch und ethno-historisch untrennbar verbunden ist, nicht fehlen. Dann beläuft sich die Zahl der Muslime des gesamten ausgedehnten Südens der ehemaligen Sowjetunion auf mehr als 46 Mio. Menschen oder mehr als 85 Prozent der muslimischen Gesamtbevölkerung. (Den Rest stellen die muslimischen Völker des Wolgagebiets sowie die kleinen Turkvölker Sibiriens.)

Der hohe Muslimeanteil im Kaukasus und ihre Dominanz unter der Bevölkerung Mittelasiens führten dort zu einem Islamismus supranationaler Natur. In Transkaukasien ist sein Einfluß auf das aserbajdschanische Gebiet beschränkt, denn die Bevölkerung Armeniens ist in ihrer Gesamtheit und in Georgien überwiegend christlich. Aber bereits im Nordkaukasus, in Tschetscheno-Inguschეთი, Kabardino-Balkarien, Dagestan, in der Adygejischen Republik, in Karatschai-Tscherkessien wie auch in den mittelasiatischen Republiken dominiert der Islam im Massenbewußtsein wie auch im Alltag der einheimischen Bevölkerung und verträgt sich durchaus mit lokalen Nationalismen. Die integrierende Rolle des Islam in diesen Gebieten ist traditionell wichtig, wenn auch nicht absolut.

In beiden Regionen finden Konflikte statt, die rein ethnischer und konfessioneller Feindschaft entstammen. Aber damit sind dort, wie übrigens auch

Übersetzung aus dem Russischen: Olga Löwen, Köln

¹) Die demographischen Angaben in diesem Beitrag sind folgenden Quellen entnommen: Vsesojuznaja perepis' naselenija 1989 g., in: Vestnik statistiki, (1990) 3–5, 10–12, (1991) 1, 4, 5; Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 g., Moskau 1990; Dolja korennojo i russkogo naselenija v avtonomnych obl'astjach i avtonomnych okrugach RSFSR, in: Argumenty i fakty, (1991) 13, S. 1; Čislenost' i sostav naselenija SSSR. Po dannym vsesojuznoj perepisi naselenija v 1979 g., Moskau 1984. Die Angaben über die Größe der Territorien erfolgen nach: Narodnoe chozjajstvo SSSR v. 1985 g., Moskau 1986.

²) Vgl. O. B. Glezer u. a., Sub'jekty federacii. Kakimi im byt'?, in: Polis, (1991) 4, S. 149.

auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen UdSSR, nicht alle nationalen Spannungen erschöpft. Es handelt sich weniger um ethnische und religiöse Idiosynkrasie, die zahlreiche Völker der ehemaligen Sowjetunion in Zusammenstöße treibt, als um reale Interessenwidersprüche. So hatte das Streben der Unionsrepubliken und vieler Autonomien nach Souveränität von Anfang an seinen Ursprung nicht im aufflammenden Nationalismus, sondern in der Erkenntnis, in der verzerrt-zentralistischen Sowjetunion staatlich und wirtschaftlich benachteiligt worden zu sein. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß sich im nationalen Hader die Unzufriedenheit der Menschen durch Not, rechtliche Schutzlosigkeit und soziale Perspektivlosigkeit entlädt. Hinter vielen nationalen Konflikten in Mittelasien stehen rein soziale Probleme. Dies wird besonders deutlich, wenn man den unglaublich niedrigen Lebensstandard in dieser Region bedenkt. Das Pro-Kopf-Nationaleinkommen in Turkmenien, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan ist zwei- bis dreimal niedriger als in der Russischen Föderation. Schon diese Tatsache an sich war und bleibt der Nährboden für eine feindselige Haltung der mittelasiatischen Völker gegenüber den Slawen, denen sie ihre Not zuschreiben.

Daß die Republiken ihre staatliche Unabhängigkeit erklärt haben, war in erster Linie das Verdienst der nationalen Bewegungen, an deren äußerster Flanke, auch im Kaukasus und in Mittelasien, aggressiver Nationalismus steht. Dieser operiert mit den Losungen: „Die Republik den Einheimischen!“, „Alle Macht den Einheimischen“, und führt dort, wo sich dies als machbar erweist, eine nationale Minderheiten diskriminierende Politik durch. Schaut man sich jedoch die äußerst lebhafteste Szenerie nationaler Konflikte et-

was näher an, so ist festzustellen, daß es dem Nationalismus nur dann gelingt, Nationalitätenkonflikte zu entfachen, wenn hierfür politische, wirtschaftliche, institutionelle und nicht nur ideologisch-emotionelle Beweggründe vorliegen. Augenfällig ist dabei außerdem, daß ethnische und religiöse Nähe bzw. Distanz der am Konflikt beteiligten Seiten dann zweitrangig wird und einem unbesonnenen nationalen Egoismus weichen muß. Nationalistische Emotionen sind zwar häufig das Mittel, die Geister zu mobilisieren und anzustacheln, keinesfalls aber die eigentliche Ursache dieser Zusammenstöße.

Eines der Hauptprobleme in den Beziehungen der Völker des ehemaligen sowjetischen Imperiums ist die Frage der Grenzen zwischen ihren nationalstaatlichen Gebilden. Für die ehemaligen Unionsrepubliken, die ihre Unabhängigkeit bereits erklärt haben, und die danach strebenden Autonomien ist die endgültige Festlegung ihres Territoriums beinahe das vorrangigste Ziel. Recht häufig erweist sich seine Verwirklichung jedoch als viel komplizierter, als ihnen lieb wäre. Man kann konstatieren, daß fast allen bewaffneten Zusammenstößen von Völkern und ethnischen Gruppen in Transkaukasien, im Nordkaukasus und in Mittelasien die Frage „Wem gehört dieses Territorium, dieses Land?“ voranging. Die gegenseitigen Gebietsansprüche der Völker im Kaukasus und Mittelasien reichen zum Teil weit in die Vergangenheit zurück, zum Teil werden sie vom lokalen Nationalismus künstlich aufgebauscht. Größtenteils haben diese Ansprüche aber eine reale Grundlage: Die Völker wollen die Ergebnisse einer bürokratischen, willkürlichen Territorialpolitik der kommunistischen Führung der ehemaligen UdSSR korrigieren.

II. Grenzkonflikte zwischen den Republiken

In Transkaukasien gehört vor allem der armenisch-aserbaidshische Streit um das Schicksal von Nagornyj Karabach zu den schwierigen Grenzkonflikten. Die Willkür, mit der zu Beginn der zwanziger Jahre die Grenzziehung zwischen den Republiken erfolgte, erreichte wohl ihren Höhepunkt, als dieses kleine, vorwiegend von Armeniern bewohnte Gebiet Aserbaidshans zugeschlagen wurde. Danach war der historische armenische Landstrich durch einen 8 km breiten Streifen aserbaidshischen Territoriums von Armenien abgetrennt. Diese Aktion, von Lenin als „Goodwill-Geste“ gegenüber dem revolutionär-demokratischen Re-

gime in der Türkei geplant, hat in unserer Zeit zu einer Tragödie geführt, einem nicht erklärten, aber blutigen Krieg zwischen Armeniern und Aserbaidshanern. Zu seinen Opfern gehören außer den zahlreichen Toten ca. 230 000 aserbaidshische Flüchtlinge aus Armenien und ungefähr ebensoviele armenische Flüchtlinge aus Aserbaidshans. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind wahrscheinlich alle Mittel, diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen – von der Stationierung der Unionsarmee in dem von bewaffneten Freischärlern beider Seiten umkämpften Gebiet bis zu Verhandlungen –, erschöpft. Die Initiative des Präsidenten

der Russischen Föderation, Boris Jelzin, und des Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, im September dieses Jahres, bei der Konfliktregelung zu vermitteln, erbrachte rein gar nichts. Es war von vornherein nicht mit ernsthaften, positiven Resultaten zu rechnen.

Die Armenier wären nur dann zufriedengestellt, wenn das umstrittene Gebiet an Armenien überginge oder ihm zumindest administrativ unterstellt würde; Aserbaidschan hingegen möchte nicht auf einen Teil seines Territoriums verzichten. Es sieht Nagornyj Karabach als ein Problem, das ausschließlich unter seine Jurisdiktion fällt, und „löst“ es durch gewaltsame Vertreibung der Armenier.

Die Bevölkerung der transkaukasischen Republiken hat jedoch noch eine Reihe anderer gegenseitiger Gebietsansprüche. Sie werden in der breiten Öffentlichkeit diskutiert, und einige von ihnen sind in die Programme nationalistischer Bewegungen eingegangen. Die wichtigsten Forderungen sind, den südwestlichen Teil Georgiens (Dschawacheti) an Armenien, den südöstlichen Teil Georgiens an Aserbaidschan und den nordwestlichen Teil Aserbaidschans an Georgien abzutreten. Ob diese Ansprüche sich als Impuls für Konflikte auswirken werden, wird ganz von der Art der künftigen Beziehungen zwischen den drei Staaten Transkaukasiens abhängen. Bislang haben diese Beziehungen noch keine endgültige Gestalt, abgesehen von der offensichtlichen Feindschaft zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie den Schwierigkeiten der demokratisch orientierten Regierung Armeniens, mit dem autoritär-nationalistischen Regime des Präsidenten Georgiens, Swiad Gamsachurdija, zusammenzuarbeiten.

Hatten die Bolschewiki seinerzeit im Kaukasus zumindest die Grenzen der Nationalstaaten berücksichtigt, die dort nach der Februarrevolution 1917 entstanden waren und von ihnen zu Beginn der zwanziger Jahre aufgelöst wurden, so war der Sachverhalt in Mittelasien, in Turkestan, ganz anders. Das Territorium und die ethnisch gemischte Bevölkerung dieser Region waren bis zu ihrer schrittweisen Eroberung durch die Rote Armee in supranationale Staaten – das Emirat Buchara, das Khanat Chiwa und das Khanat Kokand – aufgeteilt. Die supranationalen Strukturen dieser Region unangetastet zu lassen, gehörte nicht in die Pläne der Bolschewiki, vor allem weil sie den Panislamismus und Panturkismus als einen möglichen ernsthaften Konkurrenten fürchteten. Darum begann man, nachdem Turkestan Mitte der zwanziger Jahre endgültig unterworfen und administrativ der Russischen Föderation eingegliedert

worden war, das Territorium in nationale Republiken aufzuteilen.

Das Resultat einer sich über Jahre hinziehenden und ständig revidierten Aufgliederung Turkestans war die Aufteilung in vier Republiken und Südkasachstan. Diese Aktion ist bis heute die Ursache für Instabilität in der mittelasiatischen Region, denn die Anzahl umstrittener Grenzabschnitte und umstrittener grenznaher Bezirke ist dort bedenklich groß. In einigen Fällen arten die gegenseitigen Gebietsansprüche in blutige Zusammenstöße aus, wie es z.B. im Sommer 1990 zwischen Kirgisen und Usbeken in und um Osch in Kirgisien der Fall war, als sich die Zahl der Toten auf beiden Seiten innerhalb eines Monats auf 320 belief. Aber noch mehr Konflikte dieser Art – bis dahin noch friedlich beigelegt – drohen, jeden Augenblick in offene Auseinandersetzungen umzuschlagen.

Die größte Gefahr geht hierbei von Ansprüchen aus, die von der Bevölkerung einer Republik auf ganze, in anderen Republiken liegenden Gebiete und Bezirke erhoben werden. Häufig sind es Ansprüche auf wasserreiche Gegenden, denn in dieser Region herrscht durch das Versiegen des Aralsees und Bodenüberschuldung katastrophaler Wassermangel. Das Serawschan-Tal, sowie Gebiete in Buchara und Samarkand beanspruchen die Tadschiken für sich von Usbekistan, die Turkmenen und Usbeken fordern eine Umverteilung – zu ihren Gunsten – der Gebiete entlang des Amudarja-Flußlaufs³⁾.

Wenn auf dem Territorium einer Republik in Mittelasien Titularnationen anderer mittelasiatischer Republiken vorhanden sind, so ist dies allein schon ein untrügliches Zeichen für einen willkürlichen Grenzverlauf zwischen den Republiken. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür sind die Usbeken und Tadschiken. Wie einige Historiker berichten, fanden sich bei der Gründung der Usbekischen SSR im Jahre 1924 ungefähr 2 Mio. Tadschiken – von damals insgesamt 3,4 Mio. in Mittelasien – innerhalb dieser Grenzen wieder⁴⁾. Derzeit leben, laut der letzten Volkszählung von 1989, ca. 1 Mio. Tadschiken in Usbekistan. Die Richtigkeit dieser Zahl ist jedoch fraglich: Es ist bekannt, daß die Volkszähler in Usbekistan angewiesen wurden, die Anzahl von Tadschiken zu verringern, woraufhin Bewohner ganzer tadschikischer Dörfer einfach als Usbeken eingetragen wurden. Nach Angaben tadschikischer Experten gibt es in Usbekistan

³⁾ Vgl. O. B. Gleser u. a. (Anm. 2).

⁴⁾ Vgl. N. B. Chotamov, *Ne izvrašat' leninskiju nacional'nuju politiku*, in: *Voprosy istorii*, (1989) 5, S. 33.

derzeit mindestens 3 Mio. Tadschiken. Das sind fast genauso viele wie in ihrer eigenen Republik. Die Usbeken wiederum machen 1,2 Mio. (23,5 Prozent) der Bevölkerung Tadschikistans aus und stellen dort nach den Tadschiken die zweit-

größte Nationalität. Zu der gespannten Beziehung zwischen Usbeken und Tadschiken, die mit dem Gebietsproblem zusammenhängt, kommt noch die kulturelle Verschiedenheit zwischen einem Turk- und einem persischen Volk hinzu.

III. Ethnische und nationalstaatliche Konflikte innerhalb der Republiken

1. Armenien und Aserbaidschan

Durch die vollständige Vertreibung der Aserbaidschaner aus Armenien ist die ethnische und konfessionelle Situation in dieser Republik nahezu konfliktfrei. Unter den sowjetischen Republiken stand Armenien schon immer an erster Stelle, was die ethnische Homogenität anbelangt: 1979 machten die Armenier 90 Prozent der Bevölkerung aus, 1989 waren es 93 Prozent. Ein im ethnischen und religiösen Sinne fremdes Element der Bevölkerung waren dort – außer den Aserbaidschanern – schon immer die Kurden. Noch im Jahre 1937 wurden einige Zehntausend Kurden aus Armenien und Aserbaidschan nach Mittelasien und Kasachstan deportiert. 1989–1990 waren die Kurden gezwungen, Armenien zu verlassen und nach Aserbaidschan sowie in den Süden der Russischen Föderation zu ziehen. Die ethnischen Kurden, die heute noch in Armenien leben (ca. 50 000 Menschen), sind in ihrer Mehrheit Jesiden, die zu einer besonderen, nichtmuslimischen religiösen Gemeinschaft gehören und ihren Unterschied zu muslimischen Kurden stark betonen. Übrigens ist Armenien gegenwärtig die einzige Republik, in der jesidische Kultur nicht diskriminiert wird und eine jesidische Intelligenz entstehen konnte. Die slawische, hauptsächlich russische Minderheit ist in Armenien sehr klein und ruft bei der Bevölkerung anscheinend keine nationalistische Aggressivität hervor.

Komplizierter ist die Lage in Aserbaidschan, obwohl auch dort der Anteil der Titularnation, der Aserbaidschaner, nach offiziellen Angaben mit 83 Prozent recht hoch ist. Die Schwierigkeit liegt darin, daß, von dem Krieg zwischen Aserbaidschanern und Armeniern auf aserbaidschanischem Boden einmal ganz abgesehen, hier einige Völker leben, denen das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung genommen wurde. So haben die Kurden, die der Deportation entgehen konnten bzw. danach in ihre Heimat zurückgekehrt sind, und ihre Nachfahren noch nicht vergessen, daß es in den dreißiger Jahren in Aserbaidschan einen kurdischen Nationalbezirk gab (der später aufgelöst wurde) und Schulen, in denen der Unterricht in

Kurdisch abgehalten wurde. Die Talischen, ein Volk persischer Herkunft, wurden dadurch „aserbaidschanisiert“, daß sie bei Volkszählungen in ihrer Mehrheit den Aserbaidschanern zugerechnet wurden. Offiziell ist die Zahl der Talischen 1989 mit 21 000 Menschen angegeben worden. Doch nach den Angaben der vor kurzem entstandenen Bewegung der Talischen für nationale Wiedergeburt sind es in Aserbaidschan (sie leben in vier Bezirken) mindestens 1 Mio. Menschen⁵). Talischen sind ein Volk mit eigener Sprache und eigener Kultur, gegenwärtig sind sie aber nur eine von den nationalen Minderheiten, die von den Aserbaidschanern assimiliert werden. Da sich die Bewegung der Talischen für nationale Wiedergeburt die Schaffung einer Republik der Talischen zum Ziel gesetzt hat, ist der Konflikt zwischen ihr auf der einen und der Bevölkerung sowie den Machtorganen Aserbaidschans auf der anderen Seite unvermeidlich. Zu den nationalen Minderheiten, die in Aserbaidschan assimiliert werden, gehören ebenfalls Tataren und Turken. Vollkommen vergessen sind auch die Probleme einer kulturellen Existenz der muslimischen Taten, eines kleinen Volkes persischer Herkunft, das im nordöstlichen Teil Aserbaidschans lebt. Es ist relativ einfach vorauszu sehen, daß das anwachsende nationale und ethnische Selbstbewußtsein aller dieser Völker eines Tages Spannungen und Konflikte verursachen wird.

In Aserbaidschan leben recht viele Russen (Angaben für Anfang 1989 zufolge waren es rund 400 000). Zehntausende von ihnen verließen die Republik nach den blutigen Pogromen an Armeniern in Baku und Sumgait. Das Schicksal der Dagebliebenen ist ungewiß und wird wohl von den Beziehungen, wie sie sich zwischen Aserbaidschan und der Russischen Föderation gestalten werden, abhängen. Und schließlich leben in Aserbaidschan auch noch einige Gruppen der Völker des benachbarten Dagestan – Lesgier, Tsachurier, Awaren (insgesamt 230 000 Menschen). Höchstwahrscheinlich wird der aserbaidschanische Nationalismus

⁵) Vgl. Aleksandr Šan'ko, Oni poka ešče govornjat na svoem jazyke, in: Nezavisimaja gazeta vom 1. Oktober 1991, S. 3.

auch sie aus der Republik treiben, wie es ähnlich schon in Georgien geschieht: In letzter Zeit vertriebt man dort aus dem an Dagestan angrenzenden Bezirk die Awaren. Die Gruppe der sog. Kwareli-Awaren lebte seit über 150 Jahren dort. Jetzt werden sie (ca. 8 000 Menschen) auf Verlangen der Regierung Georgiens, das durch terroristische Aktionen bewaffneter georgischer Freischärler bekräftigt wird, gewaltsam nach Dagestan ausgesiedelt.

2. Georgien

Im heutigen Georgien treten geballt nationalstaatliche und territoriale Konflikte auf, die vom auflodernden ethnischen und konfessionellen Haß zwischen Christen und Muslimen begleitet werden. Da sind vor allem der georgisch-ossetische, der georgisch-abchasische und der georgisch-adscharische Konflikt. Die zwei erstgenannten gleichen sich in der Struktur: Die Osseten und Abchasier leben in autonomen Gebilden innerhalb Georgiens und wollen diese in von Georgien unabhängige Staaten umwandeln, doch die Zentralregierung Georgiens und die georgische Bevölkerung widersetzen sich dem entschieden. Im Herbst 1990 erklärten sich das Südossetische Autonome Gebiet und die Adscharische Autonome Republik, ohne vorher überhaupt irgendwelche Verhandlungen mit der georgischen Regierung zu führen, zu Unionsrepubliken und verkündeten ihre Bereitschaft, der „erneuerten Sowjetunion“ als gleichberechtigte Mitglieder beizutreten. Daraufhin erklärte das georgische Parlament diese Beschlüsse für verfassungswidrig, ja löste sogar das Südossetische Autonome Gebiet als national-administrative Einheit auf. Die Ziele der Adscharen, die in der Adscharischen Autonomen Republik leben, sind bescheidener Natur. Sie wollen lediglich ihre Autonomie erhalten und festigen, da sie, nicht ohne Grund, fürchten, daß der radikal nationalistische Präsident Georgiens, Swiad Gamsachurdija, sie beenden könnte.

So haben also Versuche nationalstaatlicher Selbstbestimmung zweier Völker, der Osseten und der Abchasier, und einer in konfessioneller Hinsicht besonderen Gruppe der Georgier, der Adscharen – die ethnisch Georgier sind, sich auch als Georgier betrachten, allerdings im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der Georgier Muslime sind – , zu Konflikten geführt. Daß die praktische Umsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung in einen Konflikt mündete, ist nicht zufällig. In diesem Zusammenhang sollte vor allem der

territoriale Aspekt der Frage nicht übersehen werden, und zwar, daß Südossetien und Abchasien damit, daß sie sich zu Unionsrepubliken erklärten, auch ihr souveränes Recht auf das von ihnen bewohnte Gebiet bis zu seiner Ausgliederung aus Georgien deklarieren. Eben dieses souveräne Recht auf das eigene Territorium führen auch die Adscharen in ihren Forderungen an. Sollten aber diese Pläne Wirklichkeit werden, würde Georgien ein recht großes Gebiet (22 Prozent der Gesamtfläche) verlieren, auf das es sowohl historisch wie auch verfassungsmäßig nicht weniger Anspruch hat als die dort gelegenen autonomen Gebilde. Zweifelsohne werden weder die georgische Regierung noch die georgische Bevölkerung, die in dieser Republik 70 Prozent der Einwohner ausmacht, auf diese Forderungen eingehen.

Dabei müssen schon allein wegen der ethnischen Zusammensetzung dieser Autonomien Zweifel an dem Gedanken aufkommen, sie zu Nationalstaaten zu machen. Abchasier stellen ungefähr 17 Prozent der 500 000 Einwohner Abchasiens. Die übrigen sind Georgier (ca. 44 Prozent), Russen (ca. 18 Prozent), Armenier (ca. 15 Prozent), Griechen, Ukrainer und andere. Was die Zahl der Adscharen in Adscharien anbetrifft, so bleibt sie ein Rätsel. 1989 waren 80 Prozent der adscharischen Bevölkerung Georgier, aber wieviele von ihnen muslimische Adscharen und wieviele christliche Georgier waren, ist nicht bekannt. Die Pläne für einen „Staat der Abchasier“ und einen „Staat der Adscharen“ entbehren somit fast ganz der Grundlage. Kollisionen dieser Art – ein territoriales Problem und geringer Anteil der Titularnation an der Gesamtbevölkerung – sind auch für die Situation vieler anderer autonomer Gebiete kennzeichnend. Dies trifft insbesondere auf die Gebiete zu, die zur Russischen Föderation gehören und ihr Recht auf Selbstbestimmung in nationalstaatlicher Hinsicht verwirklichen wollen. Bei all den Unterschieden zu Abchasien und Georgien werden sie wahrscheinlich auf dieselben Schwierigkeiten stoßen, sollten sie zu keinem vernünftigen Kompromiß mit der Regierung der Russischen Föderation bereit sein.

Gegenwärtig jagt die Miliz in Abchasien Demonstrationen für die Unabhängigkeit auseinander, in Adscharien geschehen politische Morde. Hier wie dort formiert sich eine bewaffnete patriotische Untergrundbewegung. In Südossetien findet zwischen bewaffneten Georgiern und Osseten praktisch ein Krieg statt, weil die Osseten sich weigern, die Beschlüsse des georgischen Parlaments auszuführen. In diesem Krieg haben die Georgier – es sind nicht nur ortsansässige, sondern auch jene, die aus

anderen Bezirken hierherkommen, um für die „Einheit Georgiens“ zu kämpfen – durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit und bessere Ausrüstung mit Waffen die Oberhand. Sie setzen Artillerie, ja sogar Raketenwaffen ein und vertreiben die Osseten aus ihren Gebieten. Häuser, manchmal sogar ganze ossetische Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht. Allein auf der ossetischen Seite sind 500 Menschen umgekommen und Bewohner von mehr als 80 ossetischen Dörfern mußten ihre Heimat verlassen. Die Osseten werden auch aus anderen Gebieten Georgiens vertrieben, die Zahl der Flüchtlinge unter ihnen hat bereits 100 000 erreicht. Zu den dramatischen Folgen des georgisch-ossetischen Konflikts gehört ebenso, daß die Russische Föderation immer mehr darin verwickelt wird. Da die ossetischen Flüchtlinge in die Nordossetische Autonome Republik strömen, die zur Russischen Föderation gehört, wird somit praktisch die ganze Last ihrer materiellen Unterstützung und Unterbringung der russischen Regierung aufgebürdet. Im Zusammenhang damit hat die Regierung der Russischen Föderation der Regierung Georgiens als derjenigen, die die Flucht der Osseten verschuldet hat, eine Forderung in Höhe von 144 Mio. Rubel überreicht. Gleichzeitig wurde beschlossen, auf Georgien wirtschaftlichen Druck auszuüben, damit die Kampfhandlungen gegen die ossetische Bevölkerung eingestellt werden. Südossetien sieht für sich den Ausweg aus dieser Lage darin, der Russischen Föderation durch eine Vereinigung mit der Nordossetischen Autonomen Republik eingegliedert zu werden. Aber dieser Weg hieße, Südossetien aus Georgien ausgliedern, was, nach dem jetzigen Stand der Dinge, nicht einmal ein Krieg der Russischen Föderation mit Georgien schaffen würde. Ganz zu schweigen davon, daß die Russische Föderation wohl kaum so einen Schritt unternehmen wird, da doch alle seine weitreichenden, katastrophalen Folgen abzusehen sind. Darum ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Ende des georgisch-ossetischen Konflikts noch nicht in Sicht, und Georgien wird in Transkaukasien – neben dem Karabach-Konflikt in Aserbaidschan – offenbar auch weiterhin Schauplatz bewaffneter interethnischer Kämpfe bleiben.

3. Mittelasien

In Mittelasien gibt es nur in zwei Republiken autonome Gebiete. Zu Usbekistan gehört die Karakalpakische Autonome Republik mit mehr als 1 Mio. Menschen, von denen rund 30 Prozent dem Turkvolk der Karakalpakien angehören. In Tadschikistan liegt das Gorno-Badachschanische Autonome

Gebiet, wo neben Tadschiken einige Dutzend kleiner Pamir-Völker leben. Nach den allerneuesten Meldungen hat sich in Karakalpakien die Bewegung „Chalyk-Mali“ formiert, die die Umwandlung der Republik in einen unabhängigen souveränen Staat erreichen will, was zweifellos zu einem Konflikt zwischen den Karakalpakien und der Zentralgewalt führen wird. Auch im Pamir und einigen Gebieten Usbekistans werden bereits Gedanken über nationale Souveränität laut, bislang ist es allerdings noch zu keinen Schritten gekommen, die Konflikte nach sich gezogen hätten.

Die Spannungen und Konflikte in den nationalen Beziehungen in Mittelasien entspringen heute hauptsächlich einem anderen Grund. Das ist die in letzten Jahren zunehmende Xenophobie der autochthonen muslimischen, meistens Turkbevölkerung gegenüber ethnischen und konfessionellen Fremden. Zu ihrem Opfer wurde in erster Linie die slawische Bevölkerung dieser Region: Russen und Ukrainer. Bereits in den achtziger Jahren hat sich ihre Abwanderung aus den mittelasiatischen Republiken abgezeichnet. Dennoch ist der Bevölkerungsanteil der Russen in Kirgisien (21,5 Prozent) und Kasachstan (37,8 Prozent) nach wie vor relativ hoch. Mit einem geringeren Prozentanteil sind sie unter den Einwohnern Tadschikistans, Usbekistans und Turkmeniens (zwischen 7,6 Prozent und 9,5 Prozent) vertreten. Allerdings werden sie auch dort zum Objekt von Ausschreitungen der einheimischen Bevölkerung. Als Folge davon flüchten die slawischen Einwohner zu Zehntausenden aus Mittelasien. Zum großen Teil sind es qualifizierte Arbeitskräfte und deren Familien. Dieser Prozeß führt zu einer Verarmung der Republiken an Arbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern. So haben allein im letzten Jahr mehr als 30 000 russische Fachleute mit Hochschulbildung, durchschnittlich nicht über 30 Jahre alt (d.h. sie haben der leistungsfähigsten Bevölkerungsschicht angehört), Usbekistan verlassen⁶⁾. In nur zwei Jahren hat die Zahl der slawischen Flüchtlinge aus Usbekistan die 100 000-Marke überschritten, in Tadschikistan waren es über 50 000 und ungefähr in derselben Größenordnung bewegte sich jeweils die Zahl derer, die Turkmenien und Kirgisien verlassen haben. 1989 lebten aber in Mittelasien (ohne Kasachstan) rund 3,3 Mio. Russen sowie über 300 000 Ukrainer, so daß das Reservoir an potentiellen slawischen Flüchtlingen dort riesengroß ist.

⁶⁾ Timur Pulatov, Dogonim i peregonim Angolu! Iz respublik Srednej Azii uezžajut specialisty, in: Moskovskie novosti vom 14. Oktober 1990, S. 7.

Die mittelasiatische Xenophobie erstreckt sich auf die gesamte „russischsprachige“ Bevölkerung. Mit aller Gewißheit kann man sagen, daß, gäbe es sie nicht, auch der Strom der Deutschen aus den mittelasiatischen Republiken und Kasachstan (nach offiziellen Angaben waren es 1989 1 136 000 Menschen) in die Bundesrepublik nicht so groß wäre. Ein Objekt der Xenophobie in Mittelasien sind zudem die unter Stalin dorthin deportierten Völker, dessen ungeachtet, daß einige von ihnen sowohl Turkvölker als auch Muslime sind. Nach den Pogromen an Turko-Mescheten im Fergana-Tal in Usbekistan im Jahre 1989 wurden 100 000 von ihnen zu Flüchtlingen. Vor der kriegesischen mittelasiatischen Xenophobie ergreifen auch die früher dorthin deportierten Krimtataren, Kurden und Jesiden die Flucht. In den letzten Jahren zogen auch die Assyrer-Aisoren, die 1950/51 aus Georgien nach Mittelasien deportiert wurden, in den Süden der Russischen Föderation.

Auch die Spannungen zwischen den einzelnen autochthonen Völkern in jeder der mittelasiati-

schen Republiken nehmen zu, und es kommt zu Zusammenstößen. Nachrichten darüber gelangen selten in die Presse, denn das liegt weder im Interesse der lokalen Machtorgane noch der Zentralgewalt. Die Fakten solcher Ausschreitungen werden größtenteils lediglich in den Protokollen der Miliz festgehalten und figurieren dort neben kriminellen Delikten. Allem Anschein nach werden sie immer mehr zu einem festen Bestandteil der Situation in Mittelasien. Davon zeugt die in den letzten Jahren rapide angewachsene interrepublikanische Migration: Tadschiken aus anderen Republiken ziehen nach Tadschikistan, Turkmenen nach Turkmenien usw. In einigen Republiken hat das zu einer beträchtlichen Schrumpfung der Einwohnerzahl geführt. So hat sich allein in der ersten Jahreshälfte 1991 die Bevölkerung Kirgisiens infolge der Migrationsbewegungen der Kasachen nach Kasachstan, der Usbeken nach Usbekistan und der Russen in die Russische Föderation um 74 000 verringert. Dies war der Fall, obgleich im Jahre 1991 dreimal so viele Kirgisen aus anderen mittelasiatischen Republiken nach Kirgisien zogen als im Jahr zuvor⁷⁾.

IV. „Pulverfaß“ Nordkaukasus

1. Die Konfliktzone

Der Nordkaukasus, so ein Moskauer Journalist in seinem Bericht Mitte Oktober 1991, sei ein „Pulverfaß“⁸⁾. Die „Achillesferse Rußlands“ nannte ihn zum gleichen Zeitpunkt ein anderer⁹⁾. Für diese Bezeichnung gibt es triftige Gründe. Im Frühjahr dieses Jahres hat im Nordkaukasus ein erbitterter politischer und nationaler Kampf begonnen. Er wird von Waffenanhäufung bei der Bevölkerung und Aufstellung bewaffneter Freiwilligentrupps begleitet. Dabei haben sich die Schwierigkeiten der nationalstaatlichen Selbstbestimmung der dort lebenden Völker mit ihren territorialen und ethnischen Konflikten untereinander zu einem festen Knoten verschlungen.

Der Nordkaukasus ist ein Teilgebiet der Russischen Föderativen Republik. Dort befinden sich vier autonome Republiken – die Nordossetische, die Tschetscheno-Inguschische, die Dagestanische, die Kabardino-Balkarische – sowie das Rostower

Gebiet, die Region Stawropol und die Region Krasnodar. Zu den letztgenannten gehören zwei autonome Gebiete: das Karatschaiisch-Tscherkessische und das Adygejische. Die heutige Konfliktzone umfaßt eben diese autonomen Republiken und Gebiete, die an Georgien und Aserbaidschan angrenzen. Territorial gesehen sind es winzige Bestandteile der Russischen Föderation. Ihre Gesamtfläche beträgt nur 0,7 Prozent von der Fläche der Russischen Föderation, aber in der kaukasischen Region wäre sie eine recht umfangreiche Ergänzung Transkaukasiens, denn sie ist größer als die von Georgien und Armenien zusammen. (Zum Vergleich: die Fläche der nordkaukasischen Autonomen ist fast viermal so groß wie die von Belgien und fast dreimal so groß wie die der Niederlande.)

Bei den in diesen Gebieten lebenden Völkern handelt es sich überwiegend um kaukasische muslimische Völker. Rechnet man die Osseten, die nur zum Teil Christen, sonst aber überwiegend Muslime sind, nicht hinzu, so beträgt die muslimische Bevölkerung im Nordkaukasus ca. 4 Mio. Menschen, wobei der Islam sehr tief verwurzelt ist und sich mit der geschichtlich verbürgten Freiheitsliebe der Völker ebenso vereinbaren läßt wie mit ihrer traditionellen Bereitschaft, beim Austragen von Streitigkeiten zu Waffen zu greifen. In den nord-

7) Ottok naselenija iz Kirgizstana prodolzaetsja, in: RFE/RL Research Institute. Soviet Media News Budget, 6. September 1991.

8) A. Kazichanov, Severnyi Kavkaz pochož na bočku s porochom, in: Izvestija vom 11. Oktober 1991, S. 1.

9) Aleksandr Mineev, Achillesova pjata Rossii, in: Moskovskie novosti vom 20. Oktober 1991, S. 8.

kaukasischen Autonomien leben sehr viele Russen, insgesamt mehr als 1,3 Mio. Menschen. Am schwächsten sind sie im bevölkerungsreichsten Dagestan vertreten – mit 9,2 Prozent. In den anderen Gebieten ist der Anteil der Russen hoch – von 23,1 Prozent in Tschetscheno-Inguschetien bis hin zu 68 Prozent in der Adygejischen Republik.

Diese Zahlen sind zu berücksichtigen, will man die Schwierigkeiten der nationalstaatlichen Selbstbestimmung der autochthonen Völker im Nordkaukasus begreifen, denn sie steht im Widerspruch zu den Interessen der russischen Bevölkerung dieses Gebiets. Hinzu kommt ein neuer Umstand, durch den sich die Konflikte dieser Art zuspitzen – die Militarisierung der dort lebenden Kosaken. Es handelt sich um Nachkommen der russischen Eroberer des Nordkaukasus im 19. Jahrhundert. Die Kosaken sind Russen und orthodox. Nach dem Machtantritt haben die Bolschewiki Kosaken als „Klassenfeinde“ massenweise getötet, da die Kosaken eine Hauptkraft der antibolschewistischen Widerstandes waren. In den letzten Jahren erlebt das Kosakentum in vielen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion seine Wiedergeburt. Es entstehen militärisch-territoriale Organisationen des ehemaligen Kosakentums wieder, die auch ihre Wohngebiete zu ihren „eigenen Territorien“ erklären. Dies ist auch im Nordkaukasus der Fall.

Seit dem Frühjahr 1991 gleicht der Nordkaukasus einem brodelnden Kessel. Der offene politische und nationale Kampf begann dort aber erst nach der Niederschlagung des August-Putsches in Moskau. Die Tatsache, daß die Führung der nordkaukasischen Gebiete den Putsch guthieß, ließ die Demokraten und russischen Nationalisten gegen deren Parteispitze auftreten. Zur gleichen Zeit erfaßte auch die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage immer breitere Bevölkerungsschichten. Der Einfluß der muslimischen Geistlichen verstärkte sich, und islamisch orientierte Bewegungen wurden nach jahrzehntelangem Schweigen zur politischen Kraft. Das Präsidium des Obersten Sowjets Kabardino-Balkariens mußte auf Druck der Öffentlichkeit zurücktreten. In Dagestan wurden und werden Demonstrationen und Streiks durchgeführt, die die Auflösung des Obersten Sowjets und den Rücktritt der ganzen Regierung der Republik fordern.

2. Tschetscheno-Inguschetien

Mit der allergrößten Schärfe und Entschlossenheit gestaltet sich der politische Kampf in Tschetscheno-Inguschetien. Dort kam es Anfang September

1991 zu einem Volksaufstand: Die Volksmassen jagten den Obersten Sowjet der Republik davon und wiesen seinem Vorsitzenden, einem KPdSU-Funktionär, die Tür. In der Republik entstanden zwei Machtzentren. Das eine ist das eigenmächtig ins Leben gerufene Exekutivkomitee des Gesamtnationalen Kongresses des Tschetschenischen Volkes, das sich der Unterstützung des Volkes erfreut, das andere ist der Provisorische Oberste Rat der Republik, der von dem alten aufgelösten Obersten Sowjet gebildet wurde. Das Exekutivkomitee des gesamtnationalen Kongresses des Tschetschenischen Volkes ging sofort daran, bewaffnete Freiwilligentrupps aufzustellen und brachte die Macht in der Republik an sich.

Als Antwort darauf erklärte das Präsidium des Obersten Sowjet der Russischen Föderation das Exekutivkomitee bereits im Oktober für verfassungswidrig und begann, Emissäre nach Tschetscheno-Inguschetien zu entsenden, die in der dort entstandenen Situation schlichten sollten. Sowohl das eine als auch das andere wurde in Tschetscheno-Inguschetien als Anzeichen des alten russischen Imperialismus und Einmischung in innere Angelegenheiten einer souveränen Republik gewertet. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees, ein Luftwaffengeneral a. D., erklärt die Mobilmachung der gesamten männlichen Bevölkerung der Republik im Alter von 15 bis 55 Jahren, so daß schon im Oktober mehr als 60 000 bewaffnete Gardisten bereitstanden, die Unabhängigkeit Tschetscheno-Inguschetiens zu verteidigen. Auch der Mitte Oktober abgehaltene Kongreß der Muslime im benachbarten Dagestan sagte im Falle eines bewaffneten Konflikts mit der Russischen Föderation Tschetscheno-Inguschetien seine Unterstützung zu. Auch muslimische Organisationen aus anderen Gebieten des Nordkaukasus versprachen dem Exekutivkomitee Hilfe, sollte es zu einem „Heiligen Krieg“ kommen.

Der Erlaß des Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzin, mit dem im November der Ausnahmezustand über Tschetscheno-Inguschetien verhängt werden sollte, goß noch mehr Öl ins Feuer. Es steht ganz eindeutig fest, daß jeder, selbst der vorsichtigste Versuch der russischen Regierung, sich gewaltsam in die Situation einzumischen, den ganzen Nordkaukasus in einen Kriegsherd verwandeln würde. Gleichzeitig drängt aber die rapide Verschlechterung der Beziehungen zwischen der kaukasischen und russischen Bevölkerung seit dem Frühjahr dieses Jahres die Vermutung auf, daß der politische Kampf in Tschetscheno-Inguschetien die Flucht von mindestens

200 000 Russen – diese Ziffer wird von Amtspersonen genannt – zur Folge haben wird¹⁰). Um den Schutz der russischen Bevölkerung ging es auf der Versammlung russischer Abgeordneter aller Ebenen, die Ende Oktober in der Hauptstadt Tschetscheno-Inguschetiens stattfand und ein Provisorisches Komitee, mit einem Atamanen der ansässigen Kosaken an der Spitze, wählte. Neben diesem letzten Umstand bestimmte auch die Tatsache, daß dieses Komitee dem populären Exekutivkomitee des Gesamtnationalen Kongresses des Tschetschenischen Volkes feindselig gegenübersteht, die negative Haltung der Kaukasier.

Die Clique von KPdSU-Funktionären, die bis dahin in Tschetscheno-Inguschetien regiert hat, wurde abgesetzt, weil man dem Ziel nationaler Staatlichkeit näher kommen wollte. Es sind aber gleich beide Titularnationen der Republik, die Tschetschenen und die Inguschen, die auf einen eigenen Staat prästendieren. Dies zeigt, wie kompliziert und verworren die nationalstaatlichen Probleme im Nordkaukasus sind. Beschlüsse darüber sind schon vorher von Delegiertenversammlungen der beiden Völker gefaßt worden. Ende Oktober fanden Wahlen zum Obersten Sowjet der selbständigen Tschetschenischen Republik und ihres Präsidenten statt, zu dem – ungeachtet aller Proteste seitens Moskau – der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Gesamtnationalen Kongresses des Tschetschenischen Volkes, Dschachar Dudajew, gewählt wurde.

3. Weitere Spannungen

Die Aussicht, daß Tschetscheno-Inguschetien in zwei selbständige Republiken geteilt wird, läßt die alten territorialen Konflikte zwischen Tschetschenen und Inguschen wiederaufleben; die darauf zurückzuführende Spannung zwischen ihnen nimmt in letzter Zeit zu. Dabei ist das für die Inguschen nicht der einzige territorial strittige Aspekt ihrer nationalstaatlichen Selbstbestimmung. Das Hauptproblem liegt in den Beziehungen zu Nordossetien: Schon seit Jahrzehnten fordern die Inguschen einen Teil dieses Gebiets zurück, der nach ihrer Deportation 1944 Nordossetien eingegliedert wurde. Nachdem Anfang Oktober 1991 der III. Ingushenkongreß diese Forderung in kategorischer Form aufgestellt hat, wurden in Nordossetien bewaffnete Trupps formiert, um einen möglichen

Überfall der Inguschen abzuwehren. Die Inguschen ihrerseits haben, um ihren Anspruch zu unterstreichen, die Schaffung einer Nord-Inguschischen Republik in diesem Teil Ossetiens verkündet, ohne jedoch einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf zu haben. Parallel dazu haben die in Inguschetien lebenden Kosaken einen eigenen Bezirk geschaffen und wollen ihre Unabhängigkeit mit Waffengewalt verteidigen. Die Zahl ihrer Zusammenstöße mit den Inguschen nahm daraufhin zu.

Territoriale Ansprüche und Konflikte begleiten auch andere Proklamationen nationalstaatlicher Souveränität. Nachdem sich das Karatschaisch-Tscherkessische Autonome Gebiet zur autonomen Republik erklärt hat, haben die dort lebenden Kosaken auf dem Territorium der Republik eigenmächtig eine Kosaken-Republik ins Leben gerufen. Nach der Gründung eines weiteren Bezirks der Kosaken in der Region Stawropol befindet sich jetzt sogar die Hauptstadt Karatschaisch-Tscherkessiens auf dem Kosaken-Territorium. Der Ende September abgehaltene Lesgier-Kongreß (sie sind eines der Völker Dagestans) faßte den Beschluß, einen selbständigen Staat der Lesgier zu schaffen, und forderte daraufhin, die Grenzen zwischen Aserbaidschan und Dagestan zugunsten des letzteren zu revidieren. Ihren eigenen Staat wollen auch solche Völker Dagestans wie Kumücken und Nogaier gründen, was angesichts von zu wenig urbanem Land bei gleichzeitig hohen Geburtenraten unvermeidlich zu einem territorialen Zwist mit den Nachbarvölkern führen wird.

Neben Tschetscheno-Inguschetien gibt es im Nordkaukasus auch noch andere autonome Gebiete mit zwei Titularnationen: Kabardino-Balkarien und Karatschaisch-Tscherkessien. Diesen künstlich geschaffenen Gebilden, Produkten der imperialistisch-bürokratischen Phantasie der Stalin-Ära, droht der Zerfall, der ebenfalls von gegenseitigen territorialen Ansprüchen der dort lebenden Völker begleitet würde. Um das Ausmaß potentieller Konflikte im Nordkaukasus richtig abschätzen zu können, muß man allen dort kursierenden Plänen zu seiner Neugliederung Beachtung schenken: von der Forderung, ein einheitliches Tscherkessien zu schaffen, wozu Teilgebiete von Karatschaisch-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien, die Adygeische Republik sowie die Küstengebiete der Region Krasnodar zu vereinigen wären, bis hin zum Projekt der Wiedererstehung der Republik der Bergvölker, die in den zwanziger Jahren existiert hatte, wozu Tschetscheno-Inguschetien, Nordosse-

¹⁰) Vgl. Obstanovka v Čečeno-Ingušetii, in: RFE/RL Research Institute (Hrsg.), USSR Today. Soviet Media News and Features Digest, 10. September 1991.

tien sowie Teile von Kabardino-Balkarien und Karatschaiisch-Tscherkessien gehören würden¹¹).

In den letzten sechs Monaten haben sich auch andere Konflikte zugespitzt, ähnlich wie im ossetisch-inguschischen Fall, Folgen der Deportationen der nordkaukasischen Völker 1943/44. So fordern Tschetschenen-Akkiner (die Tschetschenen Dagestans), daß die Laken und Awaren aus dem

Gebiet, das Akkinern damals fortgenommen wurde, ausgesiedelt werden. Dabei gerät – nach dem Prinzip der Kettenreaktion – noch ein Volk Dagestans, die Kumücken, in diesen Konflikt hinein. In ähnlicher Weise sind in die Streitigkeiten um die Nutzung der Nogaier Steppen (4,5 Mio. ha dürr- und frostbeständiges Weideland) einige Völker Dagestans (Awaren und Nogaier), Georgier ebenso wie Kalmücken und Russen gleichzeitig verwickelt.

V. Perspektiven des politischen Kampfes

Insgesamt gibt es zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken der ehemaligen Sowjetunion 23 Grenzen, und es sind nur drei Grenzen, an denen es keine potentiellen oder akut gewordenen Spannungen gibt: zwischen Litauen und Lettland, Lettland und Weißrußland, Weißrußland und der Russischen Föderation¹²). Für Mittelasien und den Kaukasus könnten zusätzlich zu den geschilderten Spannungen innenpolitische Auseinandersetzungen zu einem ernsthaften Instabilitätsfaktor werden. Nur in zweien von ihnen (in Armenien, sowie in Kirgisien) hat sich die innenpolitische Lage mehr oder weniger normalisiert. In beiden Fällen ist dies vor allem auf die demokratische Art der Führung, des Präsidenten Ter-Petrosjan in Armenien und des Präsidenten Askar Akajew in Kirgisien, zurückzuführen.

Im Gegensatz dazu findet in Georgien, Aserbaidshan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenien ein erbitterter politischer Kampf statt. Georgien ist hierbei ein Sonderfall, denn die Demokraten dort haben eine geschlossene Front gegen das autoritäre, zugleich aber antikommunistische Regime gebildet, das der aggressive Nationalist Swiad Gamsachurdija errichtet hat. In Aserbaidshan und den mittelasiatischen Republiken mit Ausnahme Kirgisiens strebt die Opposition danach, die Kommunisten-Clique zu stürzen, die trotz der Jahre der Gorbatschowschen Perestroika und trotz der Auflösung der KPdSU in der restlichen ehemaligen Sowjetunion weiterexistiert. Die kommunistischen Parteien einiger dieser Republiken wurden lediglich umbenannt. So heißt z.B. die kommunistische Partei in Usbekistan nun Volksdemokratische Partei. In Tadschikistan hieß sie

eine kurze Zeit Sozialistische Partei, dann mußte der Oberste Sowjet der Republik, unter dem Druck von Demokraten, islamischen Organisationen, wochenlangen Demonstrationen, Streiks und Hungerstreiks Anfang Oktober doch den Beschluß zu ihrer Auflösung verabschieden. Nur, heißt das tatsächlich, daß es sie nun nicht mehr gibt?

Man sollte bedenken, daß die kommunistischen Parteien in Aserbaidshan und den mittelasiatischen Republiken niemals Bündnisse von sozialistisch und kommunistisch orientierten Gleichgesinnten waren, wie auch schon lange nicht mehr in den anderen Republiken. Wurde in der ehemaligen Sowjetunion die KPdSU-Mitgliedschaft allmählich zu einer Art Eintrittskarte für die unterste Schicht der Elite, so hatte sie in der mittelasiatischen Region, größtenteils auch im Kaukasus, ausschließlich diese Funktion. Zum Hauptmechanismus der Elitebildung wurde dort die Konkurrenz zwischen den einzelnen Gebietsclans jeder Republik. Das ist ein Phänomen, das vom Standpunkt politischer Demokratie nur sehr schwer nachzuvollziehen ist, stellt es doch eher eine Mischung aus mafiaähnlichen und halbfeudalen Machtstrukturen dar. Diese Clans agieren sowohl in Aserbaidshan als auch in den mittelasiatischen Republiken (mit Ausnahme Kirgisiens) und halten, vor allem mittels des Parteiapparats, die Macht in ihrer Hand. Vorrangig ihnen und den von ihnen errichteten halbparteilichen-halbfeudalen, ihrem Wesen nach autoritären Ordnungen hat die Opposition in diesen Republiken den Kampf angesagt. Um so mehr, als die in der Partei mafiaähnlich organisierte Clan-Oligarchie stets eine betont laizistische und islamfeindliche Politik betrieben hat.

Obleich die mittelasiatischen „Kommunisten“ sich demonstrativ an die muslimischen Riten (außer dem Gebet) und Feste hielten, und in den

¹¹) Vgl. O. B. Glezer u. a. (Anm. 2).

¹²) Vgl. Ol'ga Glezer u. a., Samaja političeskaja karta SSSR, in: Moskovskie novosti vom 17. März 1991, S. 9.

Ruhestand getretene Parteifunktionäre gewöhnlich in den Moscheen um die Vergebung ihrer Sünden beten, wurden die muslimischen Geistlichen ebenso wie die muslimischen Organisationen von der realen Macht ganz ferngehalten. Darüber hinaus wurde jede Politisierung des Islam bis in die jüngste Zeit hinein genauso streng bestraft, wie demokratisches politisches Dissidententum.

Durch die Unabhängigkeitserklärungen der Republiken haben die Clan-Oberen den nationalen Bewegungen ihr wichtigstes Schlagwort und ihren wichtigsten Trumpf genommen. Zu fragen ist daraufhin nach den künftigen Zielen der Opposition. Geht es darum, den durch und durch korrumpierten autokratischen Clans die Macht zu entreißen? Durch welche politischen und Staatsstrukturen sollen sie jedoch ersetzt werden? Eine politische Demokratie westlicher Prägung ist der mittelasiatischen Bevölkerung unverständlich und fremd, insbesondere der Dorfbevölkerung, für die der örtliche Mulla die größte Autorität ist und deren Prozentanteil in den Republiken außerordentlich hoch ist: in Usbekistan sind es 60, in Turkmenien 55, in Tadschikistan 67,4 Prozent. Zum Vergleich: in der Russischen Föderation beträgt der Anteil der Dorfbevölkerung 26,4, in der Ukraine 33, in Armenien 32 und in Lettland 29 Prozent. Außerdem gab es weder in den mittelasiatischen Republiken noch in Aserbaidschan – im Unterschied z.B. zu Georgien und Armenien – in den Jahren zuvor größere demokratisch orientierte Dissidentengruppen oder -bewegungen. Heute sind es immer noch wenige, und sie sind nicht groß. Hinzu kommt, daß sich nach dem Erlangen der Unabhängigkeit von Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Aserbaidschan die Programme der Demokraten und Nationaldemokraten dort zwangsläufig verwischt haben. Das Schlagwort, das sie jetzt verwenden, heißt „wahre Unabhängigkeit“, d.h. Unabhängigkeit, die das Vertreiben der Clan-Herrschaft beinhaltet.

Eine eindeutige, zukunftsorientierte und für aserbaidschanische wie mittelasiatische Massen zugleich auch akzeptable Aussage erhält dieses Schlagwort nur dann, wenn es mit den Zielen des Islam verknüpft wird. Es ist kein Zufall, daß die wenigen Organisationen rein demokratischer Ausrichtung, die es dort gibt, jetzt entschlossen die Vereinigung mit oppositionellen islamischen Bewegungen betreiben: Als Plattform des oppositionellen Lagers dient mittlerweile hauptsächlich die politische Doktrin des Islam. Das trifft auf die Volksfront und den Parteienblock „Unabhängiges Aserbaidschan“ in Aserbaidschan zu, aber auch

auf die Volksbewegung „Rastoches“ und die Islamische Partei in Tadschikistan, auf die Bewegungen „Birlik“ und „Erk“ in Usbekistan sowie die Bewegung „Agsybirlik“ in Turkmenien. In all diesen Republiken hat die im vergangenen Jahr gegründete Unionsweite Islamische Partei der Wiedergeburt erheblich an Einfluß gewonnen.

Die zahlreichen Nuancen und Unterschiede in den Zielsetzungen dieser Parteien und Bewegungen, in ihren Plänen hinsichtlich neuer sozialer und politischer Strukturen in den Republiken, bedürfen einer gesonderten Betrachtung. Es ist jedoch recht einfach festzustellen, daß ihre Programme bei allen Unterschieden auf den Vorstellungen der muslimischen Gleichheit, der muslimischen Gerechtigkeit und des muslimischen Staates fußen – von einigen fundamentalistisch, von anderen als eine Kompromißform (Orientierung auf die Türkei) aufgefaßt. Jedenfalls versteht man darunter immer, daß die muslimische Geistlichkeit zu einer politischen Kraft und in die Machtstrukturen einbezogen wird.

All dies sind der muslimischen Bevölkerung Mittelasiens und Aserbaidschans verständliche Orientierungspunkte. Ihnen vertraut sie. Sollte die dortige Opposition an die Macht gelangen – die Clan-Herrschaft ist zweifelsohne zum Untergang verurteilt –, so wird sie diesen Sieg nur mit Losungen des Islam erringen können. Sollten jedoch die Clan-Oberen besonders lange und beharrlich Widerstand leisten, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Ereignisse eine Entwicklung analog zum Volksaufstand in Tschetscheno-Inguschetien nehmen. Dort, in der Tschetschenischen Republik, steuere politisch alles auf ein Imamatum hin, stellte ein Beobachter fest¹³).

Ist denn die Wahrscheinlichkeit dessen, daß in einigen mittelasiatischen Republiken infolge des politischen Kampfes muslimische Republiken nach Muster des Irans entstehen oder die Clan-Herrschaftsstrukturen sich zu Polizei- und Militär-Diktaturen wie in Bagdad oder Damaskus wandeln, tatsächlich so gering? Diese Möglichkeit wird wohl niemand ganz von der Hand weisen können. Die Folgen einer solchen Entwicklung wären für die ganze Region verheerend. In diesem Fall wären, von Millionen slawischer und anderer Flüchtlinge ganz zu schweigen, ausbrechende national-territoriale Konflikte und wahrscheinlich auch bewaffnete Zusammenstöße zu erwarten.

¹³) Vgl. A. Mineev (Anm. 9).

Ethnokratie – ein verhängnisvolles Erbe in der postkommunistischen Welt

I. Neonationalismus – eine Folge sozialistischer Regimezusammenbrüche

Nach den Revolutionen des Jahres 1989 in den Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas hat niemand erwartet, daß ihr künftiger Weg in die Weltgemeinschaft problemlos verlaufen würde. Alle diese Staaten standen vor der Aufgabe, die Menschenrechte durchzusetzen, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft einzurichten. Für den Neuanfang, für die Bewältigung der neuen Herausforderungen, schien Optimismus angebracht. Welche Folgen der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ hervorrufen würde, war nicht abzusehen, weniger noch, daß der Sozialismus in fast allen Ländern Osteuropas durch einen Neonationalismus abgelöst würde. Es hat sich wieder einmal erwiesen, daß dem Leben mit Theorien allein nicht beizukommen ist.

Intensität und Erscheinungsformen des Neonationalismus sind von Land zu Land natürlich sehr verschieden. Die Verschärfung der Nationalitätenprobleme äußert sich dabei zuerst außenpolitisch (zum Beispiel in den Beziehungen Ungarns mit seinen Nachbarstaaten Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien), kommt aber stärker noch zum Ausdruck im innenpolitischen Leben multinationaler Staaten oder in Staaten mit zahlreichen nationalen Minderheiten. An erster Stelle sind hier Jugoslawien und die Sowjetunion zu nennen, vor der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien. Die nationalen Gegensätze in Jugoslawien zeigen den innen- und außenpolitischen Zusammenhang des Nationalismus in neuer Schärfe. Die Konflikte gewannen transnationale Bedeutung, sie haben die Grenzen dieses Landes überschritten und sich in ein gesamteuropäisches Problem umgewandelt.

In der Sowjetunion haben nationale Streitfragen nach dem Scheitern des Staatsstreiches im August 1991 an Schärfe zugenommen. Im Laufe von Tagen wurde all das in die Wirklichkeit umgesetzt, was die Putschisten gefürchtet hatten: der Zusammenbruch der Kommunistischen Partei und das Verbot ihrer Tätigkeit; der Umbruch des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems, in dem diese Partei ihre Schlüsselrolle spielte; der Zerfall der

sowjetischen Zentralgewalt mit den Machtwerkzeugen KGB, MWD (Innenministerium) und die Entziehung des Rückhalts von seiten der Armee. Dann folgten die Unabhängigkeitserklärungen der Republiken und der Austritt der drei baltischen Republiken aus der Union.

In den westlichen Medien, insbesondere in den deutschen, hat man dies von Anfang an eindeutig als „Zerfall der Sowjetunion“, als „Zerfall des sowjetischen Imperiums“ bewertet. Als Beweis hat man in erster Linie die Unabhängigkeitserklärungen einer Reihe von Republiken verstanden. Doch ist es heute noch zu früh zu urteilen, was sich aus den revolutionären Ereignissen in der Sowjetunion ergeben wird. Mit selbstverständlicher Vorsicht kann man allerdings die Meinung vertreten, der Zusammenbruch des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems mit seinem übertriebenen Zentralismus komme nicht dem Zerfall des Landes gleich. Die Unabhängigkeitserklärungen verschiedener Republiken bedeuten weder eine einhellig vertretene gemeinsame Ausrichtung noch in jedem Einzelfall dasselbe; jede Erklärung muß gesondert beurteilt werden. Für die Mehrheit der Republiken bedeutet dieses Streben zunächst eine Neuorientierung, die transnationalen Beziehungen in einem neuen Staatenbund auf anderen Grundlagen aufzubauen. Die Nationalitätenbeziehungen in der Sowjetunion wuchsen sich dabei zu einem der Hauptprobleme von Weltbedeutung aus.

Nationalitätenprobleme existieren in verschiedenen Regionen der Welt und rufen Krisensituationen in gleich mehreren Staaten hervor. Sie werden solange existieren wie die Nationen und Völker selbst. Doch in jeder Gesellschaftsordnung entwickeln sich die Nationalitätenprobleme unter eigenen Bedingungen. Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus galt es als unangefochtene Wahrheit, daß Nationalismus ein Erzeugnis des Kapitalismus sei. Man betrachtete es als eine Binsenwahrheit, daß nach dem Aufbau des Sozialismus allgemeine Völkerfreundschaft herrschen würde, daß alle Voraussetzungen früherer Feind-

seligkeiten zwischen den Völkern wie selbstverständlich abfallen würden. Diese Postulate wurden durch die Realität widerlegt. Aus heutiger Sicht kann man behaupten, daß gerade die Gesellschaft

des „realen Sozialismus“ zum Nährboden des Nationalismus geworden ist. Diese Gesellschaft hat der postkommunistischen Welt ein verhängnisvolles Erbe hinterlassen. Worin besteht dieses Erbe?

II. Veränderungen im Sozialgefüge

In den letzten Jahren haben wir von Biologen viele Warnungen über die Gefahren gehört, die der Menschheit durch die Anwendung der Gentechnik drohen. Nicht weniger gefährlich und verhängnisvoll sind unvorhergesehene soziale Mutationen. Die verderblichen Folgen nationaler Sozialtechnik sind überall zu beobachten, wo sie angewandt wurden – in Osteuropa, in Asien, in Lateinamerika. Bis zum heutigen Tag richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die erbärmlichen Ergebnisse für die Wirtschaftslage, die politischen Verhältnisse und das Kulturleben. Die sozialen Auswirkungen des „realen Sozialismus“ sind aber noch nicht ins Rampenlicht geraten. Als sich die Staubwolke, die durch den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ entstanden war, lichtete, wurde offensichtlich, daß in der postkommunistischen Welt ein Sozialmutant hinterblieben ist, ein sozial-politischer Homunkulus, die *Ethnokratie*. Gerade die Entstehung und die Existenz dieser *sozial-politischen Schicht* verschärfte die nationalen Gegensätze und gab einen mächtigen Anstoß zum Wachstum des Nationalismus.

Der Entstehung der Ethnokratie ging eine lange Zeit des Reifens aller ihrer sozialen Bestandteile im Schoße des alten Herrschaftssystems voran. Vier Umstände prägten diesen Prozeß:

- die langjährige unumschränkte Herrschaft der marxistisch-leninistischen Theorie der nationalen Frage im öffentlichen Bewußtsein;
- der langjährige Einsatz dieser Theorie in der Praxis des nationalstaatlichen Aufbaus;
- das langjährige Bestehen des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems, das die gesamte Gesellschaft verformte und neue Sozialschichten ins Leben rief;
- das Aufkommen der Dissidenten-Bewegung und antikommunistischer Widerstandsprogramme während der letzten zwei bis drei Jahrzehnte, insbesondere in ihrer jeweils nationalen Färbung.

1. Marxistisch-leninistische Auffassungen zur nationalen Frage

Wie in allen anderen Lebensbereichen beanspruchte der Marxismus-Leninismus auch angesichts aller Nationalitätenprobleme, im Besitz fehlerloser Anschauungen zu sein. Weder Marx noch Lenin haben allerdings Nennenswertes zu diesem Bereich hinterlassen. Mehr noch: ihre oft oberflächlichen und manchmal sogar andere Völker beleidigenden Äußerungen bringen zuweilen bis zum heutigen Tag gelehrte Nachfolger in eine prekäre Lage. Als maßgebende Persönlichkeit in der Nationalitätenfrage galt Josef Stalin. Er war der erste Volkskommissar für Nationalitätenangelegenheiten in der Regierung Lenin und hat einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Nationalitätenpolitik und ihre künftige Rechtfertigung ausgeübt. Sein persönlicher theoretischer Beitrag beschränkte sich auf definitorische Festlegungen, die auf die flüchtige Bekanntschaft mit den Werken austromarxistischer Theoretiker, vor allem Otto Bauers, zurückzuführen sind.

Nach Stalins Tod sind in der Sowjetunion mehrfach Diskussionen über die Theorie der Nationalitätenfrage geführt worden. Sie endeten ergebnislos; ihre Teilnehmer zeigten sich außerstande, den marxistischen und stalinistischen Dogmenkreis zu verlassen. Andererseits erlaubte es die bloße Existenz des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems den Diskussionsteilnehmern nicht, die dogmatischen Theorievorgaben zu überschreiten. Man muß aber auch auf den weltwissenschaftlichen Kontext hinweisen: eine befriedigende Befassung mit der Nationalitätenproblematik hat es bislang nicht gegeben.

In der letzten Zeit hat eine Reihe von sowjetischen Politologen die Meinung geäußert, daß es keine marxistische Nationalitätentheorie gebe. Jedoch existierte in der Tat eine Sammlung von destruktiven nationalistischen Parolen, die von den Bolschewiken als Werkzeuge zur Machtergreifung und -festigung genutzt wurden. Die meisten dieser Pa-

rolen stammten von extremen Flügeln der Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts, hauptsächlich unter den Völkern Ostmittel- und Südosteuropas. Es wurde angenommen, daß in der „lichten kommunistischen Zukunft“ alle nationalen Trennwände und alle Nationalitätenprobleme enden würden. Alle daraus folgenden theoretischen Berechnungen trugen einen äußerst pragmatischen Charakter und zielten darauf, die bürgerliche Gesellschaftsordnung und das bürgerliche Staatensystem höchstmöglich zu destabilisieren. Als bestgeeignetes Mittel dazu galt das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einschließlich dem Recht auf Abtrennung. Man muß sich nicht von der demokratischen Form dieser Parole irreführen lassen. Mit aller Entschiedenheit ist zu unterstreichen: Die bolschewistische Strategie war nur auf ein Ziel gerichtet, nämlich den Sieg der sozialistischen Weltrevolution. Alles andere hatte nebensächliche Bedeutung.

2. Die Praxis des nationalstaatlichen Aufbaus

Die praktische Verwirklichung dieses theoretischen Grundsatzes war von äußerstem politischen Zynismus gekennzeichnet. Tatsächlich verachteten die bolschewistischen Führer das nationale Bewußtsein und hielten es für ein bürgerliches Relikt. Niemals nahmen sie auf die Interessen der Völker Rücksicht, sondern verletzten sie immer wieder zugunsten ihrer außenpolitischen Pläne und pragmatischen Ziele. So wurden zum Beispiel die Interessen und das Territorium des armenischen Volkes in der Zeit des Aufbaus der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der kemalistischen Türkei (unter Kemal Atatürk, Staatspräsident seit 1923) und der Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre zur politischen Verfügungsmasse: zugunsten der Türkei verzichtete die Regierung Lenin auf die armenischen Regionen Kars und Ardagan und stimmte der Einverleibung der Region Berg Karabach in die aserbaidjanische Republik zu. So entstand das Berg-Karabach-Problem, das in jüngster Zeit wieder blutige Auseinandersetzungen hervorbringt. Als weiteres Beispiel kann man den Verzicht der bolschewistischen Regierung auf die westlichen Teile der ukrainischen und belorussischen nationalen Gebiete zugunsten Polens gemäß den Bedingungen des Vertrags von Riga (1921) anführen. Dieses „Danaergeschenk“ kam die Polen 1939 teuer zu stehen, als mit deutscher Zustimmung (nach dem „Hitler-Stalin-Pakt“) die Sowjetunion Ostpolen besetzte.

Äußerst willkürlich wurden die Grenzen zwischen den Sowjetrepubliken gezogen. Fast nirgendwo

stimmten die administrativen Grenzlinien mit ethnischen Gebieten überein. Es gab keine Volksbefragungen über nationale Zugehörigkeiten; die Volkszählungen wurden unter Verletzung der allgemein anerkannten Normen betrieben. Zum Himmel schreiende bürokratische Willkür war in zwei Fällen besonders augenfällig: die Grenzziehungen in Mittelasien und die der Russischen Föderation. Im ersten Fall kamen die augenblicklichen Verwaltungsinteressen der Parteibürokratie zum Ausdruck. Im zweiten Fall war die Sache viel komplizierter. Lenin und andere bolschewistische Führer waren sich im klaren darüber, daß die Mehrheit der russischen gebildeten Schichten der Oktoberrevolution ihren Beistand nicht nur vom sozialen, sondern auch vom nationalen Standpunkt aus versagt hatte. Zur Niederschlagung einer solchen Gesinnung rückte man Kampfparolen gegen den „großrussischen Chauvinismus“ in den Vordergrund. Unter anderem wurden Methoden der nationalen Zersplitterung angewandt.

Der ethnische Name „Russen“, der früher für die Bezeichnung der drei ostslawischen Völker – Großrussen, Belorussen und Malorussen (Ukrainer) – verwendet wurde, benannte jetzt polemisch allein die „Großrussen“. Ihr ethnisches Territorium wurde bewußt zugunsten der Nachbarrepubliken vermindert. Schließlich wurden im Rahmen der Russischen Föderation 16 autonome Republiken, fünf nationale Gebiete und zehn nationale Kreise geschaffen. Dabei haben nur in ein paar autonomen Republiken die Titularnationen eine Mehrheit. Die Russische Föderation wurde in ein Versuchsfeld für soziale Experimente verwandelt. Ihre nicht gleichberechtigte Lage hat man bis zur jüngsten Zeit, faktisch bis zum Augustputsch 1991 beibehalten.

Die kommunistische Machtausübung führte in die Praxis des nationalstaatlichen Aufbaus eine eigenartige Rangordnung der Nationalitäten, ein drei- oder vierstufiges System ein: Unionsrepubliken, autonome Republiken (im Rahmen einer anderen Unionsrepublik), nationale Gebiete und nationale Kreise. Damit verbunden war ein mehrstufiges System der nationalen Rechte, Vorrechte und Sonderrechte. Titularnationen der Unionsrepubliken hatten die größten Privilegien. Diese Republiken verfügen über alle Merkmale eines Staatswesens. In allen Republiken, Nationalgebieten und Kreisen hat man eine entsprechende Kaderpolitik betrieben. An der Spitze der Staatsorgane stehen die Vertreter der Titularnationalität (ungeachtet des realen Anteils dieser Nationalität in der gesamten Bevölkerung). Zu Beginn der zwanziger Jahre er-

hielt diese Politik die Bezeichnung „Verwurzelung des Apparates“. Wenn es um Posten ging, hatte die Nationalität, nicht die Kompetenz den Vorrang. Gleichzeitig gab man sich größte Mühe, der nationalen Intelligenz in allen Republiken, Gebieten und Kreisen Raum zu schaffen. Man rechnete damit, daß diese Intelligenz eine neue Kultur entwickeln würde – „national der Form nach, sozialistisch im Inhalt“. Ohne Zweifel beförderte eine solche Politik die Kulturentwicklung verschiedener Völker. Sicher ist aber auch, daß dies von (verfeinerten) Erscheinungen des Nationalismus begleitet wurde.

Die Nationalitätenpolitik ist nicht gesondert vom kommunistischen Herrschaftssystem mit seinen Terrormethoden zu betrachten. Die siebzugjährige Machtausübung im Namen des Sozialismus kostete 50 bis 70 Millionen Menschen das Leben. Die ganze Gesellschaft, alle sozialen Klassen wurden stark deformiert. Viele soziale Schichten wurden zurückgedrängt und ausgerottet, insbesondere die Geistlichkeit, der Adel, die alte Intelligenz, das alte Beamtenum, das Offizierskorps, Kosakentum und vermögende Bauern (sogenannte „Kulaken“). Diese Terrorpolitik betraf alle Völker des Landes, die größten Verluste aber erlitten die Russen. Während des Zweiten Weltkrieges wurde eine Reihe von Völkern Repressionen ausgesetzt und verbannt: Wolgadeutsche, Krimtataren, Kalmyken, Tschetschenen und Inguschen, meschetinische Türken. Deren Existenzanspruch trägt heute zur Summe der Nationalitätenprobleme des Landes bei.

3. Entstehung neuer Sozialschichten

Das autoritär-bürokratische Herrschaftssystem hat neue sozialpolitische Schichten erzeugt. In erster Linie muß man hier die sogenannte „neue Klasse“ (Milovan Djilas) oder „Nomenklatura“ (Michael S. Voslensky) erwähnen. Diese relativ große herrschende Schicht wird von Partei- und Staatsbeamten, von Führungskräften des KGB, des MWD und der Staatsanwaltschaft wie auch von Wirtschaftsverwaltern geführt. Die freien Wahlen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei haben nach dem Zusammenbruch der totalitären Regime erkennen lassen, daß diese „Nomenklatura“ in allen drei Ländern durchschnittlich ungefähr 11–13 Prozent der gesamten Wählerschaft sammeln konnte. Das entspricht in etwa ihrem realen Anteil an der Bevölkerung.

In ihren besten Jahren scharten sich die Angehörigen dieser Schicht in „Clan“-Bindungen auf ver-

schiedenen Ebenen – Kreis, Gebiet, Republik – zusammen, die untereinander verflochten und streng hierarchisch aufgebaut waren. Juri W. Andropow, der lange an der Spitze des KGB stand und die letzten anderthalb Jahre seines Lebens (von November 1982 bis Februar 1984) Generalsekretär der KPdSU war, hat die gesellschaftliche Ordnung der Sowjetunion als eine neue Pyramide aus Partei- und Wirtschafts-Clans definiert, enthoben von den eigentlichen sozialen Vorgängen: „Wir kennen die Gesellschaft nicht, in der wir leben.“ Eine solche Lage war die Voraussetzung für Machtmißbrauch, für Korruption, Bestechung, Vetternwirtschaft und bürokratische Willkür in allen Lebensbereichen. Andropows Erkenntnis folgte die Zustimmung, extreme Fälle des Machtmißbrauchs gerichtlich untersuchen zu lassen. So begann die berühmte „usbekische Strafsache“, die den Untersuchungsführern der Staatsanwaltschaft der UdSSR, T. Gdijan und N. Iwanow, anvertraut wurde. Die Untersuchung hat viele Jahre gedauert, eine Reihe von öffentlichen Skandalen hervorgerufen und konnte bis zum heutigen Tag nicht zu Ende gebracht werden.

Das Versagen der Kommandowirtschaft hat Schattenwirtschaft und entsprechende soziale Schichten ins Leben gerufen. Es entstanden Gruppierungen, die über beträchtliche Geldsummen verfügten und die Unterstützung von seiten der Verwaltungsorgane brauchten. Diese „Schattenschichten“ operierten fast zwangsläufig mit der kriminellen Welt wie sie zugleich Kontakte zur herrschenden Schicht pflegten. Die größte Gefahr besteht im Zusammenwachsen der Nomenklaturschichten mit den Schattenschichten, ein Tatbestand, den die Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR schon zu Beginn der Perestroika benannte. In der Öffentlichkeit rief diese Erkenntnis einen – bislang folgenlosen – Schock hervor. Bestehende Verbindungen werden nicht zur Schau getragen, doch die kriminellen Verwachsungen gedeihen weiter.

4. National gefärbte Opposition und nationale Zweckbündnisse

Eine besondere Eigenschaft des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems ist der übertriebene Zentralismus. In seinem allumfassenden Charakter schließt er die Anerkennung regionaler oder nationaler Grenzen allein in sein opportunes Ermessen. Die schärfste Kritik am zentralistischen Herrschaftsanspruch übten jene oppositionellen Intelligenz- und Dissidentenkreise, die zur offenen Opposition übergegangen waren. Dabei erwies

sich der jeweilige regionale Standpunkt als Katalysator und Vehikel der Systemkritik; die Bekämpfung der herrschenden Zustände wurde mit nationalen Zielen verknüpft. Das Erreichen nationaler Unabhängigkeit schien manchen ein Ausweg, doch wurden unter den neuen Umständen alte nationale und nationalistische Ansichten wiederbelebt. Manchmal nahmen sie eine Form an, die auf eine stark emotionale Basis schließen läßt. Als Beispiel kann man Behauptungen über die Existenz des „Sowjetischen Imperiums“ beziehungsweise über die „koloniale Lage“ einiger Völker anführen. Diese Formeln verwendet man sehr gern auch in westlichen Medien, ohne sich die Mühe zu machen, nach Hintergründen und Ursachen zu forschen.

Alle für die Länder des „real-existierenden Sozialismus“ charakteristischen sozialpolitischen Struktureigenschaften reiften lange Zeit im Schoß des kommunistischen Regimes. Mit dem Anfang der „Perestroika“ sind sie in Bewegung geraten, und mit der Wende der Geschichte entstand, wie in einem Kaleidoskop, aus alten Elementen ein neues Bild. Früh, in der ersten Etappe der Krise des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems, zeigte sich die Empfindlichkeit der Nomenklatura gegenüber Nationalitätenproblemen. Die allmähliche Bereitschaft, die fehlende Anziehungskraft der marxistischen Ideologie durch nationale Werte zu ergänzen oder sogar zu ersetzen, hatte Folgen. Die zwischenstaatlichen Beziehungen verschärfen sich innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft: es entbrannte die bulgaro-jugoslawische Polemik über die mazedonische Frage; es kamen ungaro-rumänische Gegensätze über Siebenbürgen zum Ausdruck; Fragen der nationalen Minderheiten wurden wieder aktuell.

Der erste ernsthafte Ausbruch der nationalen Gegensätze innerhalb eines Landes fand in Jugoslawien statt, dem Land, das als erstes den Rückzug vom kommunistischen Herrschaftssystem begonnen hatte. Sein Vorrücken in die posttotalitäre Welt verlangsamte sich aber und blieb lange Zeit in der ersten Teilstrecke dieses Weges zurück. Die jugoslawischen Formen der Selbstverwaltung haben das alte Herrschaftssystem nicht zerstört, son-

dern nur abgeschwächt. Das Wesentliche bestand darin, daß der bürokratische Zentralismus von der gesamtstaatlichen Ebene auf die republikanische übertragen wurde. Anstatt eines Zentrums entstanden sechs republikanische Zentren, um die die Vereinigung der lokalen Parteien, von Technokratie und Vertretern der nationalgesinnten Intelligenz begonnen hat. Das legte den Grundstein zur Entstehung der Ethnokratie, die hier früher als in anderen Ländern gebildet wurde. Ihr erstes Auftreten wurde durch eine innenpolitische Krise im Jahre 1971 ausgelöst. Damals befand sich, nach Einschätzung des Staatspräsidenten Josip Tito, das Land am Rande des Bürgerkrieges. Als Urheber dieser Krise wurde die kroatische republikanische Führung ausgemacht. Der Konflikt wurde durch das diktatorische Eingreifen Titos bewältigt. Die kroatische Führung wurde ausgewechselt, und in der Staatsverfassung wurden Änderungen vorgenommen, um ähnliche Fälle in Zukunft auszuschließen. Im nachhinein erweist sich dies nur als die Behandlung von äußeren Symptomen, nicht als gründliches Heilverfahren.

Anzeichen derselben Gesellschaftskrankheit sind in der Sowjetunion in Erscheinung getreten, als die Nomenklatura die Bedrohung für ihre sozialpolitische Stellung zu empfinden begann. Ungefähr um die Jahreswende 1988/89 führten erste gegenseitige Abgrenzungen in den Reihen der herrschenden Schicht zur Zuspitzung national ausgetragener Gegensätze. Ein Teil der Partokratie und Technokratie unternahm auf der Gebiets- und Republikenebene Schritte, um sich mit konservativen und reaktionären Kreisen des zentralen Machtapparates zu vereinigen. Ein anderer Teil versuchte, oft zusätzlich zu diesen Zweckbündnissen, seine Kräfte mit nationalgesinnten Schichten der Intelligenz (insbesondere in den jeweiligen Nationalrepubliken) zu vereinigen. In einigen Fällen kam die lokale Nomenklatura den nationalen Kräften entgegen. Nach außen ist dies in einer „Parade der Souveränitäten“ und Souveränitätserklärungen fast aller Republiken zum Ausdruck gekommen. In mehreren Republiken und Nationalgebieten begann die Nomenklatura, in den Jahren 1989/90 nach freien oder halbfreien Wahlen nationale Farben zu bekennen.

III. Entstehung der Ethnokratie

Ethnokratie ist Produkt und Kennzeichen der Umbruchphase autoritär-bürokratischer Herrschaftssysteme. Gerade in dieser Zeit der Unsicherheit

entstehen bei einzelnen Nomenklatura-Clans die Wünsche und Bedürfnisse nach Selbsterhalt. Gehandelt wird nach der Parole „Rette sich, wer

kann“. Nationale Farben und Fahnen dienen dann in den meisten Fällen als Rettungsringe. Treibende Kraft aller Handlungen ist die Angst vor dem Verlust der sicheren Position in der Gesellschaftsordnung. Hinzu kommen die Privilegien, die materiellen Anreize. Der Umbruch des alten Herrschaftssystems bedeutet noch nicht, daß sich gleichzeitig die soziale Struktur der Gesellschaft verändert. Im Gegenteil, sie bleibt unberührt. Die gesellschaftlichen Besitzverhältnisse bleiben dieselben. Alle Betriebe, der Handel, das Verkehrswesen, die Banken sind unter der Verwaltung der Vertreter der alten Nomenklaturschichten. Wie die Erfahrung verschiedener Länder, unter anderen Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Rumäniens oder der Sowjetunion zeigt, ist Privatisierung eine schwierige, langwierige Angelegenheit.

Vor der Nahperspektive der Marktwirtschaft suchen die alten Nomenklaturschichten nach Umwegen zur Erhaltung ihres sozialen Status. Sie stehen vor dem Problem, wie sich die bisherige Macht in marktwirtschaftlichen Bereichen, im Zeichen der Eigentumsprivatisierung bewahren läßt. Unter den üblichen Verhältnissen des demokratischen Entwicklungsprozesses ist die Lösung einer solchen Aufgabe beschwerlich oder gar unmöglich. Also müssen dazu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, die Möglichkeiten für Versuche der gesellschaftlichen Alchimie eröffnet werden. Das nationale Element spielt in diesem Experiment die Rolle des sozialen Katalysators, mit dessen Hilfe man sich einer Reihe von Kritikern, Gegnern und Konkurrenten entledigen kann: sie fallen unter das Nationalitätenproblem, das nach bewährten Mustern bewältigt wird.

Ethnokratie tritt also ins Dasein als Folge der Synthese aus mindestens drei gesellschaftlichen Schichten: 1) die alte Nomenklaturschicht, die ihre Schlüsselpositionen in der Wirtschaft und im Staatsapparat aufgrund ihrer Routine in Verwaltungsfragen beibehalten hat, 2) die Vertreter der Schattenwirtschaft und des beginnenden Unternehmertums, 3) die nationalgesinnte Intelligenz. Jede von diesen Schichten hat ihre Motivationen. Aber der gemeinsame Nenner für sie alle besteht in nationaler Selbstsucht oder Natiozentrismus.

In jedem Einzelfall haben diese drei Schichten ihren jeweils unterschiedlichen Anteil an der Ethnokratie. Und jede dieser Schichten beeinflußt deren ideologische Grundlagen, politischen Ziele und sozialen Wurzeln. Ihr Charakter ist abhängig von der Qualität aller ihrer Bestandteile und den Außenverhältnissen ihrer Entstehungsbedingungen. Immer aber ist Ethnokratie eine brisante Zu-

sammensetzung, die ausgeprägte autoritäre Züge und die Tendenz zur Errichtung neuer Despotien unter „nationaldemokratischen“ oder „nationalkommunistischen“ Vorzeichen hat. Über die Handlungsmethoden der Ethnokratie läßt sich am besten aufgrund von unbestrittenen Tatsachen und konkreten Beispielen urteilen.

In der letzten Zeit kam es immer häufiger zu einseitigen Abspaltungserklärungen verschiedener nationaler Republiken, Gebiete und auch kleinerer Regionen. Die Unabhängigkeitserklärungen bedeuten nicht in jedem Einzelfall dasselbe. Zwar erfahren sie einige Unterstützung durch die Ethnokratie, doch hat der Begriff Unabhängigkeit für jede Schicht seinen eigenen Sinn. Für die nationalgesinnte Intelligenz, die von Denknormen des 19. Jahrhunderts über die Werte des Nationalstaates ausgeht, wiegen Unabhängigkeitserklärung und Nationalrechte mehr als Menschenrechte und Menschenfreiheiten.

Die Vertreter der Schattenwirtschaft sehen in erster Linie eine Möglichkeit, ihre Geschäfte zu legalisieren und altes „schmutziges Geld“ reinzuwaschen. Für die Nomenklaturschicht gilt die Hoffnung und bietet sich die Gelegenheit, ihren sozialen Status und die Kontrolle über das „öffentliche Eigentum“ in ihrem Territorium zu erhalten. Das Ziel, alles öffentliche Eigentum, ungeachtet der früheren Zugehörigkeit zu gesamtstaatlichen Behörden, Ämtern und Ministerien, gesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaftsverbänden in Besitz zu nehmen, wird als höchste Nationalaufgabe dargestellt. Dazu gehören auch die Bemühungen, das gesamte Territorium, das beim kommunistischen nationalstaatlichen Aufbau dieser oder jener Titularnation zugemessen wurde, beizubehalten, ungeachtet des realen Nationalbestandes und der kommunistischen Beweggründe bei der Grenzziehung.

Was die letzteren angeht, so dienten die territorialen Zuteilungen oft als Kompensation für die Verletzung der nationalen Gefühle. Darüber kann man am Beispiel Litauen urteilen. Nach der Eingliederung in die Sowjetunion 1940 wurde die Republik um das Gebiet um die Stadt Wilna, damals überwiegend von Polen bevölkert, und um einige Kreise, die vorher zu Belorussland gehörten, erweitert. Am Ende des Zweiten Weltkrieges hat man ihr auch das Klaipeda (Memel)-Gebiet einverleibt. Diese Zuteilung wurde bis heute beibehalten. Solche Beispiele sind nicht Ausnahme, sondern die Regel, die legitimiert wird unter Bezugnahme auf internationale Konventionen, etwa auf KSZE-Beschlüsse wie dem von der Unantastbarkeit der existierenden Grenzen.

IV. Ethnokratie und opportunistische Nationalitätenpolitik

Ethnokratie hat größte Wendigkeit gezeigt, ihre Machtstellung mit populistischen Parolen und pseudodemokratischen Losungen zu tarnen. In der Tat aber strebt sie, dem kommunistischen Usus folgend, zu Monopolmächtausübung, nur unter nationalen („Macht der Nation“) und nicht Klassenkampfparolen („Macht der Arbeiterklasse“). Die Bevölkerung sieht sich aufgeteilt nach nationalen Merkmalen in „unsere“ und „andere“. Monopolmachtstreben verschafft sich in erster Linie Kontrolle über die Massenmedien; Ethnokratie duldet keine Kritik (Selbstkritik ist ihr fremd), da sie keiner Kritik standhält. Das Schüren von Feindseligkeiten in den Beziehungen zwischen den Völkern ist ethnokratisch beabsichtigt. Hier tritt die klassische Maxime „divide et impera“ („Teile und herrsche“) in Erscheinung. Sie dominiert die Nationalbeziehungen, wobei zuallererst dem eigenen Volk Zügel angelegt werden. Als Beispiele können Georgien, Moldawien und die baltischen Republiken gelten sowie fast alle Republiken Jugoslawiens.

Der georgische Präsident S. Gamsachurdia beispielsweise hat alle oppositionellen Kundgebungen verboten. Er hat die Parole „Georgien für Georgier“ in den Vordergrund gerückt, obwohl die nationalen Minderheiten dort ein Drittel der Bevölkerung bilden. Als der ehemalige und mittlerweile in sein Amt zurückgekehrte sowjetische Außenminister Schewardnadse, früher eine politisch leitende Persönlichkeit in Georgien, nach Demonstrationen in Tiflis die Meinung äußerte, die georgische Regierung solle sich mit der Opposition am Runden Tisch treffen, wurde er von Gamsachurdia als „Feind des georgischen Volkes“ gebrandmarkt. Ähnlich verhielt sich der litauische Parlamentspräsident und „Sojudis“-Führer V. Landsbergis, als er mit gleichen Vorwürfen – „Feind des litauischen Volkes“ – die frühere Ministerpräsidentin K. Prunskiene, eine der Vorsitzenden des „Forums für die Zukunft Litauens“, beschimpfte. In Moldawien brandmarkt man jeden als „Verräter“, der sich weigert, sich als „Rumäne“ zu bekennen. Das hat auch zur Spaltung der Moldauer geführt. In einigen Republiken nationalkommunistisch geprägter Ethnokratie (Aserbaidschan, die mittelasiatischen Republiken), wurden die Verbreitung der demokratischen Printmedien und die Ausstrahlung des linksdemokratischen „Rußland-Fernsehens“ verboten. Die autoritären und sogar totalitären Tendenzen der Ethnokratie scheinen sich unumstößlich zu stabilisieren.

Ethnokratie bestreitet anderen Völkern, insbesondere Minderheiten, gleichen Rechte, die sie für sich selbst in Anspruch nimmt. In Georgien negiert die Regierung die nationalen Rechte der Osseten und Abchasen. Erstere vertreten ein Nationalgebiet, die anderen eine autonome Republik. Die georgische Regierung hat den Beschluß gefaßt, die südossetische Autonomie aufzuheben und hat entrechtende Maßnahmen in die Wege geleitet. Das führte zu nationaler Konfrontation und Blutvergießen. Präsident S. Gamsachurdia hat den meschetinischen Türken, die unter Stalin 1945 verbannt waren, das Recht auf Rückkehr in ihr ehemaliges Siedlungsgebiet verweigert. In der Moldau-Republik stehen rabiate Rechtsverweigerungen gegen slawische Minderheiten und gegen den Autonomieanspruch der Gagausen auf der Tagesordnung.

In den baltischen Staaten nimmt derselbe Prozeß andere Formen an. Litauen fand sich nach der gewonnenen Unabhängigkeit schlagartig mit der polnischen Minderheit konfrontiert. Nach litauischem Parlamentsbeschluß wurden die Selbstverwaltungsorgane der polnischen Minderheit aufgelöst, die daraufhin Anspruch auf Autonomie erhob. Die Beziehungen zwischen Polen und Litauen spitzten sich nach dieser Völkerrechtsverletzung zu; die Lösung des Problems ist offen. In Lettland steht die Frage von Bürgerrechten der russischen Minderheit, die fast eine Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) ausmacht, zur Diskussion. Ihr droht das Schicksal, als Bürgerschaft zweiter Klasse behandelt zu werden. Das betrifft auch die anderen baltischen Staaten. Es besteht die Gefahr, daß hier eine gesplante Gesellschaft ohne Kontakt zwischen den Bevölkerungsgruppen entstehen wird. Die Ethnokratie ist fest entschlossen in ihrem Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker und Minderheiten, insbesondere gegen das Recht auf Sezession. Das beweisen die Auseinandersetzungen um Berg-Karabach in Aserbaidschan, um das Dnestr-Gebiet in Moldawien und um Regionen und Republikansprüche innerhalb Jugoslawiens.

Die gegenwärtige demographische Entwicklungslinie zeigt einen ständigen Trend zur komplexen, vielschichtigen Bevölkerung. Das ist ein weltweiter Vorgang, der allerdings besonders in Industrieländern zu verzeichnen ist, wo über Migrationsbewegungen zahlreiche Minderheiten ansässig geworden sind (türkische Gastarbeiter in Deutschland,

Araber in Frankreich, Vertreter der Commonwealth-Völker in Großbritannien). In allen Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas spielen Minderheiten eine traditionell große Rolle. Die ethnokratische Parole der Schaffung „ethnisch reiner Territorien“ besitzt hier besondere Brisanz. Solche Losungen erinnern an faschistische Theorien über die „Rassenreinheit“. Zum ersten Mal wurden sie von den albanischen Nationalisten im Kosovo-Gebiet (Jugoslawien) am Anfang der achtziger Jahre ins Feld geführt und zeigten sogleich ihren Explosivgehalt. Im Alltag kamen sie zum Ausdruck in häßlichen Erscheinungsformen des Ausgrenzens nationaler Minderheiten (in jenem Falle der serbischen und montenegrinischen) und der Nötigung zur Emigration.

Ähnliche Symptome treten in verschiedenen sowjetischen Republiken zutage. In Aserbaidschan zum Beispiel wurde die armenische Bevölkerung einiger Dörfer im mit Berg-Karabach benachbarten Schaumjan-Kreis gewaltsam nach Armenien ausgesiedelt. Elena Bonner, die Witwe des sowjetischen Bürgerrechtlers A. Sacharow, hat öffentlich die aserbaidschanischen Behörden beschuldigt, sie wollten die demographische Situation in der umstrittenen Region gewaltsam verändern. Chauvinistische Aufrufe, insbesondere gegen die russische und ukrainische Minderheit, erklingen in Moldawien. Die lettischen Nationalisten erwägen Mittel, wie sie möglichst größere Teile der russischen Bevölkerung zur Aussiedlung bewegen können. Solche Gedanken sind auch anderen baltischen Kräften nicht fremd.

V. Maßnahmen gegen den ethnokratischen Konfrontationskurs

Über die allgemeine Bedrohung durch die Ethnokratie muß man sich überall bewußt werden. Ethnokratie hat tief liegende soziale Wurzeln, aufgrund derer man ihr eine dauerhafte Existenz voraussagen kann. Sie übt einen äußerst negativen Einfluß auf die Entwicklung der postkommunistischen Welt aus. Ihre Neutralisierung kann man nur durch ein breites Spektrum demokratischer Maßnahmen erreichen. Dazu gehören:

1. Die konsequente Durchführung der ökonomischen Reformen und der möglichst schnelle Übergang zur Marktwirtschaft, die Veränderung der gesellschaftlichen Besitzverhältnisse und die Privatisierung des staatlichen Eigentums. Besonders erforderlich ist ein allmählicher, aber allgemeiner Mentalitätswandel. Man muß Umstände schaffen,

Alle Herrschaftsmethoden der Ethnokratie und die damit verbundenen nationalistischen Erscheinungsformen reizen Feindseligkeiten in den Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten bis zum Äußersten. Im Hintergrund aller nationalen Konflikte stehen ohne Zweifel die Interessen der Ethnokratie-Clans, ihr Kampf um Macht und Eigentum in den multinationalen Staaten. Mehr noch: Die Zuspitzung der nationalen Beziehungen ist für sie erstrebenswert. Nur eine gespannte Situation schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Realisierbarkeit ihrer Ziele. Gerade diese konfliktschaffende Eigenschaft der Ethnokratie macht sie besonders gefährlich. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß Ethnokratie eine Weltgefahr darstellt.

In der postkommunistischen Welt hat die Ethnokratie gezeigt, daß ihr Streben nach möglichst großen national-territorialen Ansprüchen in eine politische Sackgasse führt. Darüber kann man am Beispiel Jugoslawiens urteilen. Dieses Land hat sich in ein gesamteuropäisches Labor der negativen gesellschaftlichen Erfahrungen im Bereich der nationalen Beziehungen verwandelt. Die entflammte Konfrontation in den nationalen Beziehungen ruft eine Kettenreaktion hervor. Unter solchen Umständen führen emotionale Einschätzungen zur einseitigen Parteinahme. Dabei entsteht die Gefahr, in die Lage des Verbündeten eines Ethnokratie-Clans in seinem Kampf gegen den anderen Konkurrenten zu geraten.

unter denen der Weg zu Privateigentum nur durch schöpferische Leistung und gerechtfertigtes Unternehmertum, nicht aber durch Machtausübung möglich wird.

2. Die Förderung der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und Rechtsordnung. Die Menschenrechte darf man nicht für andere – klassenbedingte oder nationale – Interessen opfern. Zur „menschlichen Dimension“ gehört die Vorrangstellung der Menschenrechte, nicht aber der Nationalrechte. Die Bevorzugung der letzteren muß als autoritäre Handlungsweise betrachtet werden, da es hier um selbstgefällige Gruppeninteressen, um nationalistische Diskriminierung von Minderheiten geht.

3. Die Sicherung der Minderheitenrechte. Sie sollen Gleichheit und das Recht auf kultur-nationale

Autonomie, einschließlich des Rechtes auf Abtrennung, umfassen. Entziehung der Menschenrechte unter nationalem Vorwand ist als grobe Rechtsverletzung, als Apartheidspolitik zu betrachten.

4. Das Verlangen nach zugestandener und praktizierter Doppelstaatsangehörigkeit. Die Praxis gewinnt besonders an Bedeutung bei der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit. Die politische Erfahrung hat gezeigt, daß sich in solchen Fällen die Frage der Staatsbürgerschaft in ein Mittel der Erpressung nationaler Minderheiten verwandeln kann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ab-

schluß einer internationalen Konvention über das Recht auf doppelte Staatsangehörigkeit notwendig sein wird.

Viele dieser Probleme sind in der weiteren Entwicklung des KSZE-Prozesses zu erörtern. Ihre Lösung wird einen großen Beitrag zum Aufbau des „gemeinsamen europäischen Hauses“ darstellen. Sie alle muß man bei der Schaffung von Mechanismen zur Krisenbewältigung berücksichtigen. Vor allem aber muß man sich deutlich machen, mit welchen sozialen und politischen Kräften man es zu tun hat.

Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (UdSSR)



Stand: 31. 12. 1990

Bis August 1991 haben alle Republiken bis auf die RSFSR und Kasachstan eine Unabhängigkeitserklärung abgegeben.

Daten zur Geographie, Bevölkerung, Politik und Wirtschaft der Republiken der ehemaligen UdSSR

I. Armenien

Offizielle Bezeichnung: Republik Armenien

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 29 800 qkm (0,1 % der UdSSR)

Hauptstadt: Jerewan [deutsch: Eriwan] (1,2 Mio. Einwohner)

Grenzen zu Aserbaidschan, Georgien, Iran und zur Türkei.

Bodengestalt und Klima: sehr gebirgig; kontinentales Klima, heiße Sommer, mäßig kalte Winter.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 3,3 Mio. (1,1 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 110,5 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Armenier (Eigenbezeichnung: Haik); Sprachgruppe: Indoeuropäisch; Religion: Armenisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 93 %, Russen 2 %, Aserbaidschaner (Aseri) 3 %, Kurden 2 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 8,8 %, Titularnation 13,2 %.

Von den etwa 8 Mio. Armeniern leben nur 4,6 Mio. in der Sowjetunion, die anderen im Nahen Osten, in den USA, in Australien und Frankreich.

2. Politik

Neuere Geschichte

1828 Eroberung des nördlichen Armeniens durch Rußland beendet

Diese Dokumentation geht zurück auf eine Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Daten zur Geographie, Bevölkerung, Politik und Wirtschaft der nichtrussischen Republiken der ehemaligen UdSSR, Köln, Oktober 1991. Dort auch Angaben zu den Quellen und methodischen Fragen.

1915	Genozid an Armeniern in der Türkei
1918	Unabhängiger armenischer Staat
1920	Besetzung durch Rote Armee, Sozialistische Republik
1922	Zwangsvereinigung mit Georgien und Aserbaidschan zur Transkaukasischen Föderation (bis 1936)
1923	Angliederung von Nachitschewan und Berg-Karabach (Nagornyj Karabach) an Aserbaidschan
1936	Unionsrepublik der UdSSR
1988	Armenier demonstrieren in Jerewan für Rückgabe Berg-Karabachs an Armenien; daraufhin Pogrom gegen Armenier mit bis zu 200 Toten in Sumgait (Aserbaidschan); Erdbeben, 25 000 Tote
1989	Entsendung von sowjetischen Truppen nach Berg-Karabach

Unabhängigkeitsstatus

Unabhängigkeitserklärung am 23. 8. 1990; vor dem Putsch (19. 8. 91) keine Unterstützung des Unionsvertrages im Rahmen des 9+1-Prozesses; nach dem Putsch Inkraftsetzung der Unabhängigkeitserklärung durch Referendum am 21. 9. 91. Armenien verfolgt eine behutsame und legalistische Politik der Loslösung von Moskau. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft, beteiligt sich aber nicht an der Bildung einer Union Souveräner Staaten (USS). Mitglied im Staatsrat der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Parlamentspräsident:	L. Ter-Petrosjan
Regierungschef:	G. Bagratjan
Außenminister:	R. Owanissjan

Nichtkommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung weitgehend aus der Volksfront und dem Karabach-Komitee hervorgegangen. KP beschloß nach dem Moskauer Putschversuch die Selbstauflösung.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Drei motorisierte Schützendivisionen. Etwa 200 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Errichtung eines eigenen Verteidigungsministeriums durch Präsidialerlaß. Oberster Sowjet der Republik beschließt am 7.9. 1991 die Aufstellung eigener „Selbstverteidigungskräfte“. Bewaffnete Formationen wurden 1990 entwapnet; immer noch erhebliches Waffenpotential bis zu Artilleriewaffen. Einzelne Gruppen an der Grenze zu Aserbaidtschan sind stark bewapnet.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Sehr hohes Konfliktpotential aufgrund der Auseinandersetzung mit Aserbaidtschan um Berg-Karabach; dramatischer ethnischer Bevölkerungsaustausch zwischen Armenien und Aserbaidtschan: Bis 1990 flohen 250 000 Armenier aus Aserbaidtschan nach Armenien sowie 150 000 Aserbaidtschaner aus Armenien nach Aserbaidtschan, dadurch erhebliche Eingliederungsprobleme. Offene Grenzfragen gegenüber Aserbaidtschan und historisch gespanntes Verhältnis zur Türkei.

Außenpolitische Orientierung

Neuerdings Versuch eines Dialogs mit der Türkei; insgesamt schwierige geopolitische Lage. Bitte um Aufnahme in den Europarat.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 39 %, Land- und Forstwirtschaft 19 %, Handel

und Verkehr 19 %, Dienstleistungen 23 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Kupfer, Bauxit, Zink, Molybdän, Marmor, Bimsstein, Gold (Förderung: 1,5 t/Jahr).

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Maschinenbau, chemische Industrie, Textilindustrie, Nahrungsmittelverarbeitung.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 0,5 Mio. ha, Weideland 0,7 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 4 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 55. Getreide: Erzeugung 0,2 Mio. t; Import 1,2 Mio. t, Importanteil am Gesamtverbrauch 84 %. Anbau von Wein, Obst und Gemüse, Tabak. Viehwirtschaft: Schafe, Ziegen.

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 70 %, Außenhandels-saldo 1988: -1,4 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Produkten der Schwarzmetallurgie, Nahrungsmitteln, Vorprodukten der Landwirtschaft. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Leichtindustrie. Die Einfuhr von Öl und Gas aus Aserbaidtschan ist gegenwärtig gesperrt, die Fernleitungen aus Georgien sind durch Kampfhandlungen zerstört.

Ökologie

Schwund des Sewan-Sees; Kernkraftwerk Mezmor in erdbebengefährdeter Zone 1989 stillgelegt; Chemieindustrie sowie Kupferverhüttung mit enormer Schadstoffemission.

II. Aserbaidtschan

Offizielle Bezeichnung: Aserbaidtschanische Republik.

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 86 600 qkm (0,4 % der UdSSR)

Hauptstadt: Baku (1,8 Mio. Einwohner)

Nationale Gebietskörperschaften: Autonome Republik Nachitschewan (über 291 000, davon 280 000 Aseri); von Aserbaidtschan durch armeni-

sches Gebiet getrennt. Autonomes Gebiet Nagornyj Karabach (186 000, davon 145 000 Armenier, 40 000 Aseri). Autonomie wurde 1990 von Aserbaidtschan aufgehoben.

Grenzen zu Rußland, Iran, zur Türkei, zu Armenien, Georgien.

Bodengestalt und Klima: zur Hälfte Gebirgsland; Klima subtropisch, im Norden gemäßigt.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 7,1 Mio. (2,5 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 82,3 Einwohner/qkm
(UdSSR: 12,9)

Titulnation: Name: Aseri, Aserbajdschaner
(Eigenbezeichnung: Aserbajdschan); Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Islam (75 % Schiiten, 25 % Sunniten).

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation 83 %, Russen 6 %, Armenier 6 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 16,5 %, Titulnation 23,3 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

- 1828 Aserbajdschan wird zwischen Rußland und Persien geteilt, der Norden fällt an Rußland
- 1918 Unabhängige Aserbajdschanische Republik, Okkupation durch ausländische Truppen
- 1920 Besetzung durch Rote Armee, Sozialistische Republik
- 1922 Zwangsvereinigung mit Georgien und Armenien zur Transkaukasischen Föderation (bis 1936)
- 1923 Berg-Karabach und Nachitschewan werden an Aserbajdschan angegliedert
- 1936 Unionsrepublik der UdSSR
- 1988 Gebietssowjet von Karabach fordert Anschluß Berg-Karabachs an Armenien; daraufhin Pogrom an Armeniern in Sumgait; Konflikt um Berg-Karabach eskaliert
- 1990 Nach Pogromen an Armeniern Sowjetische Militärintervention in Aserbajdschan und Verhängung des Ausnahmezustandes; Aserbajdschaner reißen Grenzsperrern zu Iran nieder. Sezessionsbestrebungen in Nachitschewan.

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 23. 9. 1989; Unabhängigkeitserklärung am 30. 8. 1991; Unterstützung des Unionsvertrages vor dem Putsch und neuer sowjetischer Integrationsstrukturen nach dem Putsch. Lehnt Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft und politische Union der Republiken ab.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident:	A. Mutalibow
Regierungschef:	G. Gassanow
Außenminister:	G. Sadychow

Nach Parlamentswahlen 1990 konservative kommunistische Mehrheit; die Opposition (Nationale Volksfront) ist seit der sowjetischen Militärintervention im Januar 1990 geschwächt. Nach dem Putsch im August 1991 löste sich die KP auf einem Sonderparteitag selber auf. Die Wahl A. Mutalibows zum Präsidenten per Referendum am 8. 9. 1991 war heftig umstritten.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Vier motorisierte Schützendivisionen, eine Luftlandedivision, eine Jagdflieger-Basis, fünf Jagdbomber-Basen, ein Radar des Raketenfrühwarnsystems (Mingechaur). Etwa 300 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Militärische Formationen der Nationalen Volksfront wurden durch Eingriff der Unionstruppen zerschlagen. Partisanenähnliche Gruppen agieren im Grenzgebiet zu Karabach. Aserbajdschanische Miliz arbeitete mit den sowjetischen Streitkräften seit April 1991 bei der Vertreibung von Armeniern im Grenzgebiet zu Karabach zusammen. Gesetz über nationale Selbstverteidigungstreitmacht im Oktober 1991 verabschiedet.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Sehr hohes Konfliktpotential in Folge des Karabach-Problems, das durch aserbajdschanische Flüchtlinge aus Armenien verschärft wird (70000 Flüchtlinge im Slumgürtel Bakus). Grenzfragen: Die sowjetisch-iranische Grenze teilt den aserbajdschanischen Siedlungsraum; in Nordwest-Iran etwa 5 Millionen Aseri; Wiedervereinigungsbestrebungen existieren; offene Grenzfragen gegenüber Armenien und gegenüber Georgien.

Außenpolitische Orientierung

Sehr starke Orientierung zur Türkei, daneben auch zum Iran und zu der dortigen aserbajdschanischen Bevölkerung. Außerdem internationale Beziehungen mit verschiedenen europäischen und asiatischen Ländern. Im November 1991 Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit durch die Türkei. Verweigerung der Anerkennung durch den Iran.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 26 %, Land- und Forstwirtschaft 34 %, Handel

und Verkehr 20 %, Dienstleistungen 20 %.
 Bergbau und Rohstoffgewinnung: 2 % der Ölförderung der UdSSR (1970: 20 Mio. t, 1980: 15 Mio. t, 1989: 13 Mio. t); Vorräte nahezu erschöpft. 1 % der Gasförderung der UdSSR (1970: 6 Mrd. m³, 1980: 14 Mrd. m³, 1989: 11 Mrd. m³).
 Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Eisen- und Stahlerzeugung, Petrochemie, spezialisierter Maschinenbau (Erdölaustrüstungen), Radio- und Fernmeldetechnik, Gerätebau, Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie.
 Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 1,6 Mio. ha, Weideland 2,1 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 6 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 76. Getreide: Erzeugung 1 Mio. t; Import 2 Mio. t, Importanteil am Gesamtverbrauch 67 %. Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Weintrauben (25 %) und bei Obst. Hauptzweig des Pflanzenanbaus ist Baumwolle

(9% der sowjetischen Baumwollernte), daneben Getreide; Schafhaltung; Fischfang im Kaspischen Meer (Stör).

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 60 %, Außenhandels-saldo 1988: - 0,5 Mrd. Valutarubel.
 Hoher Einfuhrüberschuß bei metallurgischen Produkten und Maschinenbauerzeugnissen. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Öl und Gas sowie Erzeugnissen der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie.

Ökologie

Verschmutzung des Kaspischen Meeres durch Ölförderung, was den Fischfang beeinträchtigt. Außerordentlich hohe Verwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft.

III. Estland

Offizielle Bezeichnung: Estnische Republik

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 45 100 qkm (0,2 % der UdSSR).
 Hauptstadt: Tallinn [ehem.: Reval] (0,5 Mio. Einwohner)
 Grenzen zu Rußland und Lettland.
 Bodengestalt und Klima: 10 % des Territoriums sind Inseln, 20 % mit Sümpfen bedeckt. Klima maritim, im mittleren und südlichen Teil mäßig kontinental, kühle Sommer.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 1,6 Mio. (0,5 % der UdSSR)
 Bevölkerungsdichte: 35,1 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)
 Titularnation: Name: Esten (Eigenbezeichnung: Eestlased); Sprachgruppe: Finnougrisch; Religion: Lutheranisch-protestantisch.
 Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 61,5 %, Russen 30 %, Ukrainer 3 %.
 Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 6,9 %, Titularnation 1,6 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

- 1721 Rußland erhält im Frieden von Nystad Estland von Schweden; die Verwaltung Estlands verbleibt beim deutschen Landadel
- 1920 Anerkennung eines unabhängigen Staates Estland durch die Sowjetunion (Dor-pater Frieden)
- 1924 Kommunistischer Aufstand, Verbot der KP
- 1940 Annexion durch Sowjetunion auf Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes
- 1988 Gründung der estnischen Volksfront

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 16. 11. 1988; Unabhängigkeitserklärung am 30. 3. 1990; keine Unterstützung eines Unionsvertrages und des 9+1-Prozesses. Nach dem Putsch Inkraftsetzung der Unabhängigkeit am 20. 8. 1991. Am 6. 9. 1991 wurde die Unabhängigkeit vom neugebildeten Staatsrat in Moskau anerkannt. Botschaften ausländischer Staaten werden eingerichtet. Am 17. 9. 1991 Aufnahme in die UNO.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Parlamentspräsident:	A. Rütel
Regierungschef:	E. Savisaar
Außenminister:	L. Meri

Nach den Parlamentswahlen 1990 klare nichtkommunistische Mehrheit; mehrere politische Parteien; Volksfrontregierung. 1990 Bildung eines Alternativparlaments „Estnischer Kongreß“ aus registrierten Altbürgern. Nach dem Putsch Verbot der KP, die seit 1990 in einen stärkeren reformistischen und souveränitätsorientierten und einen schwächeren moskauhörigen Flügel gespalten war.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Eine motorisierte Schützendivision, eine Jagdflieger-Basis, zwei Jagdbomber-Basen, eine Mittlere-Bomber-Basis; Einheiten der Baltischen Flotte in Paldiski (Baltischport) stationiert. Etwa 270 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte Dezember 1990 Erklärung des Verzichts auf Nuklearwaffen. Offizielle Forderung nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Im September 1991 soll ein „Ministerium für Wehrfragen“ errichtet werden. Der Oberste Sowjet Estlands hat am 4. 9. 1991 die Aufstellung von „Landesverteidigungskräften“ auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen. Die Aufstellung von Grenzschutzeinheiten hat begonnen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Ethnische und soziale Polarisierung zwischen einheimischer estnischer und „zugezogener“ russischsprachiger Bevölkerung, verschärft durch konservative, unabhängigkeitsfeindliche Gruppierungen der russischsprachigen Bevölkerung (Interbewegung). Allerdings zunehmende Differenzierung in der russischsprachigen Bevölkerung in Gegner und Befürworter der Unabhängigkeit. Problemfall: Industriegebiet von Kohtla-Järve mit überwiegend russischer Bevölkerung.

Außenpolitische Orientierung

Anlehnung an Finnland, Skandinavien und Westeuropa. Aufnahme in KSZE, Streben nach Vollmitgliedschaft in der EG. Am 18. 9. 1991 erhielt Estland Gaststatus im Europarat. Regionale Kooperation im Baltischen Rat.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 42 %, Land- und Forstwirtschaft 13 %, Handel und Verkehr 24 %, Dienstleistungen 21 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Ölschiefer- und Phosphoritabbau, Torfgewinnung; Wärmeenergie durch Ölschieferverbrennung.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Elektro- und Elektronikindustrie, Holz- und Papierherstellung, Düngemittelherzeugung aus Phosphorit.

Landwirtschaft (1987/88): Ackerland 0,9 Mio. ha, Weideland 0,2 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,9 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 156. Getreide: Erzeugung 0,9 Mio. t; Import 0,7 Mio. t, Importanteil am Gesamtverbrauch 44 %. Schweinemast und Rinderzucht sind gut entwickelt. 75 % der pflanzlichen Produktion dienen der Viehfutterherzeugung.

Außenwirtschaftliche Beziehungen

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 80 %, Außenhandels-saldo 1988: - 1,3 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Erzeugnissen der Metallurgie, des Maschinenbaus sowie landwirtschaftlichen Vorprodukten. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Produkten der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, Stromexport.

Ökologie

Hohe Umweltbelastung durch Ölschieferverbrennung und Phosphoritabbau. Starke Verschmutzung der Ostsee.

IV. Georgien

Offizielle Bezeichnung: Republik Georgien
(Eigenbezeichnung: Sakartvelo)

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 69 700 qkm (0,3 % der UdSSR)

Hauptstadt: Tiflis (Tbilissi) (1,3 Mio. Einwohner)
Nationale Gebietskörperschaften: Abchasische Autonome Republik (über 500 000, davon 90 000 Abchasen, 236 000 Georgier); Adsharische Autonome Republik (380 000, davon 324 000 Georgier, keine gesonderte Erfassung der Adsharen = muslimische Georgier, schätzungsweise 54 % der Bevöl-

kerung); Südossetisches Autonomes Gebiet (96 000, davon 64 000 Osseten, 28 000 Georgier). Sein Autonomiestatus wurde vom georgischen Parlament im Dezember 1990 annulliert; daraufhin bürgerkriegsähnliche Zustände. Insgesamt ist die georgische Regierung bestrebt, die nationalen Autonomien aufzuheben.

Grenzen zu Rußland, Aserbajdschan, Armenien, und der Türkei.

Bodengestalt und Klima: zu 87 % Gebirgsland; im Westen subtropisches, ansonsten gemäßigt Klima.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 5,5 Mio. (1,9 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 78,3 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Georgier (Eigenbezeichnung: Kartveli); Sprachgruppe: Kaukasisch; Religion: Georgisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 70 %, Russen 6 %, Armenier 8 %, Aseri 6 %, Osseten 3 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 8,2 %, Titularnation 10,3 %

2. Politik

Neuere Geschichte

- | | |
|------|--|
| 1801 | Anschluß an Rußland |
| 1917 | Unabhängigkeit von Rußland mit deutscher Unterstützung |
| 1920 | Anerkennung der Unabhängigkeit durch Sowjetrußland |
| 1921 | Einmarsch der Roten Armee, Sowjetrepublik |
| 1922 | Zwangsvereinigung mit Armenien und Aserbajdschan zur Transkaukasischen Föderation (bis 1936) |
| 1924 | Aufstand gegen Sowjetisierung niedergeschlagen |
| 1936 | Eigenständige Sowjetrepublik mit Sondergebieten für Osseten, Abchasen und Adscharen |
| 1989 | Einsatz sowjetischen Militärs gegen Demonstranten in Tiflis am 19. April fordert 19 Todesopfer, wodurch Unabhängigkeitsbewegung verstärkt wird |

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung (Dekret über „Garantien zur Verteidigung der staatlichen Souveränität“) am 9.3. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 9.4. 1991. Keine Unterstützung eines Unionsvertrages.

Lehnt Vertrag über Wirtschaftsgemeinschaft ebenfalls ab. Nicht im Staatsrat der UdSSR vertreten,

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident:	S. Gamsachurdia
Regierungschef:	W. Guguschwili
Außenminister:	M. Omaridse

Nach den Parlamentswahlen 1990 klare nichtkommunistische Parlamentsmehrheit des Koalitionsbündnisses „Runder Tisch – Freies Georgien“. Daraus ging autoritäre Präsidialherrschaft Gamsachurdias mit Knebelung der Presse und Verketzerung der Opposition hervor; heftige Opposition demokratischer, aber auch stark nationalistischer Kräfte. Die Nationaldemokratische Partei und 25 andere außerparlamentarische Gruppen und Parteien fordern Rücktritt Gamsachurdias.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Vier motorisierte Schützendivisionen, zwei Jagdflieger-Basen, sechs Jagdbomber-Basen; Einheiten der Schwarzmeerflotte in Poti stationiert. Etwa 320 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Nationalgarde der Republik (angeblich 13 000 Mann); daneben andere bewaffnete Formationen unterschiedlicher politischer Zuordnung (unterstützt durch Regierung bzw. Opposition); bewaffnete Gruppen der Abchasen und Osseten. Das Parlament Südossetiens beschloß Ende November 1991 die Aufstellung einer Nationalgarde.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Starkes Konfliktpotential zwischen Georgien und den nationalen Gebietskörperschaften. Unabhängigkeit Georgiens aktualisierte bei Abchasen und Osseten das Verlangen nach Austritt aus der georgischen Jurisdiktion, bei den Osseten nach Vereinigung mit der Nordossetischen ASSR in Rußland. Blutige Zusammenstöße im Südossetischen Autonomen Gebiet. Offene Grenzfragen mit Armenien über zwei armenisch besiedelte Regionen in Georgien.

Außenpolitische Orientierung

Traditionell starke Orientierung nach Westeuropa.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 29 %, Land- und Forstwirtschaft 27 %, Handel und Verkehr 22 %, Dienstleistungen 22 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Kohlebergbau, Gewinnung von Manganerz, Baryt, Zink, Gold in geringen Mengen.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Metallurgie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Schiffbau, Flugzeugbau, Nahrungsmittelverarbeitung, Textilindustrie.

Dienstleistungen: Tourismus, Kurbetrieb; Häfen. **Landwirtschaft (1987/1988):** Ackerland 0,8 Mio. ha, Weideland 1,9 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,6 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 82. **Getreide:** Erzeugung 0,6 Mio. t; Import 2,3 Mio. t, Importanteil am Gesamtverbrauch 80 %. **Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Tee (über 90 %), Zitrusfrüchten (97 %), subtropischen Obstarten, Wein.**

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 60 %, Außenhandels-saldo 1988: - 1,9 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Holz und Papier sowie Vorprodukten des Maschinenbaus. Hoher Ausfuhrüberschuß der Nahrungsmittelindustrie.

Ökologie

Ökologische „Schlüsselthemen“ weniger bekannt als in anderen Republiken.

V. Kasachstan

Offizielle Bezeichnung: Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 2 717 300 qkm (12,1 % der UdSSR)
Hauptstadt: Alma Ata (1,1 Mio. Einwohner)
Grenzen zu: Rußland, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien, China.

Bodengestalt und Klima: Flachland, Hochebenen und Gebirge; trockenes Kontinentalklima mit extremen Temperaturen.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 16,7 Mio. (5,8 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 6,1 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titulnation: Name: Kasachen (Eigenbezeichnung: Kasak); Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation 40 %, Russen 38 %, Deutsche 5 %, Ukrainer 5 %, Usbeken 2 %, Tataren 2 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 12,1 %, Titulnation 23,5 %

2. Politik

Neuere Geschichte

1822-73 Annexion durch Rußland, Russifizierung

1920 Teil der Kirgisischen Autonomen Sowjetrepublik

1925 Kasachische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik

1929-38 Kollektivierung der Landwirtschaft und Seßhaftmachung der Nomaden; gewaltige Bevölkerungsverluste

1936 Sozialistische Sowjetrepublik

1941 Zwangsansiedlung von Wolgadeutschen

1954 Beginn der „Neulandgewinnung“ sowie weitere Russifizierung

1986 Beginn der antirussischen Protestbewegung

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 25.10. 1990. Kasachstan war maßgeblich am 9+1-Prozeß zur Bildung einer erneuerten Union beteiligt und unterstützte nach dem Putsch das Bemühen um zwischenstaatliche Strukturen und eine Union souveräner Republiken. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied des Staatsrates der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: N. Nasarbajew

Regierungschef: S. Tereschtschenko

Außenministerin: A. Arystanbekowa

Reformkommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung. Verschiedene nationale demokratische und ökologische informelle Gruppen. Nach dem Putsch vom August 1991 dekretierte Nasarba-

jew den Rückzug der KP aus Verwaltung und Wirtschaft und ihre Loslösung von der KPdSU.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Strategische Nuklearwaffen (zwei Interkontinentalraketen-Silo-Komplexe mit 104 Trägersystemen und 1040 Sprengköpfen, etwa 650 taktische Atomwaffen), eine Fernflieger-Basis, vier motorisierte Schützendivisionen, eine Panzerdivision, eine Jagdflieger-Basis, vier Divisionen Truppen des Innenministeriums, ein Radar des Raketenfrühwarnsystems in Balkhas. Atomtestgelände Semipalatinsk wurde endgültig geschlossen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Souveränitätserklärung untersagte Atomtests auf dem Territorium der Republik. Oberster Sowjet verabschiedete Mitte September 1991 den Beschluß, die Republik zur nuklearwaffenfreien Zone zu erklären. Demgegenüber spricht sich Präsident Nasarbajew für den Verbleib von Atomwaffen aus. Bislang keine nationalen Militärformationen, aber Überlegungen dafür im Gange.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Einzelne interethnische Zusammenstöße in letzter Zeit; wachsende Selbstbehauptung der Titularnation gegenüber der nichtkasachischen Bevölkerungsmehrheit; potentieller Konflikt mit Rußland wegen Gebietsansprüchen auf russisch besiedelte Teile Nordkasachstans. Wachsende Spannungen durch Neubildung von Kosakenformationen. Abwehr der Bestrebung deutscher Bevölkerungsteile nach territorialer Autonomie.

Außenpolitische Orientierung

Suche nach wirtschaftlichen Referenzmodellen in verschiedenen Richtungen, besonders stark Richtung Ostasien (Südkorea) und Türkei. Kooperation mit mittelasiatischen Republiken vereinbart.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 31 %, Land- und Forstwirtschaft 23 %, Handel und Verkehr 24 %, Dienstleistungen 22 %. Bergbau und Rohstoffgewinnung: 4 % der UdSSR-Ölförderung bei vermuteten hohen Reser-

ven (Förderung 1970: 13 Mio. t, 1980: 19 Mio. t, 1989: 25 Mio. t). Tengis-Feld am Kaspischen Meer soll mit ausländischer Unterstützung erschlossen werden. 1 % der UdSSR-Erdgasförderung (1970: 2 Mrd. m³, 1980: 4 Mrd. m³, 1989: 7 Mrd. m³). 19 % der UdSSR-Kohleförderung (1970: 72 Mio. t, 1980: 115 Mio. t, 1989: 138 Mio. t), teilweise im kostengünstigen Tagebau; 10 % der UdSSR-Eisenerzförderung. Gewinnung von Nickel, Chrom, Titan, Wismut, Blei, Kupfer (30 % der Kupferproduktion der UdSSR bei hohen Reserven), Wolfram, Zink (50 % der UdSSR-Reserven), Uran, Gold (etwa 15 t/Jahr, d. h. 5 % der UdSSR-Förderung).

Kernkraftwerk: Schewtschenko; Nettoleistung: 1 × 135 MW, Reaktortyp: Brüter; Jahr der Inbetriebnahme: 1973.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Grundstoffindustrie (Eisen und Stahl, Petrochemie), Schwermaschinenbau, Rüstungsindustrie, Landmaschinenfabrikation, Nahrungsmittelverarbeitung.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 35,7 Mio. ha, Weideland 157,2 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 11,9 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 123. Getreide: Erzeugung 24 Mio. t; Import 7 Mio. t.

Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Getreide (13 %), Fleisch (7 %), Wolle (23 %); Getreideanbau leidet unter Klimaschwankungen.

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 50 %, Außenhandels-saldo 1988: - 6,6 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Maschinenbauerzeugnissen, Erzeugnissen der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, Holz und Papier. Auch bei Erdöl und Erdgas Einfuhrüberschuß. Ausfuhrüberschuß bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Getreideexport 7 Mio. t), Buntmetallen und Kohle. Republik könnte Zentrum einer sowjetisch-mittelasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft werden.

Ökologie

Radioaktive Verseuchung des Atomtestgeländes Semipalatinsk. Schwund des Aralsees. Krisenregion am Ostufer des Kaspischen Meeres.

VI. Kirgisien

Offizielle Bezeichnung: Republik Kyrgyzstan

Regierungschef:

N. Isanow (am 29. 11. 91
tödlich verunglückt)

1. Geographie und Bevölkerung

Außenminister:

M. Imanaliew

Geographie

Fläche: 198 500 qkm (0,9 % der UdSSR)

Hauptstadt: Bischkek [ehem. Frunse] (0,6 Mio. Einwohner)

Grenzen zu Tadschikistan, Usbekistan, Kasachstan, China.

Bodengestalt und Klima: überwiegend Hochgebirgsland, kontinentales und trockenes Klima.

Kommunistische Mehrheit im Parlament. Präsident Akajew vertritt allerdings einen nichtkommunistischen, liberalen Kurs und löste die KP nach dem Moskauer Putsch vom August 1991 auf; demokratische und nationale Oppositionsgruppen sind stärker vertreten als in den übrigen mittelasiatischen Republiken.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Eine motorisierte Schützendivision. Etwa 75 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Keine bewaffneten Formationen.

Bevölkerung

Einwohner am 1. 1. 1990: 4,4 Mio. (1,5 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 22 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Kirgisen (Eigenbezeichnung: Kirgis); Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 52 %, Russen 21,5 %, Usbeken 13 %, Ukrainer 3 %, Deutsche 2 %, Tataren 2 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 20,9 %, Titularnation 32,1 %

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Starke interethnische Konflikte innerhalb der Republik; gespanntes Verhältnis zu Usbekistan wegen gegenseitiger Gebietsansprüche im Ferganatal. Ethnisch unklare Grenzziehung. In Zukunft Konflikte mit Nachbarrepubliken um Wasserressourcen denkbar.

2. Politik

Außenpolitische Orientierung

Neuere Geschichte

1830 Oberherrschaft des Khanats von Kokand
1876 Eroberung durch Rußland, Einwanderung von russischen und ukrainischen Bauern

1916 Aufstand gegen Russifizierung
1918 Teil der Autonomen Sowjetrepublik Turkestan

1926 Autonome Sowjetrepublik, Beginn der Zwangskollektivierung gegen heftigen Widerstand

1936 Sowjetrepublik

Kontaktaufnahme zu verschiedenen Partnern in der asiatischen Staatenwelt, besonders Indien, Südkorea, China. Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken vereinbart.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 27 %, Land- und Forstwirtschaft 34 %, Handel und Verkehr 18 %, Dienstleistungen 21 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Erdöl, Erdgas, Kohle (4 Mio. t), Antimon, Quecksilber, Gold (etwa 1 % der UdSSR-Förderung), Uran, Marmor.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Metallurgie, Maschinenbau, Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 1,4 Mio. ha, Weideland 8,5 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 2,3 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 86. Getreide: Erzeugung 1,7 Mio. t; Import 1,1 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 15. 12. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 31. 8. 1991; unterstützt politischen Unionsvertrag. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied des Staatsrates der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: A. Akajew

39 %. Anbau von Kartoffeln, Gemüse, Baumwolle; Viehhaltung (Schafe und Ziegen).

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 60 %, Außenhandels-saldo 1988: - 1,1 Mrd. Valutarubel. Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, chemi-

schen Produkten und Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie. Ausfuhrüberschuß bei Elektroenergie und Buntmetallen.

Ökologie

Schädliche Folgen unsinniger Bewässerungsprojekte in Verbindung mit Baumwollmonokultur. Negativer Einfluß ökologischer Faktoren auf Krankheits- und Sterblichkeitsraten.

VII. Lettland

Offizielle Bezeichnung: Lettische Republik

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 64 500 qkm (0,3 % der UdSSR)
Hauptstadt: Riga (0,9 Mio. Einwohner)
Grenzen zu Estland, Rußland, Weißrußland, Litauen.
Bodengestalt und Klima: Flachland, zu 5 % mit Sümpfen bedeckt; Übergang vom maritimen zum kontinentalen Klima; kühle Sommer.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 2,7 Mio. (0,9 % der UdSSR)
Bevölkerungsdichte: 41,7 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)
Titularnation: Name: Letten (Eigenbezeichnung Latrieši); Sprachgruppe: Baltisch; Religion: zu zwei Dritteln lutheranisch, zu einem Viertel katholisch.
Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 52 %, Russen 34 %, Weißrussen 4,5 %, Ukrainer 3,5 %.
Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 6,5 %, Titularnation 3,2 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

1721 Rußland erhält im Frieden von Nystad Livland von Schweden
1795 Rußland erhält Kurland von Polen
1881 Russifizierung durch Einwanderung russischer Industriearbeiter verstärkt
1905 Revolte gegen Gutsbesitzer und russische Verwaltung
1918 Proklamation der Republik Lettland

1920 Anerkennung eines unabhängigen Staates Lettland durch Sowjetunion; Agrargesetz enteignet deutsche Großgrundbesitzer
1934 Ausnahmezustand, autoritäres Regime
1940 Annexion durch Sowjetunion auf Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes
1959-89 Zuwanderung von 800 000 Arbeitskräften, vor allem Russen
1988 Gründung der Lettischen Volksfront

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 28.7. 1989; Unabhängigkeitserklärung am 4.5. 1990; keine Unterstützung eines Unionsvertrages und des 9+1-Prozesses; nach dem Putsch Inkraftsetzung der Unabhängigkeit am 21.8. 1991. Am 6.9. 1991 wurde die Unabhängigkeit vom neugebildeten Staatsrat in Moskau anerkannt. Botschaften ausländischer Staaten werden eingerichtet; Aufnahme in die UNO am 17.9. 1991.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Parlamentspräsident: A. Gorbunov
Regierungschef: I. Godmanis
Außenminister: J. Jurkans

Nach den Parlamentswahlen 1990 klare nichtkommunistische Mehrheit, weitgehend an nationale Volksfront angelehnt. KP wurde nach dem Putsch verboten.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Eine Panzerdivision, eine Jagdflieger-Basis, drei Jagdbomber-Basen, ein Radar des Raketenfrühwarnsystems (Riga); Einheiten der Baltischen Flotte in Liepaja (Libau) und Riga stationiert. Etwa 185 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte Dezember 1990 Erklärung des Verzichts auf Nuklearwaffen. Offizielle Forderung nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. „Heimwehrorganisation“ befindet sich im Aufbau. Anzeichen für Existenz bewaffneter „Arbeitergruppen“ der russischen Interfront sowie lettischer paramilitärischer Organisationen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Weitgehend wie Estland. Unterschied: keine räumlich geschlossene Ansiedlung russischer Bevölkerungsteile.

Außenpolitische Orientierung

Anlehnung an Westeuropa. Aufnahme in KSZE, Streben nach Integration in die EG. Regionale Kooperation im Baltischen Rat.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 40 %, Land- und Forstwirtschaft 15 %, Handel und Verkehr 25 %, Dienstleistungen 20 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Torf, Bernstein, Wasserkraft.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Elektro-, Elektronik-, chemische Industrie, Fahrzeugbau, Nahrungsmittelverarbeitung, Textilien.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 1,7 Mio. ha, Weideland 0,5 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,9 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 147. Getreide: Erzeugung 1,5 Mio. t; Import 1,0 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch 40 %. Zu 70 % Viehwirtschaft (Milch- und Mastzucht, Schweinezucht, Geflügelwirtschaft). 80 % der pflanzlichen Erzeugung dienen der Viehwirtschaft.

Außenwirtschaftliche Beziehungen

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 70 %, Außenhandelsaldo 1988: - 1,3 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Produkten der Metallurgie und des Maschinenbaus sowie Vorprodukten der Landwirtschaft. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Nahrungsmitteln und Verkehrsleistungen.

Ökologie

Umweltschäden durch Torfgewinnung, Luft- und Gewässerverschmutzung.

VIII. Litauen

Offizielle Bezeichnung: Litauische Republik

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 65 200 qkm (0,3 % der UdSSR)
Hauptstadt: Vilnius [deutsch: Wilna] (0,6 Mio. Einwohner)

Grenzen zu Lettland, Weißrußland, Rußland, Polen.

Bodengestalt und Klima: viele Seen und Moore; Übergang vom maritimen zum kontinentalen Klima, mäßig warme Sommer.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 3,7 Mio. (1,3 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 57,1 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titulnation: Name: Litauer (Eigenbezeichnung: Lietuviai); Sprachgruppe: Baltisch; Religion: Römisch-katholisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation 80 %, Russen 9 %, Polen 7 %, Weißrussen 2 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 8,4 %, Titulnation 7,8 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

1795 Rußland erhält Litauen von Polen im Zuge der dritten polnischen Teilung

1918 Proklamation eines unabhängigen Staates Litauen

1940 Annexion durch Sowjetunion auf Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes

1988 Gründung der Litauischen Volksfront

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 18. 5. 1989; Unabhängigkeitserklärung am 11. 3. 1990. Keine Unterstützung eines Unionsvertrages. Am 6. 9. 1991 wurde die Unabhängigkeit vom neugebildeten Staatsrat in Moskau anerkannt. Botschaften ausländischer Staaten werden eingerichtet.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Parlamentspräsident: W. Landsbergis
Regierungschef: G. Vagnorius
Außenminister: A. Saudargas

Nichtkommunistische Mehrheit in Parlament. Nach den Parlamentswahlen 1990 klare nichtkommunistische, an die nationale Volksfront angelehnte Mehrheit. Verbot der KP nach dem Moskauer Putschversuch.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Vier motorisierte Schützendivisionen, eine Panzerdivision, eine Luftlandedivision, drei Jagdbomberbasen, eine Division der Truppen des sowjetischen Innenministeriums. Etwa 325 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte Dezember 1990 Erklärung des Verzichts auf Nuklearwaffen. Offizielle Forderung nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Aufstellung einer „Landwehr“ beabsichtigt. Verkündung einer eigenen Wehrpflicht. Seit Herbst 1990 existiert ein „Landesschutzdepartement“. Seit 1990 Abteilung zum Schutz Litauens vorwiegend für Grenzschutz; bewaffnete „Arbeiterabteilungen“ der russischsprachigen Minderheit.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Territoriale Autonomieansprüche der polnischen Minderheit bei Vilnius; ungeklärte Grenzfragen gegenüber Weißrußland. Neuerdings verstärkte Meinungsverschiedenheiten mit Warschau über die Garantie der Minderheitenrechte für die etwa

220 000 Polen in Litauen; umstrittener Parlamentsbeschuß, die Regionalräte in den von Polen bewohnten Bezirken aufzulösen.

Außenpolitische Orientierung

Anlehnung an Westeuropa. Aufnahme in KSZE, Streben nach Integration in die EG. Regionale Kooperation im Baltischen Rat.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Torf, Bernstein.

Kernkraftwerk: Ignalina; Nettoleistung: 2 × 1380 MW, Reaktortyp: graphitmoderiert; Jahre der Inbetriebnahme: 1985, 1987.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: spezialisierter Gerätebau, Nahrungsmittelverarbeitung, Herstellung von Leinenstoffen.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 2,3 Mio. ha, Weideland 0,8 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,9 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 168. Getreide: Erzeugung 2,9 Mio. t; Import 0,9 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch 24 %.

Außenwirtschaftliche Beziehungen

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 75 %, Außenhandelsaldo 1988: - 3,7 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas und Kohle, metallurgischen und chemischen Vorprodukten, Maschinenbauerzeugnissen sowie Vorprodukten der Landwirtschaft. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie. Stromexport.

Ökologie

Luft- und Gewässerverschmutzung; Folgelasten einer etwaigen Stilllegung des Atomkraftwerks Ignalina.

IX. Moldowa

Offizielle Bezeichnung: Republik Moldowa

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 33 700 qkm (0,2 % der UdSSR)
Hauptstadt: Kischinow (0,8 Mio. Einwohner)
Grenzen zu Rumänien, Ukraine
Bodengestalt und Klima: von Flußtälern und Schluchten zerschnittene Ebenen; Klima warm und gemäßigt kontinental.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 4,4 Mio. (1,5 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 129,4 Einwohner/qkm
(UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Moldauer [Moldawier]
(Eigenbezeichnung: Moldovean); Sprachgruppe: Romanisch; Religion: Russisch-Orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 65 %, Russen 13 %, Ukrainer 14 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 9,8 %, Titularnation 10,7 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

- 1812 Bessarabien (Landstreifen zwischen Prut und Dnjestr, Name kommt vom Fürstenhaus der Basarab) von Rußland annektiert
- 1918 Autonome Moldawische Republik, Vereinigung mit Rumänien
- 1924 Gründung einer Moldawischen Autonomen Sowjetrepublik östlich des Dnjestr (Transnistrien, von rum. Nistru-Dnestr)
- 1940 Sowjetunion verlangt gemäß geheimem Zusatzprotokoll zum Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt Abtretung Bessarabiens, das zusammen mit Transnistrien zur Moldawischen Sozialistischen Sowjetrepublik wird
- 1989 Moldawisch (= Rumänisch) wird Staatssprache, Wiedereinführung der lateinischen Schrift

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 23. 6. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 27. 8. 1991. Keine Unterstützung eines Unionsvertrages im Rahmen des 9+1-

Prozesses vor dem Putsch und keine Beteiligung an der Schaffung neuer Unionsstrukturen nach dem Putsch. Nicht im Staatsrat der UdSSR vertreten. Regierung unterzeichnete allerdings Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: M. Snegur
Regierungschef: W. T. Murawski
Außenminister: N. Zyu

Seit den Parlamentswahlen 1990 nichtkommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung (Volksfront 40 %, ihr nahestehende Gruppen 30 %). Nach dem Putsch Verbot der KP.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Eine motorisierte Schützendivision, zwei Jagdbomber-Basen. Etwa 90 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte Dezember 1990 Erklärung des Verzichts auf Nuklearwaffen. Offizielle Forderung nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Bildung einer Nationalarmee angekündigt. Nationalgarde offenbar aufgelöst; paramilitärische Formationen in den Minderheitengebieten der Gagausen und der Russen in Transnistrien.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Konflikt zwischen der moldauisch-rumänischen Nationalbewegung und Minderheiten mit geschlossenem Siedlungsraum: Gagausen (christliches Turkvolk mit 152 000 Angehörigen) um Komrat und russische Bevölkerung um Tiraspol (Transnistrien). Potentieller Konflikt mit der Ukraine um Küstengebiete Bessarabiens und der Nordbukowina, die von Rumänien abgetrennt und der Ukraine zugeschlagen wurden. Bestrebung nach Vereinigung mit Rumänien (zu dem Moldowa vor dem Zwangsanschluß an die Sowjetunion im Jahre 1940 gehört hat), die aber in der Titularnation (derzeit nicht mehrheitlich vertreten wird).

Außenpolitische Orientierung

Historisch und ethnisch bedingte Anlehnung an Rumänien. Vereinigung mit Rumänien als Fernziel.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 28 %, Land- und Forstwirtschaft 35 %, Handel und Verkehr 18 %, Dienstleistungen 19 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Unbedeutende Vorkommen von Erdgas und Erdöl.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Nahrungsmittelindustrie, Landmaschinenbau.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 1,7 Mio. ha, Weideland 0,3 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,6 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 153. Getreide: Erzeugung 1,8 Mio. t; Import 1,1 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch 37 %. Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Weintrauben (20 %), Obst (15 %), Körnermais (5 %), Gemüse (4 %).

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 70 %, Außenhandels-saldo 1988: - 2,6 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Energierohstoffen (Öl, Gas, Kohle), Maschinenbauerzeugnissen, metallurgischen und chemischen Produkten sowie Holz und Papier. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten.

Ökologie

Vergiftung der Böden durch Pestizide, Nitrate, Nuklide u. a.; weitgehende Humuserstörung; extremer Rückgang der Bewaldung; Verschmutzung und Versieugung des Dnjestr.

X. Rußland (RSFSR)

Offizielle Bezeichnung: Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik; nach Verfassungsentwurf „Russische Föderation“

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 17 075 00 qkm (76 % der UdSSR)

Hauptstadt: Moskau (9 Mio. Einwohner)

Administrative Gliederung: 6 Regionen, 49 Gebiete, darunter als Exklave das Verwaltungsgebiet Kaliningrad [deutsch: Königsberg]; Nationale Gebietskörperschaften: 16 Autonome Republiken (AR), 5 Autonome Gebiete, 10 Autonome Kreise, 10 Wirtschaftsregionen.

Autonome Republiken:

Baschkirische AR (3,9 Mio.; 0,8 Mio. Baschkiren, 1,5 Mio. Russen, 1,1 Mio. Tataren, Hauptstadt Ufa)

Burjatische AR (1 Mio.; 250 000 Burjaten, 0,7 Mio. Russen, Hauptstadt Ulan-Ude)

Dagestanische AR (1,8 Mio.; mehrere Titularnationen: etwa 0,5 Mio. Awarer, 280 000 Darginer, 230 000 Kumyken u. a., 165 000 Russen, Hauptstadt Machatschkala)

Kobardino-Balkarische AR (0,8 Mio.; 360 000 Kabardiner, 70 000 Balkaren, 240 000 Russen, Hauptstadt Naltschik)

Kalmückische AR (320 000; 146 000 Kalmücken, 120 000 Russen, Hauptstadt Elista)

Karelische AR (0,8 Mio.; 80 000 Karelrier, 580 000 Russen, Hauptstadt Petrosawodsk)

AR der Komi (1,3 Mio.; 290 000 Komi, 720 000 Russen, Hauptstadt Syktywkar)

AR der Mari (0,75 Mio.; 324 000 Mari, 355 000 Russen, Hauptstadt Joschkar-Ola)

Mordwinische AR (964 000; 313 000 Mordwinen, 586 000 Russen, Hauptstadt Saransk)

Nord-Ossetische AR (683 000; 334 000 Osseten, 190 000 Russen, Hauptstadt Wladikawkas [Ordnonikidse])

Tatarische AR (3,6 Mio.; 1,7 Mio. Tataren, 1,5 Mio. Russen, Hauptstadt Kasan)

Tuwinische AR (314 000; 200 000 Tuwiner, 98 000 Russen, Hauptstadt Kysyl)

Udmurtische AR (1,6 Mio.; 500 000 Udmurten, 945 000 Russen, 110 000 Tataren, Hauptstadt Ischewsk)

AR der Tschetschenen und Inguschen (1,3 Mio.; 730 000 Tschetschenen, 163 000 Inguschen, 290 000 Russen, Hauptstadt Grosny)

Tschuwaschische AR (1,3 Mio.; 900 000 Tschuwaschen, 357 000 Russen, Hauptstadt Tscheboksary)

Jakutische AR (1,1 Mio.; 365 000 Jakuten, 550 000 Russen, Hauptstadt Jakutsk);

Gebiet Kaliningrad (871 000; 684 000 Russen, 74 000 Weißrussen, 63 000 Ukrainer).

Grenzen Norwegen, Finnland, Polen, Mongolei, China, Nordkorea; Estland, Lettland, Weißrußland, Ukraine, Georgien, Aserbaidshan, Kasachstan.

Bodengestalt und Klima: im Westen und in Westsibirien Ebenen; Ostsibirien und Ferner Osten gebirgig; von Nord nach Süd Übergang vom arktischen über gemäßigtes bis zu subtropischem Klima.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 148 Mio. (51 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 8,7 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Russen (Eigenbezeichnung: Russkij); Sprachgruppe: Ostslawisch; Religion: Russisch-Orthodox. Anteile der Nationalitäten 1989: Russen 81,5 %, Tataren 3,8 %, Ukrainer 3,0 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 7,0 %, Titularnation 5,6 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

- 1639 Eroberung Sibiriens abgeschlossen
- 18. Jh. Eroberung der baltischen Gebiete, der Krim, der Ukraine, Weißrußlands, der Kasachensteppe
- 19. Jh. Herrschaft über Finnland, „Kongreßpolen“, Bessarabien, Eroberung des Kaukasus und Zentralasiens und von Gebieten im Fernen Osten
- 1918 Proklamation der RSFSR
- 1922 Zusammenschluß mit den anderen Sowjetrepubliken zur UdSSR
- 1945 Gründungsmitglied der UNO
- 1954 Abtretung der Krim an die Ukraine
- 1956 Eingliederung der Karelischen ASSR

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 12.4. 1990. Keine Unabhängigkeitserklärung. Unterstützte vor dem Putsch den 9+1-Prozeß zur Bildung einer erneuerten Union. Nach dem Putsch wesentlicher Akteur bei der Bildung neuer zwischenstaatlicher Strukturen. Starke Betonung der eigenen Souveränität, gleichzeitig zur Bildung einer Union Souveräner Staaten bereit. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied im Staatsrat der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident und Regierungschef: B. Jelzin
Vizepräsident: A. Ruzkoj

Staatssekretär,
Erster Stellvertreter
des Regierungschefs: G. Burbulis
Parlamentspräsident: R. Chasbulatow
Außenminister: A. Kosyrew
Innenminister: A. Dunaew
Vors. des Staatskomitees
für Verteidigung: P. Gratschew
Justizminister: N. Fedorow
Wirtschafts- und
Finanzminister: E. Gajdar
Minister für Arbeit
und Beschäftigung: A. Schochin

Der ursprünglich mehrheitlich von kommunistischen Abgeordneten dominierte Volkskongreß und Oberste Sowjet folgte, wenn auch zögernd, den weitgehenden Reformvorstellungen Jelzins. In der Provinz Vormachtstellung konservativer Funktionäre noch weithin vorhanden; Jelzin suchte durch Entsendung von Beauftragten auch dort an Einfluß zu gewinnen. Die KP wurde am 6. 11. 1991 verboten. Zur Durchsetzung der Wirtschaftsreform hat Jelzin im November 1991 für zwei Jahre außerordentliche Vollmachten erhalten: Er kann auf dem Gebiet der Wirtschaft Verordnungen erlassen, die Gesetzeskraft erhalten, wenn ihnen der Oberste Sowjet nicht innerhalb einer Woche widerspricht, sowie die Chefs der Lokal- und Regionalverwaltungen ernennen. Alle Wahlen sind bis Ende November 1992 ausgesetzt.

Neue Parteien (bzw. parteiähnliche Gruppierungen und Bewegungen): Bewegung Demokratisches Rußland (im Oktober 1990 aus lokalen Wählergruppen entstanden; Dachorganisation für verschiedene Parteien und gesellschaftliche Bewegungen); Demokratische Partei Rußlands (im Mai 1990 von Nikolaj Trawkin gegründet, rund 35 000 Mitglieder); als Abspaltung von der Demokratischen Partei Rußlands entstand die Freie Demokratische Partei Rußlands; Republikanische Partei Rußlands im November 1990 entstanden; Sozialdemokratische Partei im Mai 1990 gegründet.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Ohne Kaliningrad: Strategische Nuklearwaffen: zwölf Komplexe für stationäre Interkontinentalraketen, zehn Komplexe mobiler Interkontinentalraketen (über 1 000 Trägersysteme), vier Fernflieger-Basen; 69 motorisierte Schützendivisionen, mindestens acht Panzerdivisionen, drei Luftlandedivisionen, 14 Divisionen der Truppen des Innenministeriums, 43 Jagdflieger-Basen, 14 Jagdbomber-Basen, fünf Mittlere-Bomber-Basen; Marinebasen an der Ostküste der Kola-Halbinsel, auf Kamtschatka sowie bei Wladiwostok.

Kaliningrad: zwei motorisierte Schützendivisionen, zwei Panzerdivisionen, eine Jagdflieger-Basis, eine Jagdbomber-Basis; Marinebasis. Etwa 8 500 taktische Atomwaffen.

Außenpolitische Orientierung

Annäherung an Westeuropa und an die USA; außenpolitische Interessen gegenüber Ostasien.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Beginn der Aufstellung einer Nationalgarde im geplanten Umfang von 66 000 Mann mit der Aufgabe des Schutzes der staatlichen Institutionen. Eigene russische Armee nicht beabsichtigt.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Grundprobleme: russische Bevölkerung in den anderen ehemaligen Unionsrepubliken (25 Mio.) und ihre Interessenvertretung durch die Republik Rußland; separatistische Bestrebungen in den nationalen Gebietskörperschaften, besonders in Tatarstan und im Nordkaukasus und interethnische Konflikte in den Gebietskörperschaften; Grenzforderungen gegenüber anderen Unionsrepubliken; Grenzfragen gegenüber ausländischen Staaten wie Japan (Kurilen).

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 42 %, Land- und Forstwirtschaft 14 %, Handel und Verkehr 23 %, Dienstleistungen 21 %.
Bergbau und Rohstoffgewinnung: Energierohstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) sowie Erze werden in großen, aber abnehmenden Mengen gewonnen. Bei Erdöl 90 %, bei Erdgas 77 %, bei Kohle 55 % der Förderung der UdSSR. Statische Lebensdauer (konventionelle Schätzung bei gleichbleibender Förderung) der erschlossenen Erdölreserven etwa 15 Jahre, der Erdgasreserven etwa 50 Jahre, der Kohlereserven etwa 300 Jahre. Stromerzeugung in Wärme- und Kernkraftwerken sowie durch Wasserkraft kann Inlandsbedarf nur knapp decken. Goldförderung um 200 t/Jahr (etwa zwei Drittel der UdSSR-Förderung); Diamantförderung um 7 Mio. Karat (100 % der UdSSR-Förderung).

Kernkraftwerke:

Standort	Nettoleistung (MW)	Reaktortyp	Jahr der Inbetriebnahme
Belojarski	1 × 560	Brüter	1981
Kursk	4 × 925	graphitmoderiert	1977, 1979, 1984, 1986
Bilibino	4 × 10	Brüter	1974–1976
Troitsk	4 × 90	Brüter	1958–1962
Smolensk	3 × 925	graphitmoderiert	1983, 1985, 1990
St. Petersburg	2 × 376	graphitmoderiert	1974, 1976
Balakowo	3 × 950	Druckwasser	1986, 1988, 1989
Kalinin (Twer)	2 × 950	Druckwasser	1985, 1987
Kola	4 × 411	Druckwasser	1973, 1975, 1982, 1984
Nowoworonesch	2 × 385	Druckwasser	1972, 1973
	1 × 950	Druckwasser	1981

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Maschinen- und Fahrzeugbau, chemische Industrie sowie militärische Produktion im westlichen Rußland (Städte Moskau und St. Petersburg), im Uralgebiet sowie im südlichen Westsibirien (Kusnezker Becken) konzentriert.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 132 Mio. ha, Weideland 61 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 1,5 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 89. Getreide: Erzeugung 92 Mio. t; Import 20 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch 18 %. Erträge bei Getreide, Kartoffeln und Gemü-

se reichen zur Selbstversorgung nicht aus; Fleischimporte ebenfalls notwendig.

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 30 %, Außenhandels-saldo 1988: 30,8 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Sehr hoher Ausfuhrüberschuß bei Erdöl bzw.

Erdölprodukten sowie bei Erdgas, daher insgesamt Ausfuhrüberschuß.

Ökologie

Große radioaktiv verseuchte Flächen im Uralgebiet sowie im südlichen Westsibirien (Tomsk).

Weite Verbreitung von Umweltschäden, verursacht durch überalterte Produktionsanlagen, fehlende Klär- und Filteranlagen. Hohe Luftverschmutzung. Landwirtschaftliche Flächen durch Versalzung und Überdüngung geschädigt. Gefahren durch Kernkraftwerke, die westlichen Sicherheitsanforderungen nicht genügen.

XI. Tadschikistan

Offizielle Bezeichnung: Republik Tadschikistan

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 143 100 qkm (0,6 % der UdSSR)

Hauptstadt: Duschanbe (0,6 Mio. Einwohner)

Nationale Gebietskörperschaften: Autonomes Gebiet Berg-Badachschan (160 000, davon 143 000 Tadschiken und Bergvölker)

Grenzen zu Usbekistan, Kirgisien, China, Afghanistan.

Bodengestalt und Klima: zu 70 % Hochgebirge; Klima kontinental mit sehr heißen Sommern.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 5,2 Mio. (1,8 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 36,7 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Tadschiken (Eigenbezeichnung: Tadschik); Sprachgruppe: Persisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 62 %, Russen 8 %, Usbeken 23,5 %, Tataren 1 %. Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 33,8 %, Titularnation 41,8 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

um 1870 Norden Tadschikistans kommt unter russische Oberhoheit

1918 Norden wird Teil der Autonomen Sowjetrepublik Turkestan

1924 Autonome Sowjetrepublik innerhalb der usbekischen Sowjetrepublik

1929 Sowjetrepublik; Sowjetisierung und Alphabetisierung schafft tadschikisches Nationalbewußtsein; Bekenntnis zur islamischen Tradition

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 24. 8. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 9. 9. 1991; unterstützte den Unionsvertrag (9+1-Prozeß) vor dem Putsch und die Bildung neuer Unionsstrukturen nach dem Putsch. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied des Staatsrates der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident:	R. Nabijew
Regierungschef:	I. Chajojew
Außenminister:	L. Kajumow

Nach den Parlamentswahlen 1990 konservative kommunistische Mehrheit. Präsident K. Machkamow nach dem Putsch vom 19. 8. 1991 zurückgetreten. Übergangspräsident K. Aslonow wurde wegen des von ihm verhängten Verbots der KP der Republik am 23. 9. 1991 vom konservativen Parlament abgesetzt. Neuer Übergangspräsident Nabijew war bereits 1985 als KP-Chef und Vertreter der „alten Garde“ abgesetzt worden, wurde jedoch in einer umstrittenen Präsidentenwahl im November 1991 bestätigt. Weiterhin demokratische und islamische Opposition gegen Nabijew und die Konservativen.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Verbände nicht bekannt (außer Grenztruppen des KGB). Etwa 75 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Angeblich Waffenzufluß aus Afghanistan an islamische Gruppierungen; Selbstschutzabteilungen russischsprachiger Minderheiten.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Interethnische Konflikte; Auswanderung der russischen Minderheit; Konflikte mit Usbekistan, z. B.

über die Verwaltungshoheit über Buchara und Samarkand. Übergreifen des islamischen Widerstandes (Dschihad) in Afghanistan auf das Territorium der Republik. Stärkste Aktivität radikaler islamischer Gruppen auf sowjetischem Territorium.

Außenpolitische Orientierung

Historisch und ethnisch bedingte Anlehnung an den Iran und an Afghanistan. Verstärkte Beziehungen zu islamischen Staaten (Saudi-Arabien). Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken vereinbart.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 21 %, Land- und Forstwirtschaft 42 %, Handel und Verkehr 17 %, Dienstleistungen 20 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: Blei, Zink, Wolfram, Zinn, Gold (1 % der UdSSR-Förderung), Uran; Wasserkraftwerke zur Stromerzeugung.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Nahrungsmittel- und Textilindustrie.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 0,8 Mio.

ha, Weideland 3,3 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,8 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 68. Getreide: Erzeugung 0,3 Mio. t; Import 1,6 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch 84 %. Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Baumwolle (11 %). Daneben Anbau von Reis, Mais, Gemüse, Melonen, Gewürzpflanzen und Getreide; Schafhaltung und Seidenraupenzucht.

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 60 %, Außenhandels-saldo 1988: - 1,0 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Erzeugnissen der chemischen Industrie und des Maschinenbaus sowie bei Nahrungsmitteln. Hoher ausfuhrüberschuß bei Buntmetallen und Produkten der Leichtindustrie.

Ökologie

Umweltzerstörung als Folge der Baumwollwirtschaft; Bodenverknappung; ökologisch bedingte Gesundheitsschäden (Säuglingssterblichkeit).

XII. Turkmenistan

Offizielle Bezeichnung: Republik Turkmenistan

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 488 100 qkm (2,2 % der UdSSR)

Hauptstadt: Aschchabad (0,4 Mio. Einwohner)

Grenzen zu Kasachstan, Usbekistan, Afghanistan, Iran

Bodengestalt und Klima: zu 80 % Tiefebene (Wüste Karakum); Klima extrem kontinental.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 3,6 Mio. (1,3 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 7,4 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Turkmenen (Eigenbezeichnung: Türkmén); Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch. Starke Stammesstrukturen.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 72 %, Russen 9,5 %, Usbeken 9 %, Kasachen 2,5 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 27,4 %, Titularnation 34,1 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

1877 Beginn der Unterwerfung einzelner nomadisierender Stämme durch Rußland

1918 Proklamation der Turkestanischen Autonomen Sowjetrepublik nach erheblichen Kämpfen

1925 Turkmenische Sowjetrepublik; Landreform

1926 Beginn der Kollektivierung

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 22. 8. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 27. 10. 1991. Unterstützt

Unionsvertrag. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied im Staatsrat der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: S. Nijasow
Regierungschef: Ch. Achmedow
Außenminister: A. Kulijew

Konservative kommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung. So gut wie keine Oppositionsbildung.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Vier motorisierte Schützendivisionen, zwei Jagdflieger-Basen, eine Jagdbomber-Basis. Etwa 125 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Keine bewaffneten Formationen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Bislang keine stärkeren interethnischen Konflikte bekannt geworden. Ethnisch unklare Grenzziehung. In Zukunft Konflikte mit Nachbarrepubliken um Wasserressourcen denkbar.

Außenpolitische Orientierung

Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken vereinbart.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 21 %, Land- und Forstwirtschaft 41 %, Handel

und Verkehr 18 %, Dienstleistungen 20 %.
Bergbau und Rohstoffgewinnung: 11 % der UdSSR-Erdgasförderung (1970: 13 Mrd. m³, 1980: 71 Mrd. m³, 1989: 90 Mrd. m³); 1 % der UdSSR-Erdölförderung (1970: 15 Mio. t, 1980: 8 Mio. t, 1989: 6 Mio. t); Gewinnung von Schwefel.
Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Metallurgie, Maschinenbau, Textilindustrie.
Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 1,2 Mio. ha, Weideland 32,5 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 9,3 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 89. Getreideerzeugung 0,3 Mio. t; Import 1,2 Mio. t; Importanteil am Gesamtverbrauch 80 %. Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Baumwolle (15 %). Erzeugung von Getreide, Gemüse, Obst; Seidenraupenzucht, Weidewirtschaft (Karakulschafe).

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 60 %, Außenhandels-saldo 1988: 0 Mrd. Valutarubel.
Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Nahrungsmittelindustrie. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Öl und Gas sowie Erzeugnissen der Leichtindustrie.

Ökologie

Krisenregion am Ostufer des Kaspischen Meeres und Auswirkungen des Baumwollanbaus. Starker Einfluß ökologischer Faktoren auf Krankheits- und Sterblichkeitsraten.

XIII. Ukraine

Offizielle Bezeichnung: Ukraine

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 603 700 qkm (2,7 % der UdSSR)
Hauptstadt: Kiew (2,6 Mio. Einwohner)
Nationale Gebietskörperschaften: Wiedererrichtung einer autonomen Krimrepublik (2,4 Mio., davon 1,6 Mio. Russen, 0,6 Mio. Ukrainer)
Grenzen zu Rumänien, Ungarn, CSFR, Polen,

Weißrußland, Rußland, Moldowa.

Bodengestalt und Klima: Ebenen sowie Gebirgsregionen (Karpaten, Krim); gemäßigt Kontinentalklima; an der Südküste der Krim subtropisches Klima.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 51,8 Mio. (18 % der UdSSR)
Bevölkerungsdichte: 85,9 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Ukrainer (Eigenbezeichnung: Ukrajiny); Sprachgruppe: Ostslawisch; Religion: Russisch-Orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 73 %, Russen 22 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 3,7 %, Titularnation 2,5 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

1654 Anschluß der Ukraine links des Dnjepr (Hetmanat) an Rußland

1795 Durch dritte Teilung Polens fällt die Ukraine rechts des Dnjepr an Rußland

1918 Unabhängigkeitserklärung

1922 Sowjetrepublik

1932-33 Kollektivierung und Getreideregulierung führen zu Hungerkatastrophe (6-8 Mio. Opfer)

1945 Gründungsmitglied der UNO

1989 Volksfront „Ruch“ (Bewegung)

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 16. 7. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 24. 8. 1991; unterstützte den 9+1-Prozeß und das Bemühen um einen neuen Unionsvertrag vor dem Putsch; nach dem Putsch wesentlicher Akteur bei der Bildung neuer zwischenstaatlicher Strukturen der UdSSR, aber strikt antizentralistische Haltung. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Lehnt politischen Unionsvertrag ab, solange dieser zentrale Machtorgane konstituiert. Mitglied im Staatsrat der UdSSR. Mitglied der UNO. Diplomatische Anerkennung durch Polen, CSFR und Ungarn.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Parlamentspräsident: L. Krawtschuk

Regierungschef: W. Fokin

Außenminister: A. Slenko

Nach den Parlamentswahlen 1990 konservative kommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung, die sich zunehmend die Unabhängigkeitsparolen der nationalen Opposition zu eigen machte. Nach dem Putsch ließ Parlamentspräsident Krawtschuk die KP verbieten. Aus der nationalen Volksfront „Ruch“ entstand ein Mehrparteienspektrum in Opposition zur kommunistischen Parlamentsmehrheit, z. B. die Ukrainische Republikanische Partei mit rund 10 000 Anhängern in der Westukraine, die Ukrainische Nationale Partei, die Sozialdemokratische Partei und andere. Starke regionale Unterschiede im Politisierungsprozeß zwischen der West- und Ostukraine. In der West-

ukraine sind nationale Unabhängigkeitsbestrebungen besonders stark ausgeprägt.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Strategische Nuklearwaffen (176 Trägersysteme mit 1 240 Sprengköpfen), etwa 2 600 taktische Nuklearwaffen, zwei Fernflieger-Basen, 20 motorisierte Schützendivisionen, neun Panzerdivisionen, sechs Jagdflieger-Basen, fünf Mittlere-Bomber-Basen, ein Radar des Raketenfrühwarnsystems in Sewastopol; Einheiten der Schwarzmeerflotte in Odessa und Sewastopol stationiert. Drei Divisionen der Truppen des sowjetischen Innenministeriums; seit September 1991 der Republik unterstellt.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

In der Unabhängigkeitserklärung Ziele Neutralität und Nuklearwaffenfreiheit formuliert. Forderung nach Aufstellung einer nationalen Armee im Umfang von über 400 000 Mann. Ernennung eines Verteidigungsministers der Republik am 3. 9. 1991.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Bislang keine nennenswerten interethnischen Konflikte im Innern, aber ethnisch ungenaue Grenzziehung zu Rußland. Gebiete mit starker oder mehrheitlich russischer Bevölkerung (Donbass). Auf der Halbinsel Krim besteht eine russische Bevölkerungsmehrheit, von der Teile zum Anschluß an die Republik Rußland tendieren. Umstrittene Grenzziehung auch gegenüber Moldowa.

Außenpolitische Orientierung

Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß laut Art. 10 der Souveränitätserklärung. Volle Integration in die Europäische Gemeinschaft angestrebt. Priorität bei bilateralen Beziehungen gegenüber Ungarn, Polen, der CSFR, Bulgarien, Rumänien und der Türkei. „Beträchtliche Interessen“ gegenüber Staaten mit ukrainischer Bevölkerung: USA (1,5 Mio.) Kanada (1 Mio.), Brasilien (0,4 Mio.). USA zur Anerkennung der Ukraine bereit, aber unter der Bedingung der Ratifizierung des Vertrags über Verringerung konventioneller Streitkräfte in Europa und des Start-Vertrags zur Reduzierung weitreichender Atomwaffen.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 40 %, Land- und Forstwirtschaft 20 %, Handel

und Verkehr 21 %, Dienstleistungen 19 %.
 Bergbau und Rohstoffgewinnung: 50 % der Uranförderung, 46 % der Eisenerzförderung, 24 % der Kohleförderung (1970: 207 Mio.t, 1980: 197 Mio.t, 1989: 180 Mio.t), 4 % der Erdgasförderung (1970: 61 Mrd.m³, 1980: 57 Mrd.m³, 1989: 31

Mrd.m³), 1 % der Erdölförderung (1970: 14 Mio. t, 1980: 8 Mio. t, 1989: 5 Mio. t) der UdSSR. Die Kohleförderung ist weithin unrentabel geworden, da die Flöze erschöpft sind. Gewinnung von Blei, Mangan, Zink. 30 % des Stroms stammt aus Kernkraftwerken.

Kernkraftwerke:

Standort	Nettoleistung (MW)	Reaktortyp	Jahr der Inbetriebnahme
Chmelnizki	1 × 950	Druckwasser	1988
Rowno	1 × 361	"	1981
	1 × 384	"	1982
	1 × 950	"	1987
Saparoshje	5 × 950	"	1985, 1987, 1988, 1989
Südukraine	3 × 950	"	1983, 1985, 1989
Tschernobyl	3 × 925	graphitmoderiert	1978, 1979, 1982

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Besonders entwickelt sind Metallurgie, chemische Industrie, Maschinenbau, Fahrzeug- und Schiffbau sowie Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Schuhe). In der Ukraine werden etwa die Hälfte der Panzer und Raketen der sowjetischen Armee produziert (Probleme der Konversion). Weiter werden 36 % der Schwarzmetallerzeugnisse, 34 % der Stahlrohre, 36 % der Wechselstrommotoren und ebenfalls 36 % der Fernsehgeräte in der Republik hergestellt. Die Industrie ist stark von Rohstoffimporten abhängig.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 33,8 Mio. ha, Weideland 4,7 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,8 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 120. Getreide: Erzeugung 45 Mio. t; Export 4 Mio. t. Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Getreide (26 %), Zuckerrüben (53 %), Kartoffeln (27 %), Gemüse (26 %), Fleisch (22 %); hauptsächlicher Tabakproduzent der UdSSR.

Verkehrswesen: Fernleitungen für Gas und Öl aus Rußland in den Westen. Schwarzmeerhäfen.

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 50 %, Außenhandels-saldo 1988: - 2,9 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Leichtindustrie sowie bei Öl und Gas; hoher Ausfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie und der Nahrungsmittelindustrie. Leichter Ausfuhrüberschuß bei Kohle und Strom. Stromexport auch in ehemalige RGW-Länder.

Ökologie

Land- und forstwirtschaftliche Flächen durch Erosion und Versalzung schwer geschädigt. Tschernobyl-Folgen; hoher Bestand an technologisch veralteten Chemiefabriken mit hoher Schadstoffemission, besondere Zuspitzung im Donezk-Becken.

XIV. Usbekistan

Offizielle Bezeichnung: Republik Usbekistan

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 447 400 qkm (2 % der UdSSR)

Hauptstadt: Taschkent (2,1 Mio. Einwohner)

Nationale Gebietskörperschaften: Autonome Republik der Karakalpakken (1,2 Mio., davon 390 000 Karakalpakken, 397 000 Usbeken, 318 000 Kasachen)

Grenzen zu Afghanistan, Turkmenistan, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan.

Bodengestalt und Klima: 70 % des Territoriums

sind Halbwüsten und Wüsten; Gebirgszonen; Klima extrem kontinental und trocken.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 20,3 Mio. (7 % der UdSSR)

Bevölkerungsdichte: 45,4 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)

Titularnation: Name: Usbeken (Eigenbezeichnung: Ösbek); Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 71 %, Russen 8 %, Tadschiken 5 %, Kasachen 4 %, Tataren 2 %, Karakalpakken 2 %.

Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 28,7 %, Titularnation 33,8 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

- 1876 Russische Oberherrschaft über die Khanate Buchara, Chiwa und Kokand
- 1920 Khanat Chiwa wird Choresmische Sowjetische Volksrepublik
Khanat Buchara wird Sozialistische Volksrepublik
- 1924 Unionsrepublik
- 1929 Ausgliederung der Tadschikischen ASSR
- 1936 Eingliederung der Karakalpakischen ASSR (zuvor bei der RSFSR)
- 1983 Parteichef Raschidow begeht in Moskau Selbstmord, nachdem durch Andropow seine Verwicklung in die Baumwoll-Korruptionsaffäre aufgedeckt wird

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 20. 6. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 31. 8. 1991; unterstützte Unionsvertrag und tritt nach dem Putsch für die Bildung neuer Unionsstrukturen ein. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied des Staatsrats der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident und
Regierungschef: I. Karimow
Außenminister: S. Asimow

Konservative kommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung; nach dem Putsch Lostrennung von der KPdSU und Umbenennung der KP. Opposition: Nationale Volksfront Birlık („Einheit“), deren Abspaltung Erk („Freiheit“) als Partei registriert ist.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Eine motorisierte Schützendivision, eine Jagdbomber-Basis, eine Division der Truppen des sowjetischen Innenministeriums. Etwa 100 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte September Einrichtung eines „Ministeriums für Angelegenheiten der Verteidigung“. Nationalgarde im Aufbau. Große illegale Waffenbestände in einzelnen Regionen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Interethnische Konflikte mit besonderer Gewalteskalation 1989 (Pogrom an den Turk-Mesketen). Verstärkte Auswanderung von Russen. Interrepublikanischer Konflikt mit Tadschikistan wegen Meinheiten der eigenen Volksgruppe in der jeweils anderen Republik. Gebietsansprüche gegenüber Kirgisien (Teile des Fergana-Tals in der Provinz Osch). Islamisch-fundamentalistische Gruppierungen in einzelnen ländlichen Regionen. Ethnisch unklare Grenzziehung. In Zukunft Konflikte mit Nachbarrepubliken um Wasserressourcen denkbar.

Außenpolitische Orientierung

Kontaktaufnahme zu außenwirtschaftlichen Partnern in der asiatischen Staatenwelt, besondere Orientierung auf Südkorea; kulturelle Anlehnung an islamische Staatenwelt. Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken vereinbart.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 24 %, Land- und Forstwirtschaft 38 %, Handel und Verkehr 17 %, Dienstleistungen 21 %.

Bergbau und Rohstoffgewinnung: 5 % der UdSSR-Erdgasförderung (1970: 32 Mrd. m³, 1980: 35 Mrd. m³, 1989: 41 Mrd. m³); geringe Erdölförderung (3 Mio. t) sowie Kohleförderung (6 Mio. t). Gewinnung von Buntmetallen. Goldförderung etwa 75 t/Jahr, d. h. 25 % der UdSSR-Förderung.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Chemische Industrie (Düngemittelproduktion) sowie Maschinenbau (Landmaschinen).

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 4,5 Mio. ha, Weideland 21,5 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 1,3 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR

= 100) 68. Getreide: Erzeugung 1,6 Mio. t; Import 6,1 Mio. t, Importanteil am Gesamtverbrauch 79 %. Monokultur Baumwolle (über 60 % der Erzeugung der UdSSR) hat Gemüse- und Getreideerzeugung zurückgedrängt; 90 % der Anbauflächen müssen künstlich bewässert werden. Wichtigster Zweig der Viehwirtschaft ist die Schafzucht (Karakulschafe).

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 55 %, Außenhandels-saldo 1988: - 2,5 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Schwarzmetallurgie, Holz, Papier sowie Öl und Gas. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Leichtindustrie und der Landwirtschaft.

Ökologie

Bodenzerstörung durch Folgen der künstlichen Bewässerung; Austrocknung des Aralsees durch Entzug des Wasserzulaufs. Besondere Zuspitzung in der Autonomen Republik der Karakalpak in der Aral-Region: angeblich über 60 % der Bevölkerung krank, höchste Säuglingssterblichkeit in der UdSSR.

XV. Weißrußland

Offizielle Bezeichnung: Republik Bjelarus

1945 Gründungsmitglied der UNO
1989 Gründung einer Volksfront

1. Geographie und Bevölkerung

Geographie

Fläche: 207 600 qkm (0,9 % der UdSSR)
Hauptstadt: Mënsk [Minsk] (1,6 Mio. Einwohner)
Grenzen zu Polen, Litauen, Lettland, Rußland, Ukraine.
Bodengestalt und Klima: Flachland mit großen Mooren und Sümpfen; milde Winter, mäßig warme Sommer.

Bevölkerung

Einwohner am 1.1. 1990: 10,3 Mio. (3,6 % der UdSSR)
Bevölkerungsdichte: 49,4 Einwohner/qkm (UdSSR: 12,9)
Titularnation: Name: Weißrussen (Eigenbezeichnung: Bjelarus); Sprachgruppe: Ostslawisch; Religion: Russisch-Orthodox.
Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 78 %, Russen 13 %, Polen 4 %, Ukrainer 3 %.
Bevölkerungswachstum 1989 gegenüber 1979: Gesamtbevölkerung 6,5 %, Titularnation 4,4 %.

2. Politik

Neuere Geschichte

1795 Weißrußland fällt im Zuge der polnischen Teilung an Rußland
1919 Proklamation einer sozialistischen Sowjetrepublik
1922 Gründungsmitglied der Sowjetunion
1937-39 Viele Opfer durch stalinistischen Terror

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 27.7. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 26.8. 1991; unterstützte Unionsvertrag vor dem Putsch und nach dem Putsch die Bildung neuer Unionsstrukturen. Regierung unterzeichnete Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft. Mitglied im Staatsrat der UdSSR.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Parlamentspräsident: St. Schuschkjewitsch
Regierungschef: W. Kebitsch
Außenminister: P. Krawtschenko

Nach den Parlamentswahlen 1990 war Weißrußland im Westen der Sowjetunion die am konservativsten regierte Republik; Mehrheit kommunistischer Funktionäre in Parlament und Regierung. Allerdings kam es zur Spaltung der KP mit der Bildung eines Demokratischen Blocks und erheblichem Verlust an Mitgliedern. Opposition: Nationale Volksfront und aus ihr abgeleitete Parteien.

Sowjetisches Militärpotential 1990

Strategische Nuklearwaffen (zwei Basen mobiler Interkontinentalraketen vom Typ SS 25), zehn motorisierte Schützendivisionen, neun Panzerdivisionen, zwei Artilleriedivisionen, eine Luftlandedivision, drei Jagdflieger-Basen, fünf Jagdbomber-Basen, fünf Mittlere-Bomber-Basen, eine Division der Truppen des sowjetischen Innenministeriums

(seit August 1991 dem Innenministerium der Republik unterstellt). Etwa 1120 taktische Atomwaffen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Verfassungsziele: neutraler und nuklearwaffenfreier Staat, Recht auf eigene Streitkräfte. Aufstellung von Territorialstreitmacht im Umfang von 33000 Mann beschlossen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Latente Gebietsansprüche zwischen Weißrußland und Litauen; keine nennenswerten interethnischen Konflikte. Ethnisch ungenaue Grenzziehung zu Rußland, zur Ukraine und zu Litauen. Parlament hat allerdings den Verzicht auf Grenzrevisionen erklärt.

Außenpolitische Orientierung

Bilaterale Beziehungen mit Staaten Ostmitteleuropas (Polen, Ungarn) vereinbart und mit westlichen Staaten angestrebt.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbereiche

Beschäftigtenstruktur 1988: Industrie und Bau 40 %, Land- und Forstwirtschaft 22 %, Handel und Verkehr 20 %, Dienstleistungen 18 %.
Bergbau und Rohstoffgewinnung: Torf, Salze,

Phosphoritabbau; keine Energierohstoffe (Ölförderung nur 2 Mio. t/Jahr).

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie: Spezialisierung auf Chemikalien, Maschinenbau, Leichtindustrie. Die entwickelte Industrie ist stark von Rohstoffimporten abhängig.

Landwirtschaft (1987/1988): Ackerland 6,1 Mio. ha, Weideland 1,8 Mio. ha, landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner 0,9 ha. Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100) 163. Getreide: Erzeugung 7,3 Mio. t; Import 2,1 Mio. t, Importanteil am Gesamtverbrauch 23 %. Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Leinfasern (24 %), Kartoffeln (16 %), Rindfleisch (6 %), Milch (7 %); bei Getreide durchschnittlicher Anteil (4 %).

Außenwirtschaftliche Beziehungen mit den anderen Sowjetrepubliken sowie mit dem Ausland

Gesamter Außenhandel mit „materiellen“ Gütern: Außenhandelsquote 1988: 70 %, Außenhandels-saldo 1988: - 2,1 Mrd. Valutarubel.

Hoher Einfuhrüberschuß bei metallurgischen Erzeugnissen, Öl und Gas sowie landwirtschaftlichen Vorprodukten (Düngemittel usw.). Ausfuhrüberschuß bei Maschinenbauerzeugnissen und Produkten der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie.

Ökologie

Langzeitschäden durch Tschernobyl-Katastrophe in einer Größenordnung von mehreren hundert Mrd. DM.

Igor Kljamkin: Der sowjetische Weg zu Markt und Demokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/91, S. 3-15

Der Weg der ehemaligen sowjetischen kommunistischen Regime vom Totalitarismus in die Marktwirtschaft ist ein besonderer; er folgt einer eigenen inneren Systemlogik. Sie kann sich nicht bei pessimistischen Prognosen oder der unrealistischen Verheißung einer „lichten Zukunft“ aufhalten, sondern muß sich an den historischen Resultaten des Totalitarismus orientieren. Dessen Hinterlassenschaft muß, wo möglich, in den Reformprozeß eingebunden werden.

Drängendes Problem des Übergangs ist die soziale Frage, die sich langfristig vor die Freiheitssehnsüchte schieben wird. Unpopuläre wirtschaftliche Maßnahmen brauchen zivilisierte Volksschichten, die ihre Not nicht aggressiv antidemokratisch entladen. Für die nichtkatastrophale Variante des Übergangs in die Marktwirtschaft steht in der UdSSR ein urbanisiertes Kleinbürgertum bereit, das kulturell gefestigt scheint.

Die betroffenen Länder der ehemaligen Sowjetunion können und müssen ihre inneren Probleme nicht alleine lösen. Wie die Weltgemeinschaft an einer balancierten Weltwirtschaft interessiert ist und deshalb Hilfe leisten wird, so können es sich die zu reformierenden Republiken nicht erlauben, isolationistische Sonderwege zu gehen.

Das Kernproblem der Entstaatlichung und Privatisierung des Eigentums besteht vor allem darin, daß es keine Eigentümer gibt. Allein der im Konkurrenzdruck zum Westen hochgezüchtete militärisch-industrielle Komplex ist Eigentum der herrschenden Staatsbürokratie, der „Nomenklatura“. Hier befinden sich, trotz der Starrheit des Kommandosystems, qualifizierte Potentiale zur Änderung der Eigentumsverhältnisse. Privatisierungsmaßnahmen der militärischen Unternehmen sind eine Aufgabe, die nicht von einzelnen Republiken, sondern gemeinsam und gleichzeitig durchzuführen ist. Die Gemeinsamkeit der Interessen der Wirtschaftseliten ist umso bedeutsamer, als die Nomenklatura einer Privatisierung oder Erlangung politischer Stabilität nicht im Wege steht, sondern sie sogar in gewisser Weise fördert.

Wladislaw Below: Wirtschaftslage und Wirtschaftsreformen in der ehemaligen UdSSR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/91, S. 16-23

Nach dem Putsch im August 1991 und dem faktischen Zusammenbruch der Stützen des kommunistischen Kommandosystems steht die Wirtschaft in der ehemaligen UdSSR am Rande des Kollapses. Neben schwierigen innerrepublikanischen Umstrukturierungen und einer allgemeinen Hilflosigkeit vor den weitgehend unbekanntem Mechanismen der einzusetzenden Marktwirtschaft ist es der Zerfall des vormals einheitlichen (wenn auch maroden) Unionsmarktes, der die Krise verschärft. Politische Ambitionen, die derzeit in heftigen Nationalitätenkonflikten ihre negativen Folgen finden, kollidieren mit der wirtschaftlichen Vernunft, die eine vertraglich ratifizierte Wirtschaftsgemeinschaft unter dem Dach einer Union souveräner Staaten nahelegt.

Positive Erscheinungen in der Volkswirtschaft der ehemaligen UdSSR lassen sich für die Reformen nutzen. Dabei kommt es nicht allein auf die Geschwindigkeit an, sondern vor allem auf die konsequente Fortentwicklung gemeinsamer Aktivitäten. Der Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft, bislang von acht Republiken unterzeichnet, und die darauf folgenden interrepublikanischen Abkommen und Aktionsprogramme schaffen dazu die institutionelle Basis. Auf der Agenda stehen nun u.a. die Schaffung eines einheitlichen Währungsraumes (mit dem Hauptzahlungsmittel Rubel), einer unabhängigen Bankenunion, die strenge Restriktion und Koordinierung der Haushaltspolitik und die Erneuerung der Steuersysteme, eingebettet in eine kaum eilig zu erlangende Umschichtung und Neuorientierung der gesamten Infrastruktur.

Der Russischen Föderation unter Staatspräsident Jelzin kommt beim Übergang zur Marktwirtschaft im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft eine entscheidende Rolle zu. Einige wichtige Erlasse des Präsidenten zur Restriktion der Finanzpolitik, zu Privatisierungs- und Entmonopolisierungsfragen, zur Liberalisierung (Preisfreigabe) und zur Umgestaltung von Rüstungsindustrie und Verwaltungsapparat werden durch das Parlament blockiert bzw. vor dem Inkrafttreten modifiziert. Die Verspätung der Durchführung konkreter geplanter Reformschritte aber kann schon bald zu unabsehbaren Folgen führen.

Nikolaj Nowikow: Nationalitätenkonflikte im Kaukasus und in Mittelasien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/91, S. 24-34

Nationalitätenkonflikte werden in Regionen der ehemaligen Sowjetunion immer mehr zu einem destabilisierenden Faktor. Die Russische Föderation ist im bedrohlichen Maße darin verwickelt, was zu kriegsähnlichen Verhältnissen an ihren Südgrenzen führen kann. Potentielle oder bereits akut gewordene Spannungen und Konflikte im Kaukasus und in Mittelasien haben viele Aspekte: ethnische, konfessionelle, territoriale und nationalstaatliche. Diese Konflikte werden nicht immer von aggressivem Nationalismus verursacht. Ihnen liegen im Gegenteil in den meisten Fällen ungelöste soziale, wirtschaftliche, politische und territoriale Probleme zugrunde.

Die Versuche nationalstaatlicher Selbstbestimmung einiger Völker führen zum bewaffneten Kampf. Das Streben der Autonomen nach Souveränität ist oft mit Grenzkonflikten verbunden. Im Kaukasus ist die Zahl gegenseitiger Gebietsansprüche bedrohlich hoch, und die mittelasiatische Xenophobie führt zu ethnischen Zusammenstößen und zur Flucht der „Fremden“, vor allem der Slawen, aus den Republiken. Eine mögliche Folge des gegenwärtigen politischen Kampfes in den meisten mittelasiatischen Republiken könnte die Entstehung von islamischen Staaten oder von Militär- und Polizei-Diktaturen sein, was die gesamte Region weiter destabilisieren würde.

Wladimir K. Wolkow: Ethnokratie – ein verhängnisvolles Erbe in der postkommunistischen Welt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/91, S. 35-43

Die rasante Entwicklung des Neonationalismus und die nationalen Konflikte in Ländern Ostmittel- und Südosteuropas wie auch in der UdSSR, die den revolutionären Veränderungen der Jahre 1989 bis 1991 folgten, veranlassen zur Erforschung ihrer treibenden Kräfte und der politischen Ursachen. Diese Tendenzen erwachsen aus dem sozialpolitischen Nachlaß der postkommunistischen Welt, aus der früheren Praxis des nationalstaatlichen Aufbaus. Ihnen zugrunde liegt die Erscheinung einer neuen gesellschaftlichen Schicht auf der politischen Bühne – der Ethnokratie, die nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ entstanden ist.

Ethnokratie umfaßt einen Teil des alten sozialpolitischen Spektrums, am meisten die alte Nomenklatur-schicht, Vertreter der Schattenwirtschaft und der nationalgesinnten Intelligenz. Jede dieser Gruppierungen hat ihre eigene Motivation und in jedem Einzelfall unterschiedlichen Anteil. In multinationalen Staaten führen Ethnokratie-Clans erbitterte Kämpfe um Macht und Eigentum. Ethnokratie zeigt dabei ausgeprägt totalitäre Züge. Sie schürt bewußt die Feindseligkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern, da nur in gespannten Situationen ihre Ziele am besten zu verwirklichen sind. Diese konfliktschaffende Eigenschaft macht Ethnokratie besonders gefährlich.

Roland Götz/Uwe Halbach: Daten zur Geographie, Bevölkerung, Politik und Wirtschaft der Republiken der ehemaligen UdSSR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/91, S. 45-68